

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7574.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Ruit 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 8. November 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Kolonialpolitische Ansichten.

Als vor einigen Wochen zuerst einzelne nähere Mittheilungen über das deutsch-englische Abkommen in die Öffentlichkeit drangen, das England freie Hand läßt für seine Absichten auf die Delagoabai und deren nördliche Dependenz, da ergriff unsere Kolonial-Romantiker tiefes Weh ob des Verfalls ihrer schönen Hoffnungen. Trauernd sahen die Häupter der „Monarchisten“ an den Ufern der Pleiße und bliesen Trübsal, und manches harte Wort über das unseren Regierungskreisen fehlende Verständnis für die „historische Aufgabe“ Deutschlands ist damals gefallen, das recht wenig zu dem so oft ostentativ behaupteten „monarchischen Gefühl“ jener Herren paßt. Leider hat indes die kazenjämmerliche Verstimmung nicht lange angehalten. Die pompöse Kirchen-einweihungsfahrt nach dem heiligen Lande hat aufs neue die Hoffnungen in den leichtbewegten Herzen der alldemokratischen Kolonialenthusiasten geweckt und wie sie zu Anfang des Jahres schon ganz Schontung als deutsche Kolonie sahen, so träumen sie sich nun wieder in den Besitz von ganz Kleinasien hinein.

Auf solche Phantasien großen Werth zu legen, wäre wenig angebracht, wenn sie auch für die psychologische Disposition gewisser „nach Besitz und Bildung“ maßgebender Kreise recht charakteristisch sind. Ganz ohne jeglichen Grund ist jedoch diese Hoffnungslosigkeit auch nicht. Es scheint wirklich, als wenn hinter den Koulissen allerlei Verhandlungen stattfinden und als wenn die Kaiserfahrt uns schließlich doch noch als Schlusseffekt die Abtretung einer der kleinen türkischen Inseln oder eines Hafengebietes bringen sollte. Und auch aus dem Abkommen mit England über die Delagoabai dürften noch allerlei niedliche Verschönerungen für unsere Kolonialfreunde heraus-springen.

Rag man die diplomatische Gewandtheit der Staatsmänner des heutigen Kurzes noch so gering einschätzen, so ist doch zweifellos, daß sie nicht England freie Hand an der portugiesischen Ostküste Afrikas gelassen haben werden, ohne daß ihnen dafür in einem anderen Theile Zugeständnisse eingeräumt sind. Jedenfalls können wir uns auf Erweiterungen unseres bisherigen Besitzes gefaßt machen. Es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß schon der nächstjährige Kolonialrat nicht nur größere Mittel zum Ausbau der alten afrikanischen Gebiete und zur Uebernahme Deutsch-Neu-Guinea's in Reichsverwaltung, sondern auch zur Erwerbung neuer Kolonialbesitzungen fordert. Und so wie heute die Sache liegt, ist im voraus sicher, daß sich für alle solche Forderungen schließlich im Reichstag eine Majorität findet. Von den Konservativen und Nationalliberalen steht die Zustimmung von vornherein fest, und das Zentrum wird nur zu gerne die Gelegenheit ergreifen, die Opposition, die es aus Rücksicht auf die ihm anhängende Arbeiterschaft halb wider Willen den Angriffen auf das Koalitionsrecht machen muß, durch vermehrte Nachgiebigkeit in anderen Dingen auszugleichen. An Argumenten, wirtschaftlichen wie religiösen, fehlt es ja nicht.

Handelte es sich nur um gute Absatzgebiete für unsere Industrie und wäre die Garantie für eine bürgerlich-freie, ethische Verwaltung der Kolonien, wie für weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterinteressen gegeben, so könnte vielleicht auch die Arbeiterpartei es sich gefallen lassen, wenn auf dem Wege friedlicher Zugeständnisse Deutschland eine Vermehrung seines Absatzgebietes gewönne und zugleich durch eine Annäherung Englands an Deutschland der übergroße Einfluß Rußlands im europäischen politischen Kongert abgeschwächt würde. Um alle solche Fragen handelt es sich jedoch in der deutschen Kolonialpolitik nicht. Wäre das der Fall, so würde sicherlich nicht gerade die konservative Partei am eragirtesten für die Kolonialprojekte eintreten: die Partei, die doch sonst alles, was die Industrie und das bürgerliche Element zu stärken geeignet ist, wie noch jüngst die Kanalpläne und die Verpflanzung der Industrie nach dem Osten, mit schärfster Rücksichtslosigkeit vom einseitigsten Interessentstandpunkt aus bekämpft.

Alles Gerede von dem Nutzen unserer Kolonien für Industrie und Handel, mit dem vornehmlich unsere National-Sozialen in ihrer Agitation ihre Schwärmerei für die Welt-politik zu motiviren suchen, ist nichts als albernes Geschwätz, das jeder Unterlage entbehrt. Was bedeutet denn eine Ein- und Ausfuhr von insgesamt knapp 26 Millionen Mark in unseren afrikanischen Kolonien, und mehr betrug sie in den letzten Jahren nicht, gegenüber dem deutschen Gesamt-Außen-handel von mehr als 8650 Millionen Mark (in 1897). Und an diesem Handel seiner Kolonien ist Deutschland zudem nur etwa zur Hälfte betheiligt, 1896 nur mit 42 pCt. So entfielen zum Beispiel von dem Werth der Gesamteinfuhr auf Waaren aus dem deutschen Zoll-gebiet:

1896 nur 6 460 000 M., 1897 = 9 198 000 M.;  
 und hiervon wieder kamen auf die Einfuhr von Spiritus,  
 Schnaps, Bier und Wein (exklusive Schaumwein):  
 1896 = 1 201 000 M., 1877 = 1 140 000 M.

Die Einfuhr eigentlicher Industrieprodukte ist im ganzen herzlich unbedeutend, und überdies besteht sie noch zu einem sehr wesentlichen Theil aus Bedarfsartikeln für die im Schutz-gebiet sich aufhaltenden Deutschen, aus Ausrüstungsgegenständen für die Schutztruppe, Materialien für Verwaltungsgebäude und Hafenanlagen x. Ebenso stehts mit dem Schiffsverkehr. Selbst

an der Kamerun- und Togo-Küste, wo der deutsche Schiffs-verkehr noch relativ am stärksten ist, liefen 1894 nur 86 deutsche Schiffe an, dagegen 149 fremde Schiffe, vornehmlich englische, nämlich 111. Und um uns dieses werthvolle Absatzgebiet für die deutsche Industrie zu sichern, deshalb mußte das Deutsche Reich in den letzten Jahren regelmäßig 8 bis 9 1/2 Millionen Mark zu den Verwaltungskosten der Kolonien beisteuern, deshalb mußte es seine Kreuzerfahrzeuge vermehren und im Lande eine Schutztruppe von über 3000 Mann unterhalten; also für jede Mark der Einfuhr an deutschen Industrieprodukten im vorigen Jahre = 0,87 M. Verwaltungskosten zahlen und für jeden als Beamten, Missionar, Kaufmann, Handwerker im Schutzgebiet thätigen Deutschen zwei Schutzsoldaten stellen. Wirklich es hält schwer, keine Satire zu schreiben.

Wenn die Kolonial-Romantiker, die so viel von den Erfordernissen unserer Industrie zu erzählen wissen, sich doch mal die Mühe geben wollten, nachzuweisen, wo denn bis jetzt unser Kolonialbesitz etwas zur Hebung unseres Exports beigetragen hat. Bisher haben unsere Kolonien nur den Zweck gehabt, für Angehörige der Bureaucratie und des Militärstandes Stellungen und freies Feld zur Bethätigung eines oft recht zweifelhaften Thätendranges zu schaffen und einigen Hamburger und Berliner Handelsfirmen ansehnliche Profite zu sichern, und zwar einem recht engen Kreis; denn wie auch alle die schönen Schiffs- und Plantagen-Gesellschaften sich benamens mögen, ob Kamerun Land- und Plantagen-Gesellschaft, Kamerun Kaka-Gesellschaft, Sanktseatische Land-, Minen- und Handels-Gesellschaft, Danara- und Ramagna-Handels-Gesellschaft, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft u. s. w.: immer sind es dieselben Herren Börmann, Zanzen, Thormählen, Woflen, Lucas, Scharlach, Dollmann, die dahinter stehen. Und zur Vergrößerung des Kapitalprofits und des ohnehin schon nicht geringen politischen Einflusses dieser Herren sollen die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse im Reichstag für die Kolonial- und Flottenpolitik stimmen: das ist eine Forderung, die nur jemand stellen kann, der in solchen romantischen Träumereien lebt, wie eben der größere Theil der National-sozialen.

Aber es kommt bei der Beurtheilung unserer neu-reichs-deutschen Kolonialpolitik nicht nur die Unrentabilität der Schutzgebiete in betracht, und auch nicht nur die Verwidelungen, die uns aus ihnen in unseren Beziehungen zu fremden Mächten entstehen können; schwerer noch wiegt ein anderer Gesichtspunkt: die Rückwirkung dieser Politik auf unsere inneren Verhältnisse. Von vornherein ein durch die Bureaucratie sorgsam gepflegtes Gewächs, ist die Kolonialpolitik nur zu sehr geeignet, die zwischen gewissen großindustriellen und großlandwirtschaftlichen Kreisen bestehende Koalition noch mehr zu stärken und den weltpolitischen, chauvinistisch-romantischen Neigungen noch weiteren Vorschub zu leisten.

So wie heute die Verhältnisse liegen, ist unsere Kolonial-vertu lung nur eine einfache Uebertragung des ostelbischen Polizei-Bureaucratismus auf afrikanischen Boden, wie nicht nur die Kolonialverordnungen und ihre Durchführung, sondern auch die Beispiele aus der Verwaltungspraxis, die durch die Fälle Peters, Veit, Behlan x. bekannt geworden sind, zur genüge beweisen. Thatsächlich sind ungefähr drei Viertel aller im Kolonialgebiet sich aufhaltenden Deutschen im Verwaltungs- oder Militärdienst beschäftigt. Dazu kommt noch ein anderes Moment: die Rückstärkung des Junkerthums in seinen politischen Ansprüchen durch die am Kolonial-handel betheiligten Handelskreise als Aequivalent für seine Unterstützung von deren Kolonialplänen. Die betreffenden Handelschichten können ihre Forderungen nach Erweiterung des Kolonialbesitzes, nach kolonialen Eisenbahn-Anlagen, Dampfersubventionen x. nur dann durchsetzen, wenn sie sich unter den jetzigen politischen Verhältnissen die Unterstützung der Konservativen im Parlament und am Hofe sichern, d. h. wenn sie dem preussischen Junkerthum nach dem Grundsatz, eine Hand wäscht die andere, Segen-Konjessionen machen. Schon heute haben wir eine aus ähnlichen Bedingungen hervor-gegangene Koalition zwischen dem feudalen Großgrundbesitzthum und gewissen Theilen der rheinischen Großindustriellen; gewinnt unser Kolonialbesitz an Umfang, so ist ziemlich sicher, daß auch bestimmte Handelskreise in dieses gegenseitige Garantie-Verhältnis hineingezogen werden. Wie weit in diesen Kreisen die Neigung vorhanden ist, sobald sich Aussicht auf materiellen Gewinn bietet, allerlei feudale Präntensionen mit in den Kauf zu nehmen, das haben wir gesehen, als die Koutschou-Bachtung perfekt wurde, und das sehen wir jetzt wieder an den schmunzelnden Betrachtungen der Handels- und Börsenpresse über die Palästinafahrt. Springen bei dieser Promenaden-Exkursion Aus-sichten auf zukünftige Handelsprofite heraus, so läßt man sich gerne das pompöse Gepränge, und noch manches andere sonst, gefallen.

Die deutsche Welt- und Kolonialpolitik ist keine moderne, auf die Förderung des bürgerlichen Einflusses und Erwerbes gerichtete Politik, sie ist eine feudal-reaktionäre Politik, — eben deshalb hat sie auch gerade in der altpreussischen Bureaucratie so manchen Anhänger gefunden. Man hofft eben durch sie der vernunft-monarchischen Bourgeoisie das Königthum als fürsorglichen Mehrer des Wohlstandes der „erwerbenden Kreise“ zu empfehlen, um so unter Hinweis auf die materiellen Erfolge desto besser für die Nothwendigkeit des Fortwandelns in den alten Bahnen plädiren zu können. Dieser reaktionäre Charakter der heutigen Kolonialpolitik aber schreibt auch der

Arbeiterpartei ihr Verhalten vor. Selbst wenn unsere Kolonien nicht so völlig werthlos wären, selbst wenn sie nicht einen Anlaß zu immer weiteren Flottenvermehrungen abgeben würden, müßte sie jede Kolonialforderung bekämpfen. Eine Partei, welche die Arbeiterinteressen verächt, kann nicht eine Richtung unterstützen, welche einerseits auf eine Stärkung des jetzigen halbfeudalen Regimes hinausläuft und andererseits den Großindustriellen freie Bahn auf dem Weltmarkt zu schaffen sucht, indem sie die Koalitionsfreiheit der Arbeiter einschränkt. Rag es vielleicht unter ganz anderen Umständen streitig sein, ob nicht eine Förderung der Kolonialbestrebungen auch im Interesse einzelner Schichten der Industrie-Arbeiter läge, — unter unseren gegenwärtigen politischen Verhältnissen ist diese Frage von vornherein ausgeschlossen. Wir treiben praktische Politik, und diese zwingt uns zur rücksichtslosen Bekämpfung einer jeden Forderung für Kolonialzwecke, mögen diese offiziell benannt werden wie sie wollen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

**Umsurz-Gesetzgebung.** Die „Nat.-Ztg.“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß „innerhalb“ der Regierung von keinem anderen gesetzgeberischen Plane die Rede gewesen sei, als von der Verschärfung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zum Schutze der Arbeitswilligen gegen Streik-terrorismus“. Man thut gut, der Quelle, aus der die „Nat.-Ztg.“ schöpft, in dieser Angelegenheit auch nicht das mindeste Vertrauen zu schenken. Die Mittheilungen der badisch-österreichischen „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ über die Absicht, auch ein neues Sozialistengesetz zu beschließen, waren zu klar und zu ernst, als daß man sich leicht über sie hinwegsetzen dürfte. Wären diese Mittheilungen nur aus der Luft gegriffene Phantasien gewesen, so hätte ohne Zweifel die offiziöse Presse ein unzweideutiges Dementi gebracht. Aber nichts ist erfolgt. Die Ankündigung eines Sozialistengesetzes in jener offiziösen Korrespondenz bleibt bestehen.

Freilich mag es wohl sein, daß ein fertiger Entwurf noch nicht vorhanden ist, ja daß sogar die Regierungsräthe noch nicht die erforderlichen Anweisungen zur Ausarbeitung erhalten. Aber wie schnell ist solch Gesetzentwurf fertiggestellt! Sind nicht tuzende Entwürfe in den Kangleien des Justizministers und des Ministers des Innern aufgehäuft zu jeder zeitigem bequemen Gebrauche? Es liegt jedenfalls etwas in der Luft. Ob man die Erledigung der preussischen Vereinsrechtsfrage zum Anlaß nehmen wird, ein neues Anebelgesetz einzubringen, oder ob man den Reichstag befragen wird; ob man die „Resultate“ der internationalen Anarchistenkonferenz benutzen oder eine andere Anknüpfung versuchen wird — wer weiß es?

Uns soll es recht sein, wie die Regierungen den Staat zu retten denken. Wir haben für alle derartigen aus seiger Angst geborenen Repressionsversuche nur ein eifiges Lächeln übrig. —

**Der Prozeß Harden** hat, wie wir in unserem Leitartikel vom vorigen Sonnabend aussprachen, die häßlichsten Schäden des deutschen Justizverfahrens, gleichsam zu einer Ausstellung, in sich vereinigt. Ausschluß der Öffentlichkeit, Zeugniszwang und vor allem der Prozeß selbst. Der Ausschluß der Öffentlichkeit, der im Dreyfus-Prozeß die Beurtheilung der gesammten zivilisirten Menschheit gefunden hat, und zwar im Fall Harden der Ausschluß, ohne die Entschuldigungsgründe des Dreyfus-Prozesses, der sich mit den, in allen modernen Staaten sich der Öffentlichkeit entziehenden parties honteuses der Militärspionage befaßt — der Zeugniszwang, den, seit die Folter abgeschafft ist, kein anderes Volk mehr kennt, und ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß — das heißt ein Prozeß um ein in heidnisch-römischer Zeit, in der tiefsten Fäulniß des absterbenden Römerreichs künstlich geschaffenes, raffiniert ausgestelltes Verbrechen, das in den freieren Kulturländern: England, Frankreich, Schweiz, Vereinigte Staaten von Nordamerika nicht bekannt ist. Eine traurige Rolle, die unser Deutschland da spielt!

Nicht als ob wir durch den Prozeß gegen Harden in besondere Erreiserung gebracht wären — jeder Tag bringt uns ja in Deutschland ein halb Duzend Prozesse auf grund des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen, und viele fordern noch weit mehr, als dieser das Rechtsgefühl des Volkes heraus. Aber wir sind so an Majestätsbeleidigungs-Prozesse gewöhnt, daß wir uns gar nicht mehr wundern, wenn nicht Ungewöhnliches das abgestumpften Nerven reizt. Und das ist im Prozeß Harden der Fall. Auf der Anklagebank war nicht ein ungebildeter, seiner Redeform unfähiger Mann, der mit drastischen Ausdrücken und rohen Schimpfworten um sich wirft, — es war einer der gewandtesten Journalisten, dem obendrein für die strafrechtliche Beurtheilung zu veröffent-lichender Aufsätze kundige Juristen zur Seite standen, — daß er eine Majestätsbeleidigung habe verüben wollen, das wird der verbissenste Staatsanwalt nicht behaupten — und doch wird dieser Mann wegen doppelter, ja vierfacher Majestätsbeleidigung angeklagt und zu 6 Monaten der Freiheits-entziehung verurtheilt.

Wer ist da — muß jeder sich fragen, vor einer Majestätsbeleidigung noch sicher? Und in dem Fall Harden waren die Richter noch sehr „liberal“. Sie billigten dem Angeklagten für einen der in-

Priminirten Artikel den Schutz des § 193 zu, was z. B. Liebrecht, der doch auf direkte Angriffe gegen seine Partei geantwortet hatte, verweigert worden war, und sprachen von dieser Auflage frei. Auch in einem zweiten der inkriminirten vier Artikel fanden sie keine Majestätsbeleidigung. Allein in zwei anderen fanden sie das Verbrechen. Wir haben diese beiden Artikel gelesen, haben sie sorgfältig gelesen: Der eine theilt mit, was Hunderttausende, ja Millionen denken und sagen und er theilt es mit in der denkbar schonendsten Form. Da muß ein jeder sich sagen: Wenn das strafbar, wenn das ein Majestätsverbrechen ist, dann ist in Deutschland kein Mensch mehr vor einem Majestätsbeleidigungs-Prozess sicher.

Und wie in aller Welt soll ein deutscher Staatsbürger, der civis Germanus, für den in Russland, fall ihm eine Unbill widerfährt, die eisengepanzerte Faust des Reiches sich erhebt, im Inland über die einfachsten politischen Fragen seine Meinung ausdrücken, wenn sogar solche Auslassungen schwer bestraft werden? Für den stolzen civis Germanus bleibt nur das Papagenoschloß.

Der zweite Aufsatz, in dem das Verbrechen der Majestätsbeleidigung entdeutet wird, ist eine Fabel, ganz im Stile La Fontaine's, des Fabeldichters der Kera Ludwig's des Vierzehnten, der den Dichter hochschätzte, obgleich manche seiner „Fabeln“ den Hof und den König weit deutlicher und schärfer traf, als die bloße Nachbildung des Hardschen Blattes. Was der „Sonnenkönig“ — der Monarch des „Der Staat bin ich“ — vor fast dritthalb Jahrhunderten lächelnd hinnahm, das ist am Ende des neunzehnten Jahrhunderts im neuen Deutschen Reich, das angeblich alle unsere nationalen Hoffnungen und Strebungen erfüllt hat, ein Majestätsverbrechen!

Armes Deutsches Reich!  
Und konservative Organe verlangen Revision des Urtheils, weil das Strafmaß — sechs Monate! — zu niedrig sei. Nur deutsche Junker-Konservative sind solch unter russischer Korbheit fähig.

Wahr, Garden ist „blos“ zu Festung beurtheilt worden, nicht zu Gefängnis, wie so viele Hunderte, die „gemeine Gesinnung“ gerade so wenig bekundet hatten wie Garden; allein das beweist doch nur, daß die Richter, die Garden verurtheilten, den Geist des Gesetzgebers, der zwischen „gemeinen“ und „ehrenhaften“ Triebfedern einen Unterschied macht, besser begriffen haben, als manche ihrer Kollegen.

Indes; trotz alledem ist das Urtheil ein ungemein hartes, und wer immer auf dem Boden unserer Kultur steht und für das Deutsche Reich die Stellung eines Kulturstaates und für das deutsche Volk die Rechte eines Kulturvolkes beansprucht, muß mit uns in den Ruf einstimmen: Fort mit den Majestätsbeleidigungs-Prozessen! Fort mit dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen unseres Strafgesetzbuches!  
Videant Consules! —

**Mit der Zurückziehung Marchand's aus Kaschoda** kann der jüngste Streitfall zwischen England und Frankreich als erledigt gelten. Die Verhandlungen dauern noch fort, allein sie haben eine Regelung der beiderseitigen Verhältnisse in Ostafrika zum Zweck, und sie werden, da beiden Theilen daran gelegen sein muß, in Güte auseinanderzukommen, auch voraussichtlich zum Ziel führen. Von vollständiger Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse zeugt es, wenn jetzt von einer „Aufrollung der ägyptischen Frage“ durch Frankreich geredet wird. Eine „Aufrollung“ der ägyptischen Frage ist in den letzten 10 Jahren, seit Rußland weiß, daß der unüberwindliche Zusammenstoß mit England sich nicht auf den St. Nimmerleinstag verschieben läßt, seitens der russischen Diplomatie wiederholt versucht worden. Und bei einer Gelegenheit hat auch die deutsche Reichsregierung, nicht gerade glücklich, mitgewirkt. Die englische Regierung hat aber alle derartigen Versuche a limine — schroff von der Schwelle — abgewiesen und kategorisch erklärt, daß es eine ägyptische Frage nicht gebe. Und sollte jetzt, wie es fast den Anschein hat, von russischer Seite ein neuer Versuch gemacht werden, so wird das Ergebnis kein anderes sein.

In der That, so lange die Auseinandersetzung mit Rußland in Aussicht steht, kann England auf seine gegenwärtige Stellung in Ägypten nicht verzichten. Man braucht nur einen Blick auf einen Globus zu werfen, und man sieht sofort, daß Ägypten im Fall eines Krieges um Indien und überhaupt um Englands Machtstellung in Asien die natürliche und nicht zu entbehrende Operationsbasis der Engländer ist. Ägypten in anderen Händen, das wäre für England die Gefahr, vom Suezkanal und Rothen Meer und damit von seinem Indischen Reich und seinen asiatischen Machtphären abgeschnitten zu werden. Unter den obwaltenden Verhältnissen an England eine solche Zumuthung richten, verräth eine Naivetät wie ein ernsthafter Politiker sie nicht besitzen sollte. Ist einmal die Abrechnung mit Rußland erfolgt und finden die Engländer sich nicht länger in Asien bedroht, so werden sie das Protektorat über Ägypten, das dann nur eine Last wäre, gewiß gerne hinstreichen.

Freilich, die russische Diplomatie, die soeben das diplomatische Schachspiel der allgemeinen Abrüstung in Szene gesetzt hat, braucht sich auch nicht vor Naivetäten in der ägyptischen Frage zu scheuen — wenn es nur gelingt, die öffentliche Meinung gegen England zu hegen. So reden russische Regierungsbücher jetzt von der Nothwendigkeit, England zur Räumung Ägyptens zu veranlassen. Man müsse „die Rechte des Sultans verteidigen“ und „Ägypten unter ein Protektorat aller Mächte stellen“. Das sind Redensarten, über die man in England lacht, so lange nicht ein paar Duzend Panzerschiffe und etliche hunderttausend Mann dahinter stehen. Nachdem aber Frankreich durch die Räumung Kaschoda's seinen Willen bekundet hat, für Rußland die Kasanien nicht aus dem Feuer zu holen, ist das russische Gerede eitel Renommisterei.

Trotzdem werden in England die Rüstungen mit fieberhaften Eifer und auf größtem Fuße fortgesetzt. Und mehr und mehr kommt auch bei solchen, die bisher diesen Rüstungen geringere Bedeutung beilegen, die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß sie gegen Rußland gerichtet sind, und daß England, will es sein Ansehen im Orient nicht einbüßen, auch endlich einmal Ernst machen muß.

**Amerikanische Drohungen gegen Spanien.** Aus Paris wird uns gemeldet: In unternommenen Kreisen verlautet, der amerikanische Delegirte bei den Friedensverhandlungen, Don, werde im Laufe dieser Woche den spanischen Delegirten ein Ultimatum bezüglich der amerikanischen Forderungen überreichen. Für den Fall, daß Spanien das Ultimatum nicht in allen Punkten annehmen sollte, sei Don von seiner Regierung beauftragt, die Friedensverhandlungen abzubrechen.

## Deutsches Reich.

**Das Versprechen des Fürsten Hohenlohe.** Die „Voss. Zig.“ erinnert daran, daß dem Bundesrat noch der am 20. Mai 1897 vom Reichstag angenommene Gesetzentwurf, betreffend das Vereinsrecht, vorliege. Jener Gesetzentwurf enthält nur einen Artikel des Wortlauts:

„Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.“

Die „Voss. Zig.“ meint, daß die Zustimmung zu diesem Entwurf seitens des Bundesrats der beste Weg für den Reichstanzler sei, sein bekanntes Versprechen einzulösen.

So richtig dies ist, so sehr zweifeln wir daran, daß die maßgebenden Kreise diesen besten Weg erwählen werden.

**Die preussischen Provinzen und ihre Vertretung im Abgeordnetenhaus.** Die „Liv. Kor.“ giebt folgende Uebersicht: Berlin: 9 freisinnige Volkspartei; Provinz Brandenburg: 35 Konservative, 1 Freikonservative, 1 Nationalliberale; Ostpreußen: 24 Konservative, 4 Centrum, 2 Nationalliberale, je 1 freisinnige Volkspartei und freisinnige Vereinigung; Westpreußen: 13 Konservative, 1 Nationalliberale, 2 freisinnige Volkspartei, 3 freisinnige Vereinigung, 3 Polen; Pommern: 25 Konservative, 1 freisinnige Vereinigung; Polen: 18 Konservative, 2 freisinnige Volkspartei, 4 freisinnige Vereinigung, 10 Polen; Schlesien: 31 Konservative, 26 Centrum, 2 Nationalliberale, 5 freisinnige Volkspartei, 1 freisinnige Vereinigung; Sachsen: 27 Konservative, 2 Centrum, 8 Nationalliberale, 1 freisinnige Volkspartei; Schleswig-Holstein: 10 Konservative, 6 Nationalliberale, 1 freisinnige Vereinigung, 2 Dänen; Hannover: 9 Konservative, 3 Centrum, 22 Nationalliberale, 2 Bund der Landwirthe; Westfalen: 5 Konservative, 16 Centrum, 7 Nationalliberale, 2 freisinnige Volkspartei, 1 Bauernbündler; Hessen-Nassau: 9 Konservative, 4 Centrum, 9 Nationalliberale, 3 freisinnige Volkspartei (darunter der Demokrat Sanger), 1 Antisemit; Rheinprovinz und Hohenzollern: 5 Konservative, 45 Centrum, 14 Nationalliberale. Das Gesamtresultat wäre demnach folgendes: 206 Konservative und Freikonservative, 100 Centrum, 72 Nationalliberale, 25 freisinnige Volkspartei, 11 freisinnige Vereinigung, 13 Polen, 2 Dänen, 2 Bund der Landwirthe, 1 Bauernbündler und 1 Antisemit. Im einzelnen bleibt eine Nichtstimmigkeit vorbehalten, da die Stellung einiger Wahlen noch nicht zuverlässig bekannt ist.

Von den bisherigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses sind nur 261 wiedergewählt; das neue Haus wird daher nicht weniger als 142 oder nahezu ein Drittel neue Mitglieder zählen. Unter den neu Gewählten befinden sich nur wenige alte Parlamentarier, wie die freisinnigen Dr. Hirsch, Dr. Barth und Lüders, der Nationalliberale Jekst, der Freikonservative Brähler, die weitaus größte Mehrzahl sind völlig frisches Blut.

**Juni Fall Spahn.** Dem in Baden zum Landtags-Abgeordneten gewählten Reichsgerichtsrath Spahn ist, wie der „Frankf. Zig.“ aus Leipzig berichtet wird, der zur Ausübung seines Mandats im preussischen Abgeordnetenhaus nachgesuchte Urlaub abermals verweigert worden.

In zifra drei Wochen tritt der Reichstag zusammen, da wird Herr Niederberg erfahren, daß mit dem Centrum nicht gut Fischen sein ist.

**Ein Fortschritt.** Zu dem neuen Entwurf betreffend Revision des Invaliditäts-Versicherungs-Gesetzes wird mitgetheilt: Das Vermögen der Versicherungs-Anstalten ist wie Mündelgeld anzulegen. Während bisher Ausnahmen hiervon mit Genehmigung des Garantieverbandes nur bis zum vierten Theile des Vermögens zugelassen waren, ist die Grenze im Entwurf bis auf die Hälfte des Vermögens erweitert. Gleichzeitig ist als Zweck derartiger ausnahmsweiser Belegung der Bestände die Förderung solcher Veranlassungen hervorgehoben, welche ausschließlich oder überwiegend der Verbesserung der Bevölkerung zu gute kommen. Die Versicherungs-Anstalten sollen hiernach in weiterem Umfange ermächtigt werden, die angelegten Kapitalien, ohne an die Mündelsicherheit gebunden zu sein, zu verwenden, um Heilstätten zu errichten, die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch Gewährung von hypothekarischen Darlehen zu fördern oder ähnliche Wohlfahrts-Einrichtungen durch Kreditbewilligung zu unterstützen.

Wir kommen auf diese neuen Bestimmungen des Entwurfs zurück.

**Unsere Kritik über die öfentlich Verabreichung des Alters- und Invalidenversicherungs-Entwurfs** nimmt Herr Schweinburg zum Anlaß, um — wahrscheinlich mehr nach oben hin, wie uns gegenüber — festzustellen, daß durchaus nicht alle Mißbilligungen über den Entwurf durch die „Berl. Pol. Nachr.“ verklärt worden sind. Wir begreifen den Schmerz darüber und wollen darum unserteils gern berücksichtigend bemerken, daß in der That Angaben wie die über die stärkere Invalidität der landwirtschaftlichen Distrikte von irgend welcher anderen Seite und nicht durch die „Berl. Pol. Nachr.“ den Wählern zugegangen sind. Für uns wird dadurch das ganze Verfahren der Regierung in der Veröffentlichung ihrer Vorlagen nur um so tadelnswerther.

**Ueber das Grubenunglück auf Zeche „Holland“** bringt der „Reichs-Anzeiger“ eine Mittheilung, worin als wahrscheinliche Ursache der Explosion die Oeffnung einer Sicherheitslampe angegeben ist. In unmittelbarer Nähe eines der beiden getödteten Bergleute, eines 24 Jahre alten Schleggers, der seit dem 1. März d. J. Bergmann war, sei dessen Sicherheitslampe mit abgeschraubtem Obertheil und gewaltsam geöffnet, Bleimietverschluss gefunden worden. Sonstige Anhaltspunkte zur Erklärung der Ursachen des Unglücks lägen bis jetzt nicht vor. Die von der Explosion betroffenen Theile der Grube seien vor Beginn der Schicht von dem Wettermann als schlagweiliger gemeldet worden, auch habe der Abtheilungsleiter beim Befahren der betreffenden Strecken während der Frühstunde keine Schlagwetter-Ansammlung bemerkt. Die beiden Flöße, wo die Explosion ausbrach, entwickelten Kohlenwasserstoffgase, insbesondere das Gas „Hugo“, das auch zur Kohlenstaubbildung neige. Schlagwetter-Ansammlungen seien in den betreffenden Höhlen bisher nicht bemerkt worden, da der Wetterzug geregelt und kräftig sei. Die Zeichenverwaltung nehme an, daß durch Hinhinsetzen eines Theils des Flößes „Hugo“ eine große Menge schlagender Wetter in den Wetterstrom gedrückt worden sei, die durch den regelmäßigen Wetterzug nicht in genügend schneller Weise zerstreut und verdünnt werden konnte. Ob ein Zusammenbruch stattgefunden hat, werde die bergpolizeiliche Untersuchung ergeben.

In der Mittheilung des „Reichs-Anzeigers“ fehlt eine Angabe darüber, ob in der Grube „Holland“ schon die Verrieselung des Kohlenstaubes eingeschätzt ist. Vermuthlich nicht, denn sonst würde dieses für die Entlastung der Zeichenverwaltung wichtige Moment wohl erwähnt worden sein. Falls der mit getödtete Schlegger, dessen Lampe in geöffnetem Zustande gefunden worden ist, die Explosion wirklich verschuldet haben sollte, was aber durchaus noch nicht bewiesen ist, so wäre das lediglich ein Grund mehr, die preussischen Grubenbesitzer zu zwingen, nur Arbeiter zur Beschäftigung in den Gruben zuzulassen, die eine längere bergmännische Lehrzeit durchgemacht haben. Der betreffende Bergmann war aber, wie der „Reichs-Anzeiger“ selbst sagt, erst seit 1. März dieses Jahres Bergmann. Jetzt, bei dem glänzenden Geschäftsgang im Kohlenbergbau nehmen die Zeichenbesitzer alle möglichen Elemente zur Arbeit in den Gruben an. Diese vielfach der bergmännischen Arbeit nicht genügend kundigen Arbeiter zur peinlich genauen Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften zu veranlassen, wird dem staatlichen Grubenaufsichts-Apparat nur dann gelingen, wenn zur Grubeninspektion Delegirte der Bergleute herangezogen sind.

**Aus Friedrichruh, 6. November.** wird der „Voss. Zig.“ geschrieben: Fürst Herbert v. Bismarck hat jetzt bestimmt, daß die feierliche Beisetzung der Leiche des Fürsten Otto v. Bismarck in dem neu erbauten Mausoleum am Sonntag, 27. November, erfolgen soll. Ein Gerücht will wissen, daß auch Kaiser Wilhelm zur Beisetzungsfest des Altreichstanzlers wieder hierher kommen würde, allein das Gerücht wird wohl kaum Bestätigung finden. Viele, die den Kaiser

vor einem Vierteljahr, als er zur vorläufigen Beisetzung des Fürsten hier war, abtreiben sahen, sind der Meinung, daß Kaiser Wilhelm II. niemals wieder nach Friedrichruh kommen wird.

**Die amerikanische Konkurrenz** wird von dem Konsul der Vereinigten Staaten in Köln eifrig zu fördern gesucht. Einem seiner Berichte zufolge, der gegenwärtig in amerikanischen Blättern viel besprochen wird, ist ein Plan im Werke, eine Aktiengesellschaft in Deutschland zu gründen, um eine permanente Ausstellung amerikanischer Produkte und Fabrikate zu errichten. Besondere Gedächtnisse sollen zu diesem Zwecke erbaut und an die Aussteller vermietet werden, auch würde es die Gesellschaft übernehmen, den Betrieb der amerikanischen Waaren gegen Kommission zu besorgen und die Befahrung aller von ihr oder ihren Agenten verkauften Artikel zu garantieren. Der Konsul sagt in seinem Bericht: Deutschland ist der Werth der gegenseitigen Handelsbeziehungen an und ist willens, uns auf halbem Wege entgegen zu kommen. Würde es unter diesen Umständen nicht rathsam sein, daß unsere Fabrikanten Repräsentanten herübergeschickten, um sich gründlich über die Absatzgebiete zu informieren und Vorkehrungen für Unterbringung und Vertrieb ihrer Produkte zu treffen? Der amerikanische Konsul ist der Ansicht, daß Köln sich vortrefflich als Zentralstelle eigne. Die Eisenbahn- und Dampferverbindungen der Stadt seien vortreffliche, im Flußufer erstreckten sich vorzügliche Docks und Werften meilenweit. Der Konsul erklärt endlich: Die Gründung der erwähnten Gesellschaft würde sich vollziehen, wenn von amerikanischer Seite dem Unternehmen die erforderliche Ermuthigung zu Theil würde. Die amerikanischen Fabrikanten werden sich dies nicht zweimal sagen lassen. Sie sind zum Handeln stets bereit wie die oft allzu verächtlichen deutschen Unternehmer, die der amerikanischen Konkurrenz häufig noch rathlos und thatenlos gegenüberstehen.

**Die „Bekämpfung der Spielwuth“** — natürlich die der Arbeiter — regt die „Köln. Zig.“ neben der Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten an, um eine „Bekämpfung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer arbeitenden Klassen herbeizuführen“. Im Sommer, so schreibt das rheinische Organ, bildet das Regeln um Geld, das Preisregeln, im Winter das Ausspielen von Karten, Gängen, Käfen, Würfeln u. s. w., wie es namentlich am Niederrhein in den letzten Jahren eingewirren ist, einen Arbeitsladan für die arbeitenden Klassen. Am Sonntag verlegt der Bauer den Thaler, den er nicht hat, um seine Spielgelüste gegen Fuchschaden zu vertheidern, verlegt der Arbeiter einen guten Theil seines Lohnes und schimpft in einem Athem über den niedrigen Lohn und die hohen Steuern, während am Sonnabend Abend mancher Familienvater auf der Wirthshaus beim Ausspielen von Karten u. s. w. einen guten Theil seines Lohnes liegen läßt. Wenn der Bauer seinen Thaler verlegt hat, so bleibt ihm im Keller und Schornstein immerhin noch etwas zur Befriedigung der Bedürfnisse der nächsten Tage, der Arbeiter in der Stadt aber kommt nicht allein mit halberer Hand zu der Familie zurück, er findet nicht allein im Haushalt kaum mehr vor, als was für die nächste Mahlzeit reicht, sondern er ist auch anher stante, das zu begleichen, was in der Woche in das verhängnißvolle „Wüchelen“ des Träumers eingetragen ist. Wir fühlen gewiß nicht den Verdruss in uns, für Gewohnheitsspieler einzutreten und unter den sozial-moralisch gestimmten Arbeitern dürften recht wenige zu finden sein, dem das Bestreben, das Wohl ihrer Klasse zu fördern, die Pflichten als Staatsbürger zu erfüllen, läßt in der Regel das Spielen nicht zur Leidenschaft ausarten. Solche Gewohnheitspieler, die auch nicht um Karten und Gänge, sondern um Geld spielen, scheint das Unternehmer-Organ aber gar nicht im Auge zu haben, wohl aus der richtigen Erwägung heraus, daß diese vielmehr in den ihm nahestehenden Kreisen zu finden sind. Will das Blatt aber das harmlose Regelspiel, soweit es von Arbeitern zu ihrer Erholung und Herfristung ausgeht wird, treffen, so muß das als eine mehrhördte Dreistigkeit ganz entschieden zurückgewiesen werden. Wir rathen dem Unternehmerorgan an, sein Herz für die „darbenden Familien“ bei andern Gelegenheiten, z. B. wenn es sich um Lohnforderungen handelt, zu eröfnen.

**Pressekorrumpion.** Von jeher hat es Blätter gegeben, die aus Geschäftsinteresse die politischen Interessen ihres Leserkreislaufs zu verachten keinen Anstand genommen haben. Gerade in Deutschland haben „hervorragende“ Blätter in gegenseitiger Konkurrenz und dem Ruhm geküßt, von der Regierung direkt oder indirekt als offizielle Organe benutzt zu werden. Die ganze Gefährlichkeit der offiziellen Presse brauchen wir nicht erst hier auseinanderzusetzen. Sie dient dazu, die Wahrheit zu verzerren und zu entstellen und das Volk beim Heranziehen reaktionärer Gefahren einzuführen. Wie tief muß ein Organ gesunken sein, wenn es offen, am hellen, hellen Tage vor aller Welt der Regierung, einer öffentlichen Dime gleich, seine Dienste anbietet. Solche Fälle sind selten, aber wo sich einmal ein solcher Fall ereignet, da wollen wir ihn doch zur Charakteristik der Presse festhalten. Wir lesen nämlich in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem bekannten Unternehmerorgan, ein Gespräch Bismarck's, das Lothar Bucher aufgezeichnet hat. Da sagt Bismarck:

„Es ist unser Angliß, daß wir so wenige Federn zu unserer Verfügung haben. Ich lam die Wege, die ich gehen muß, nicht immer von Anfang an klarlegen, sonst wäre die Sache von vornherein verfehlt. Ich muß auch mandatum den Gegner auf eine falsche Spur bringen, das ist vom diplomatischen Leben unzerrenlich. Da werden manamal selbst die Besten an mir irre, und wenn sie sich passiv verhalten und mich nicht direkt angreifen, so ist das noch der beste Fall. Das sind Verhältnisse, die ich leider nicht ändern kann, die aber die Schuld daran tragen, daß es bei uns der Regierung an einer Unterthung mangelt, die sie sonst liberal geneigt und die ich sehr schmerzlich entbehre. Man mag sagen, was man will, die Presse ist eines der wichtigsten Elemente der Politik, und wer das nicht erkennt, der wird nur zu rath zu seinem Schaden eines besseren belehrt.“

Fürst Bismarck verlangt hier von der Presse nichts anderes, als die Verschleierung auf eine eigene Uebersetzung. Ist es nun Naivetät oder ist es der höchste Grad von Selbstprostitution, wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgenden Wink mit dem Jauchpfehl den Worten Bismarck's folgen läßt:

„Das könnte die Regierung haben, wenn sie die Zeitungen, denen sie das Vertrauen der Discretion schenken kann, in der rechten Weise vertrauensvoll informirt.“

Es giebt also bürgerliche Zeitungen in Deutschland, die vor aller Welt ihre Bereitwilligkeit erklären, für die Interessen der Regierung das Volk und ihre Leser zu täuschen.

**Angeschossen.** Bei einer von Offizieren der Garnison Münster i. W. am 3. November in dem Graf Hagfeld'schen Revier abgehaltenen Treibjagd, bei der Infanteristen als Treiber benutzt wurden, sind zwei derselben von den Jägern angeschossen worden. Der eine erhielt einen Schuß unter dem rechten Auge, der andere soll vor die Brust getroffen worden sein. Beide sind in ärztliche Behandlung genommen worden durch Herrn Dr. Graffelder; ihr Zustand ist aneinander nicht gefährlich. Das „Münsterische Tageblatt“, dem wir diese Mittheilung entnehmen, bemerkt dazu: Wir glauben, in diesem Vorkommniß wieder einen Beweis dafür zu sehen, daß es an der Zeit ist, der Benützung des Militärs für allerlei außerberufliche Zwecke ein Ziel zu setzen.

**Ultramontane Schmähsucht.** Die „Münsterer Freie Presse“ hat, wie wir mittheilten, ärztliche Berichte zusammengestellt, in denen schwere Anklagen gegen Ärzte und Professoren in Spitälern, Kliniken und Irrenhäusern erhoben werden. In einem Theil der Zentrumpresse, so auch in der „Germania“, finden wir die Mittheilung darüber von dem Say begleitet: „Mag das sozialistische Blatt seine parteitendenzigen Absichten bei diesen Mittheilungen haben.“ — Diese Blätter bemerken offenbar die demokratische „Münsterer Freie Presse“ mit unserem Parteiblatt „Münsterer Post“. Das ist verzeihlich; daß man aber ohne allen Anlaß und ohne das betreffende Blatt überhaupt zu kennen, von „tendenzigen Absichten“ des „sozialistischen Blattes“ redet, beweist, wie groß bei gewissen frommen Blättern die Eucht ist, den politischen Gegner auf alle Fälle zu verächtigen.

**Ein neuer Kriegshafen.** Danziger Blätter erfahren, daß die Errichtung eines Kriegshafens auf der Höhe von Danzig im Gange ist, und daß der Militärfiskus sich bereits das Gelände in der Nähe von Gdingen gesichert hat. Weiter ist eine Torpedobootstation bei Plehendorf in Aussicht genommen.

Unsere neueste Heerespolitik und die daraus folgenden Marinevermehrungen werden uns schon Kosten um Kosten verursachen.

**Bei der Reichstags-Gratwahl im Wahlkreise Schaumburg-Lippe,** die am Sonntag stattfand, wurden insgesamt 3000 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Müller (Sp.) 2684, Stroffer (L.) 2336, Reichenbach (Soz.) 591 und Böcker (Reform-P.) 442 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Müller und Stroffer erforderlich und die Wahl Müllers ist wahrscheinlich. Bei der Hauptwahl im Juni d. J. figierte ebenfalls der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, der verstorbene Diezang, in der Stichwahl über den Konserwativen.

**Die Verhaftung des „Anarchisten“ Oldenburg,** von der zuerst der „Hann. Courier“ Mitteilung machte, hat den Anlaß zu einem Strafverfahren gegeben gegen den Urheber der betreffenden Notiz. Es war nämlich „strengste Geheimhaltung“ der Inhaftnahme Oldenburgs angedeutet worden; trotzdem stand die Notiz sofort im „Hann. Courier“. Das genannte Blatt schreibt: Unser Korrespondent ist im Ermittlungsverfahren bereits zugegenlich benannt worden. Derselbe konnte übrigens dem vernehmenden Richter die Versicherung geben, daß seine Indiskretion seitens eines Beamten vorliegt. Oldenburg befindet sich noch immer in Untersuchungshaft; der Termin zur Hauptverhandlung ist noch nicht anberaumt.

**Wie das „Gesinde“ behandelt wird.** Dem Landwirth Ludwig Bube aus Walsleben bei Erfurt war seine Dienstmagd entlaufen und zwar, wie diese vor dem Schöffengericht aus sagte, wegen schlechter Behandlung. Der Dienstherr machte von der ihm durch die Gesinde-Ordnung verliehenen Nachvollkommenheit Gebrauch, das Mädchen durch die Polizei zurückzuführen zu lassen. Zum Ueberflus schloß er es noch anderthalb Tage ein, ohne ihm etwas zu essen zu geben, wie das Mädchen ebenfalls vor Gericht behauptete. Natürlich belegte diese Behandlung der Dienstmagd erst recht nicht, und sie bereitete nun zum zweiten Male einen Fluchtversuch vor, indem sie zunächst vorsichtigerweise ihre Sachen heimlich aus dem Hause schaffte. Das wurde aber bemerkt und zur Strafe sperrte nunmehr der Dienstherr die Magd aus. In der Nacht hatte sie aber ihre Schlafstätte durchs Fenster wieder angefaßt, was nicht hinderte, daß man sie dennoch als entlassene betrautete und zur weiteren Strafe ihre zurückgebliebenen Kleidungsstücke mit Beschlag belegte. Da das Mädchen jedoch unvorkommend das Haus nicht verlassen konnte, nahm es einen Rod mit einer Schürze, die ihm früher von der Frau zum Gebrauch überwiesen worden waren, mit. Wegen dieser scheinlichen Dinge hatte das Dienstmädchen Donnerstag Termin vor dem Schöffengericht, und zwar mußte sie nach der Meinung des Dienstherrn wegen Hausfriedensbruchs und Diebstahls bestraft werden. Aber selbst der Amtsanwalt beantragte Freisprechung, die auch vom Gerichtshof ausgesprochen wurde. Dem als Zeugen erschienenen Landwirth Bube gab der Vorsitzende den guten Rath mit auf den Weg: „Schließen Sie in Zukunft niemand wieder ein, seien Sie froh, daß das Mädchen nichts aus der Geschichte gemacht hat.“ Und da wollen unsere Agrarier noch über die Leutenoth schreien!

**Aus Oberschlesien** wird uns geschrieben: Konferenzen über Konferenzen — in betreff der Grenzsperrung und der Fleischpreise veranstaltet die Regierung, zur geringsten praktischen That jedoch hat sie, den Drohungen der Agrarier gegenüber, keinen Muth. Von einer jüngst in Sosnowitz (Nuss. Polen) abgehaltenen Konferenz einiger Regierungsvertreter heißt es noch beklemmender Weise: „Endgiltige Beschlüsse sind nicht gefaßt worden, doch werden die dort ausgesprochenen Wünsche an zuständiger Stelle unterbreitet werden.“ Zu deutsch: es bleibt alles beim alten, der Industrie-Arbeiter braucht kein billiges Schweinefleisch, die Agrarier dagegen brauchen hohe Fleischpreise. Der Departements-Bezirksrath Arndt, bekannt geworden durch seinen Prozeß mit dem Agrarier King, sucht jetzt die Schuld an der Grenzsperrung seinem Vorgänger Schilling aufzubürden, durch dessen Berichte die Verhängung der Schweinepreise veranlaßt worden sei. Es ist jedoch selbstverständlich, daß nicht ein einzelner Beamter, sondern die gesammte agrarierfeindliche Haltung der Regierung die Theuerungspreise im Industriebezirk verschuldet hat.

**Von oberschlesischen Schulgebäuden.** In Orzegow, dem Orte, wo vor kurzem das größte Unglück an den großstädtischen Gotteshäusern passirte, besteht eine natürlich unter „herrschaftlichem“ Patronate stehende Volksschule, die schon seit Jahren baufällig ist und hätte geschlossen werden müssen. Sie ist indeß erst jetzt geschlossen worden, nachdem während des Unterrichts ein Theil der Decke in einem Schulzimmer eingestürzt ist. Ganz zufälliger Weise sind Schulkinder nicht erschlagen worden. Dieser Fall ist wieder einmal bezeichnend für die oberschlesischen Volksschulzustände. Gewisse Finsternisse deuten ihn indeß als Strafe Gottes dafür, daß die Volksschule zu weit getrieben wird.

**Neue Ausweisungen dänischer Unterthanen** werden aus Schleswig gemeldet. Diesmal sind es die Kommis, Zehelinge und die Dienstmädchen — im ganzen sieben Personen — zweier dänischer gestimmter Kaufleute in Sonderburg, welche die Ausweisungsbefehle erhalten hatten und das preussische Staatsgebiet bereits haben verlassen müssen. Die Ausgewiesenen sind in keiner Weise politisch thätig gewesen, und wie es scheint, will man durch ihre Ausweisung indirekt die dänisch-gestimmten Unterthanen treffen. Viele andere verlassen, wie die „Post“ meldet, freiwillig das Land, um dem Ausweisungsbefehle zu entgehen.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Auf eigenhändige Art ist der Arbeiter Hans Kemmann zu der Anklage wegen Majestätsbeleidigung gekommen, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Die aus der Urtheilsverlesung hervorgehend, war der noch jugendliche Angeklagte eines Abends spät aus dem Wirthshaus gekommen. In der wenig belebten Straße war ihm ein Ehepaar begegnet, welches im Vorbeigehen von dem Angeklagten die Worte hörte: „Ach was, ich bin Italiener.“ Hieran knüpfte sich dann die als Majestätsbeleidigung aufgefaßte Bemerkung. Der Angeklagte hatte zu seiner Entschuldigung angeführt, daß er an jenem Abende zwölf Glas Bier getrunken habe. Wenn er die fragliche Bemerkung gethan habe, was er nicht wisse, so habe er wahrscheinlich ein lautes Selbstgespräch geführt. Er nehme an, daß er etwas an dem fraglichen Abende Gehörtes oder Gesehenes unwillkürlich laut wiederholt habe. Die Absicht, eine Majestätsbeleidigung auszuführen, habe ihm völlig fern gelegen. Der Gerichtshof hatte die Angaben des Angeklagten nicht für wiederlegt erachtet und deshalb ein freisprechendes Urtheil gefällt.

**Das Verfahren gegen den „Simplicissimus“.** Herr Th. Seine befindet sich, wie mitgetheilt, in Leipzig in Untersuchungshaft. Die Zahl der Majestätsbeleidigungen, welche die Anklagebehörde entdekt haben will, ist noch nicht abzuweihen; wie es scheint, will man eine ganze Reihe von Nummern der letzten Zeit prozessiren.

Es war eigens ein Untersuchungsrichter aus Leipzig nach München gefahren, um nach Artikel 103 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Gefahr auf Bezug) die Untersuchung gegen den „Simplicissimus“ zu führen. Das Münchener Amtsgericht hat die erforderliche Genehmigung gegeben. Die Untersuchung ist nun auch auf die beiden Drucker ausgebeutet worden. Der Verleger Langen und der Dichter Weidmann sind, wie schon gemeldet wurde, in die Schweiz geflüchtet.

Das Strafverfahren gegen den geniesen Zeichner Heine erregt allenthalben großes Aufsehen.

Bereits 45 mal vorbestraft ist der Wötkergeselle Konrad Jindler, der sich am 4. November vor der Strafkammer in Schwaidnig wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten hatte. Anfang September dieses Jahres war Jindler beim Wetzen in Freiburg betroffen und festgenommen worden. In der Gefängniszelle machte er sich einer Beleidigung des deutschen Kaisers schuldig und außerdem beleidigte er die Polizeibehörde. Auch einen falschen Namen legte er sich bei. Die Beleidigung muß wohl nicht sehr schwer gewesen sein, denn das Gericht vernichtete ihn wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Freiburger Polizeibehörde zu 2 Monaten 3 Tagen Gefängnis, das Wetzen trug ihm außerdem 8 Tage Haft ein, doch wurde letztere Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verblüht erachtet.

### Oesterreich.

**Graz, 7. November.** („Magd. Zig.“) Die Vertrauensmänner der steiermärkischen deutschen Volkspartei beschloßen einseitig, die Abgeordneten der Partei aufzufordern, sofort die schärfste Obstruktion aufzunehmen, ohne sich mit anderen Parteien in weitere Verhandlungen einzulassen.

Damit hat Graf Thun, was er erstrebte, einen Vorwand, das Parlament nach Hause zu senden und absolutistisch zu regieren.

**Prag, 7. November.** Nach der „Moravni Listy“ wird für eine technische Hochschule in Wäherin in dem Budget für 1890 eine entsprechende Rate gefordert werden.

Damit ist die erste Rate des Kaufpreises für die Durchführung des Ausgleichs vom Grafen Thun an die Jungezechen entrichtet worden.

### Ungarn.

**Budapest, 8. November.** (Eig. Ber.) Unter massenhaftem Andrang des Publikums begann heute hier der Prozeß gegen Stefan Barlonyi, der auf verübte Weise in die Klauen der ungarischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden gerathen ist, vor denen er, wie erinnerlich, ins Ausland geflüchtet war. Im Barlonyi's Anklagegeschichte von der Polizei konstruirt, die kürzlich im Gerichtssaal abgeleitet wurde, und in welcher Barlonyi angeblich verwickelt sein sollte. Als man ihn wegen der Beschuldigung der Antheilnahme am Hochverrath hierher ausgeliefert hatte, mußte diese Anschuldigung allerdings bald zurückgezogen werden, aber man hatte endlich den Mann in Händen, an welchem die ungarische „Ordnung“ ihre Mithähen kühlen wollte. Die Vertreter dieser „Ordnung“ wissen freilich nicht, daß sie diesen „sozialistischen“ Panzerapostel gewaltig überfordern. Hätten sie vollends geahnt, daß sie mit seiner Unschädlichmachung nur die sozialdemokratische Partei von einem hinderlichen Anwalt befreien, sie hätten den braven Barlonyi sein in Auge gelassen. Aber die Vertreter von „Bildung“ und Besitz waren im vorliegenden Fall blindwächtig, weil es sich um einen wohlhabenden Mann handelt, der, der erste derartige Fall in Ungarn, sein Vermögen in den (vor ihm freilich nicht klar erfassen) Dienst der proletarischen Sache stellte. Und da galt es, ein warnendes Exempel zu statuiren.

Stefan Barlonyi war ursprünglich in seiner Vaterstadt Egeled Pferdewärter und gelangte später durch Fuhrwerks-Unternehmungen zu einem nicht unbeträchtlichen Vermögen; er besitzt u. a. in Budapest mehrere größere Wohnhäuser. Aus seinen Verhältnissen hervorgegangen, bewachte er besonders für das maßlos geschmeckete und ausgedehnte ländliche Proletariat wahres Mitleid. Vor etwa 6 Jahren schloß er sich der sozialdemokratischen Partei an, in welcher er zu dominiren gedachte. Darin sah er, dem es sowohl an allgemeiner Bildung, wie an sozialpolitischen Wissen fehlt, sich bald getraut. Dies und persönliche Differenzen brachten ihn zum Austritt aus der sozialdemokratischen Partei und zur Gründung einer besonderen agrar-sozialistischen Fraktion, die vor nun bald zwei Jahren in Egeled zu einem Kongreß zusammentrat. Damals war Barlonyi schon dem Anarchisten Dr. E. S. Samitt in die Hände gerathen, der den es gewiß ecklich meinenten und opferfähigen Barlonyi ganz konfus machte. Dieser fragwürdigen Waffendürchdringung hat es Barlonyi zu danken, daß er sich heute wegen (in den sehr ungeschickter, in seinem (seither eingegangenen) Blatte „Hörsaal“ erschienenen Artikel zu verantworten hat. Auch wurden ihm die im Februar laufenden Jahres im Komitee Szabolcs propagirten, zu „Aufbruch“ aufgebauchten Vorfälle in die Schuhe geschoben, wegen welcher er jetzt noch in Untersuchungshaft sitzt, aus welcher er aus Nyiregyhaza zur Verhandlung hierher deportirt wurde. Es ist offenbar, daß man den Mann zu Grunde richten will. Plante man doch anfangs sogar, sein Vermögen zu konfisziren, wie man etwa nach einer Revolution mit besiegten Rebellen verfährt. Die magyarische Gerechtigkeit und Freiheit ist demaltes schon so beschaffen.

Gelegentlich der heutigen Verhandlung kam es bei dem Massenandrang zu Ständen. Als nach einer Pause das Publikum wieder in den Saal wollte, entstand ein lebendiges Gekränge, das durch das Einschreiten der Polizei noch ärger wurde. Unter dem Gedränge schürzte eine Eingangsthere trachend ein. Nach der nun wiederholt vorgenommenen Räumung wurde zum Glück die „Intelligenz“ eingelassen, zahlreichen Arbeitern wurde der Eintritt verweigert. Ein Geschworener wurde in der dunstgeschwängerten Luft unwohl und mußte fortgeführt werden. All diese Umstände trugen zur Erregung nicht wenig bei. Das Urtheil haben wir schon in einer Depeche mitgetheilt.

### Schweiz.

**Bern, 4. November.** (Eig. Ber.) Die Bundesversammlung ist gestern nach 14tägiger Sessionsdauer wieder geschlossen worden. Außer einer Reihe kleinerer Geschäfte hat sie die Vorlagen betreffend das Verbot der Phosphor-Fündhütten und betreffend die Kranken- und Unfall- sowie die Militärversicherung erledigt. Der Ständerath brachte in letztere Vorlagen gegenüber dem Nationalrath einige bemerkenswerthe Verbesserungen, daneben aber auch einige Verschlechterungen. So war nach dem Nationalrath der Krankenkassen-Vorstand die Erhöhung des Krankengeldes von 60 auf 100 Pct. zu bewilligen; nun ist diese Befugniß der kantonalen Aufsichtsbehörde übertragen. Nach dem Nationalrath wären auch Ausländer in die Krankenkassen-Vorstände wählbar gewesen und mußte die Mehrheit aus Schweizern bestehen; nach dem Ständerath sind nur Schweizer wählbar. Das ist absolut unbedachtigte chauvinistische Ungerechtigkeit, wie dies selbst der Vater der Vorlagen, Nationalrath Horrer, konstatierte. Endlich wurde beschloßen, alle drei Vorlagen (Strafen-, Unfall- und Militärversicherung) in ein Gesetz zusammenzufassen und durch die Redaktions-Kommission beider Häuser den Text bereinigen zu lassen, der dann in der Dezembersession vorgelegt werden soll. Man hat also jetzt noch keine genaue Uebersicht über das umfangreiche Versicherungsgebiet. Eine lebhafte Debatte veranlaßten zwei Interpellationen — eine von Scherrer, Häfemann namens der sozialistischen Gruppe und die andere von dem Zürcher Abgeordneten Dr. Amstler namens der bündnerischen Radikalen über den vom Bundesrath in letzter Zeit mit einem Händlerkonjunktum abgeschlossenen Vertrag betreffend den Umtausch der militärischen Weizenvorräte von 800 Baggons. In der konservativen Presse war der Bundesrath der Begründung der Getreidehändler mit 300 000 Fr. beschuldigt worden, worüber Klärung verlangt wurde. Bundesrath Müller gab dieselbe in durch- und allgemein bestreidender Weise. Danach kostet der unumgänglich notwendige Weizenumtausch dem Bund 3 000 Fr., was angesichts der großen Menge nicht zu viel sei. Bemerkenswerth und ungewöhnlich war bei dieser Debatte nur die räthselhafte Art, in der sich der gouvernementale, ehemals der Sozialdemokratie nahegestandene Dr. Amstler gegenüber der sozialistischen Gruppe auführte. Die Streiberi verdirbt überall die guten Sitten.

### Frankreich.

**Folgen des Fashoda-Streikes.** Die französischen Blätter erklären, die Räumung Fashoda's erweise, daß Frankreich sich einer Macht gegenüber befinde, deren Feindseligkeit deutlich zeige, daß Frankreich entweder auf seine Kolonien verzichten oder deren Ver-

theidigungsmittel durch ein großes Kolonialheer und eine gut besetzte Marine reorganisiren müsse.

Man nimmt an, daß der Marineminister den Fashoda-Streit als günstige Gelegenheit benutzen werde, um von der Kammer bedeutende Geldmittel zur Vermehrung der Flotte zu fordern. Man glaubt, daß die Kammer den Plan des Marineministers trotz seiner Kostspieligkeit genehmigen wird, damit Frankreich in Zukunft nicht so leicht Demüthigungen ausgesetzt sei.

Auch wird befürchtet, daß die Kammer dem Kabinett Dupuy einen Tadel ertheilen dürfte wegen der Demüthigung, welche England wegen Fashoda Frankreich zugefügt hat.

**Zur Dreifus-Affaire** hatten wir in unserer Kammer vom 1. November eine Darlegung des Herrn Karl Weibtreu publizirt, die sich auch mit der „Frankfurter Zeitung“ befahte. Die Redaktion dieses Blattes erfuhr uns nun um die Aufnahme folgender Zeilen: „Die angeblichen Motive Boisdesre's sind nicht Herrn Karl Weibtreu's Eigentum, sondern die betreffende Mittheilung ist uns schon längst von einem Mitarbeiter zugekommen, ohne daß wir jedoch davon Gebrauch machen zu sollen glaubten. Erst als Clemenceau in einem von uns wiedergegebenen Artikel eine Anspielung darauf machte, fügten wir zur Ausklärung unserer Leser bei, was Clemenceau meine; das geschah im Abendblatt vom 1. Oktober, wie Herr Karl Weibtreu sich leicht überzeugen kann, wenn er unser Blatt nachschlägt. Im Beistand des Abendblatts vom 15. Oktober haben wir dann diese Version wiederholt, nicht nach Herrn Weibtreu's, sondern nach unserer Information. Von der „Division“ des Herrn Weibtreu, die er schon vor einem Jahre mündlich verbreitet und dann in einer Wiener Wochenchrift veröffentlicht haben will, haben wir nichts gewußt. Vielleicht haben Sie die Güte, die Richtigstellung Ihren Lesern mitzutheilen.“

**Paris, 5. November.** (Eig. Ber.) Das Kabinett Dupuy vor der Kammer. Dürfte ein französisches Bourgeoisministerium und namentlich ein solches mit Dupuy an der Spitze nach seinem Antrittsprogramm und seinen Antrittsreden beurtheilt werden, dann würde das neue Ministerium einen Fortschritt über das Ministerium Brisson hinaus bedeuten. Das allgemeine politische Programm Dupuy's ist eine strenge Wiederholung des Brisson'schen Programms. Wie sein Vorgänger, will sich Dupuy nur auf eine „republikanische Mehrheit“ stützen. Das ist eine Abgabe an die Alexical-Monarchisten, an die Ordnungspartei, an die „Republikaner“. Ebenso nimmt Dupuy den Einnahmestruktur seiner Vorgänger wieder auf, wie er Brisson's Finanzminister, den Senator Ventral, im Amt beibehalten hat. Die Steuerreform ist freilich nicht viel werth, sie ist ein schwächliches Kompromißwerk, dessen Hauptlinien vom Bourgeois-republikaner Delombre, dem Handelsminister Dupuy's, nach dem Sturz Meline's entworfen waren. Mit der Billigung dieser Steuerreform hatten die Radikalen den letzten Rest ihres Programms, die progressive Einkommensteuer auf Grund der Selbstverschätzung, aufgegeben. An stelle der Selbstverschätzung tritt die trägerische Grundlage der „äußeren Zeichen des Reichtums“, an stelle der Progressivität die „Degressivität“, die keineswegs bloß ein anderer Name für die Progressivität ist (die Herabsetzung des Steuerfußes mit abnehmendem Einkommen anstatt des Steigens des Steuerfußes mit zunehmendem Einkommen), sondern in der thatsächlichen Feststellung der verschiedenen Steuergrade eine ungerade Schöpfung der großen Einkommen durchführt, denen die „äußeren Zeichen“ ohnehin schon eine relative Steuerfreiheit sichern. Ferner verspricht Dupuy noch nachdrücklicher als Brisson, die vom Senat seit zwei Jahren verklebte Reform der Erbschaftsteuer (abrigens eine Reform, die das zweite Kabinett Dupuy 1894 angebrochen hatte) zu stande zu bringen, ebenso wie die seit unverdächtigen Zeiten verschleppte Getreidesteuer-Reform. Schließlich verspricht er, wiederum wie Brisson, die Einführung von Alterspensionen für die städtischen und ländlichen Arbeiter, was er für „die Erfüllung einer hohen sozialen Pflicht“ erklärt.

Andererseits übertrumpft Dupuy seinen Vorgänger an Republikanismus durch seine Stellungnahme zur Dreifus-Affaire bezug. zum Militärangel. In der ministeriellen Deklaration weist er — in durchsichtiger Anlehnung an die Sprache der Dreifus-Blätter — jede „Solidarität“ der eigentlichen Armee mit den kompromittirten militärischen Persönlichkeiten zurück. Und in seiner Antwort auf Mirman's Rede sagt er geradeheraus: „Die Armee muß außerhalb der Solidaritäten gestellt werden, die ihr von einigen (das ist eben vom Militärangel und dessen Presse) aufgezwungen werden möchte, sowie außerhalb der politischen Agitationen.“ Weiter macht er in der gleichen Rede einen Unterschied zwischen den „individuellen“ und „kollektiven“ Armees-Beleidigungen. Die letzteren werde die Regierung von sich aus verfolgen lassen, ohne jedoch neue Gesetze, d. h. eine Beschränkung der Pressefreiheit, zu verlangen; die „individuellen“ Beleidigungen aber können und sollen nur auf die Initiative der Interessenten verfolgt werden. Brisson hat es nie gewagt, eine Scheidungslinie zwischen den Generalskribler und der nationalen Armee zu ziehen. Mit Recht meinte daher der Wido in den Wandelungen der Kammer, Brisson sei offenbar deshalb gestürzt worden, weil er nicht „dreifuslich“ genug war.

Bemerkenswerth ist auch das sorgfältige Vermeiden der üblichen Ausfälle jedes neuen Kabinetts gegen die sozialistische Partei, abgesehen etwa von einer sanften Anspielung auf „gefährliche Utopien“, denen das Regierungsprogramm demokratische Reformen entgegensteht. Noch mehr. Dupuy fährt es darauf abgesehen zu haben, seine ehemalige Sozialistenkollaborateure zu machen, indem er an die Vertheidigung der Republik durch die Sozialisten zur Zeit des Boulangerismus erinnerte, so daß der sozialistische Interpellant Rouanet mit einer gewissen Schadenfreude die gründliche Rausräumung des Dupuy von 1893 hervorheben konnte, der von Guaden der „sozialistischen Gefahr“ regiert hatte.

So weit, so gut. Wer kann aber an die schönen Worte eines Dupuy ernstlich glauben? Der Vorläufer der Meline'schen Ordnungspartei, die feste Säule der Meline'schen Artikelmehrheit zwei Jahre hindurch, will nun, vier Monate nach dem Zusammenbruch dieser Mehrheit, republikanische Verjüngung mit den Radikalen treiben. Der Ministerpräsident aus der Zeit des Dreifus-Prozesses schüttelt seine schwere Verantwortung für dieses Justizverbrechen ab, wägt alles auf seinen damaligen Kriegsminister, den General Mercier, ab und verspricht, der ahnungslose Engel, den Aufschneidungen des obersten Gerichtshofes treu zu gehorchen. Der gewaltthätige Sozialistenkollaborateur verwanbelt sich in einen demokratischen Gemüthsman, dem einzig das fortschrittliche Gedelken der Republik am Herzen liegt. Die Frontschwankung ist zu gründlich, zu möglich und vor allem zu sehr den augenblicklichen egoistischen Zwecken Dupuy's angepaßt, um für aufrichtig gelten zu können. Uebrigens hat freilich die Frontschwankung nur wenige politische Reulinge. Sonst fragt man sich auf allen Seiten, wen eigentlich Dupuy schließlich prellen will? Die ungewöhnlich große Vertrauensmehrheit des neuen Kabinetts (413 gegen 58 Stimmen) ist zu einem beträchtlichen Theil aufs Konto des — Misstrauens gegenüber dem vielgewandten Ministerpräsidenten zu setzen. Die verkappten Monarchisten stimmten nahezu geschlossen für das Ministerium, weil sie an den Republikanismus Dupuy's nicht glauben. Aus demselben Grunde enthielt sich der Abstimmung die Mehrheit der offenen Monarchisten, während 8 Monarchisten sogar für Dupuy stimmten. Andererseits schloß die Vertrauensmehrheit an in Folge des Verhaltens der nationalistisch-antifemischen Gruppen. Gerade die rabiaten Chauvinisten und Antifemiten, wie Drumont und Döroulde, stimmten für Dupuy, ungeachtet dessen revisionfreundlicher Erklärungen, die im Munde Brisson's bei denselben Leuten Tollwuth-Anfälle hervorgerufen hätten. Und nur die Widertheil der Nationalisten, 13 an der Zahl, enthielt sich der Abstimmung.

Die Sozialisten stimmten selbstverständlich gegen das Ministerium. Dagegen schloß die Opposition der Linkradikalen, die im Prinzip den „Konzentrations“-Schwindel verwerfen, auf sechs Stimmen zusammen. Die große Mehrheit der Linkradikalen hofft also, daß Dupuy, angesichts der Situation, seine alten Freunde von der Rechten prellen werde.

Alle Welt will vorerst die Thaten der neuen Regierung abwarten. Ihre erste That, die Abschaffung des Generalsstabes Melinard, der Kreatur Boisdesre's, wäre freilich von Brisson niemals

gewagt worden. Aber man fragt sich noch immer, ob die folgende That nicht einem ganz entgegengekehrten Geiste entspringen wird? —

**Paris, 7. November.** Die Kammer beschäftigt sich mit Wahlprüfungen. Zwischenfälle sind bisher nicht eingetreten. —

**Paris, 7. November.** Die Kammer wird morgen die Debatten über die Fischerei-Angelegenheit beginnen. Graf de Mun hat seine diesbezügliche Interpellation zurückgezogen.

**Paris, 7. November.** Die Kriminalkammer des Kassationshofes hat nunmehr beschlossen, morgen um 1 Uhr den General Mercier, um 2 Uhr den General Villot und um 3 Uhr Cavaignac zu verhören, sodann am Mittwoch Nachmittag 1 Uhr den General Zurlinden und um 2 Uhr den General Chastoin. Es beweist dies, daß der Kassationshof die Unterbringung in der Dreifus-Angelegenheit vollständig und ausführlich betreiben will.

**Paris, 7. November.** Die Regierung läßt dementieren, daß Briefe im geheimen Dossier bestehen, welche, wie der „Intransigeant“ behauptet, von der Tochter des Grafen Münster an Verwandte geschrieben seien und worin die Rede von der Schuld Dreifus' gewesen sei.

### Belgien.

**Brüssel, 6. November.** Die Meldung der „Indépendance belge“, wonach die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll, wird jetzt auch amtlich dementirt.

Die radikalen Parteien werden also ihre Agitation gegen das jetzige Stellvertretungs- und Loskaufs-System fortsetzen müssen. —

### England.

**London, 7. November.** Die russische Regierung sandte am Sonnabend gleichlautende Noten an das Kabinett in Paris und an den Sultan. Das Kabinett hat beschlossen, daß die französische Protektion über die Katholiken im Orient zu unterliegen.

### Italien.

**Rom, 7. November.** Der amtliche Bericht des italienischen Konsuls in Alexandria über den Bombenfund ist gestern hier eingetroffen. Der genaue Inhalt des Berichts ist bisher nicht bekannt geworden, doch verlautet, es habe wirklich eine gefährliche Verschwörung bestanden, und die Möglichkeit eines Polizeieingriffs sei ausgeschlossen.

**Vologna, 7. November.** Heute begann vor der hiesigen Strafkammer der Prozeß gegen Savilla und 12 Mitangeklagte wegen der Veruntreuungen in der hiesigen Filiale der Bank von Neapel. Unter den Angeklagten befinden sich der ehemalige Deputirte Cavallini, Commendatore Perrone und Contadino, Direktor der „Agenzia Italiana“. Es sind 114 Zeugen vorgeladen und 22 Vertheidiger sind erschienen. Crispi, der in der Sache sehr böseartig verwickelt war, und Frau Crispi, die auch angeklagt werden sollte, bleiben aus der Sache. Wir hielten es stets für ausgeschlossen, daß man so würdige Staatsföhrer auf der Anklagebank Platz nehmen lassen werde. —

**Turin, 7. November.** Gegenüber dem durch die Meldung der Möglichkeit der Okkupation von Tripolis seitens Deutschlands und des Ueberdretens der tunesischen Grenze im Einverständnis mit England seitens der Franzosen hervorgerufenen Eindrud, bringt die „Stampa“ Erklärungen einer hohen Persönlichkeit — wahrscheinlich Canevaro's selbst — welche das genannte Blatt ermächtigen, eine solche Möglichkeit entschieden zu dementiren. In diesem Dementi wird noch bemerkt, das Abkommen Italiens und Englands zur Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer würde England zwingen, gemeinschaftlich mit Italien einzutreten. Die italienische Regierung begehrt nicht nur keine Besorgnisse, daß England den Verpflichtungen mitreuen werden könne, sondern habe auch Beweise für das Gegentheil.

### Türkei.

**Konstantinopel, 7. November.** Kaiser Nikolaus ließ durch Admiral Strednow der Bevölkerung von Retimo seinen Dank ausdrücken, weil sie am Namenstage des Kaisers mit der Erklärung, sie wolle der Abstriftungsidee des Kaisers entgegenkommen, freiwillig die Waffen abliefern.

Wiso hat der Zar sein Manifest doch nicht ganz unjovist geschrieben. —

### Asien.

**Der chinesische Kaiser nicht todt.** Ueber das Befinden des chinesischen Kaisers, den seine Adoptivmutter, die Kaiserin-Wittve, wieder von der Ausübung der Herrschaft verdrängt hatte, waren allerlei Gerüchte im Umlauf. Es hieß, er sei schwer krank, ja er sei ums Leben gebracht worden. Diese Gerüchte werden nun durch folgende Meldung des Bureau Reuter aus Peking richtig gestellt: Der japanische Gesandte hatte eine Audienz im kaiserlichen Palaste, um dem Kaiser und der Kaiserin-Wittve mitzutheilen, daß ihnen ein hoher japanischer Orden verliehen worden sei. Die letztere empfing den Gesandten, in dessen der Kaiser auf einer der Stufen des Thrones stand. Die Kaiserin-Wittve sprach die üblichen verbindlichen Worte. Hierauf verlas der Kaiser eine ähnlich lautende Rede. Er sah gesund aus, wenn auch bleich.

Eine Versammlung des diplomatischen Korps beschloß am 5. November, vom Tjing-li-Damen energisch die Entferrnung der Kruppen Kangus aus der Provinz Petchili bis zum 15. November zu verlangen und darauf zu bestehen, daß das Tjing-li-Damen die Städte nenne, in welche dieselben gebracht werden sollen. Die Gesandten drohen, falls dieser Forderung nicht entsprochen werde, Schritte zur Sicherung der Eisenbahnverbindung zwischen Peking und der Küste zu thun. —

## Kampf um das Koalitionsrecht!

### Aus dem Rheinland

wird uns geschrieben: Die Artikel der „Germania“, in denen von dem „Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter“ gefaselt wird, haben bereits die Aufmerksamkeit und Anerkennung des Rheinischen Scharfmachers, der „Adnischen Zeitung“, gefunden, die mit großem Behagen den Sektus des frommen Blattes begründet. Die „Germania“ thut in der That den nationalliberalen und konfessionellen Arbeiterfeinden keinen schlechten Dienst bei ihrer Suche nach Material zu schärfen Strafbestimmungen gegen den aufstrebenden Theil der Arbeiterschaft. Sie hat aber offenbar keine Ahnung, wie sie damit ins Fleisch der Angehörigen ihrer eigenen Partei schneidet. Sie weiß nichts oder will nichts wissen von der schroffen und rücksichtslosen Art, wie die christlich-sozialen Weber in ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgehen.

Was die Stumm-Presse, zu der man die „Germania“ wohl nächstens auch zählen darf, den freien Gewerkschaften als „Terrorismus“ vorwirft, das thut die Kadener Christlichen ebenso oft und mit viel weniger Vorsicht. Und die Kadener Christlichen sind durchweg fromme Katholiken und stramme Zentrumsleute. Ihre Gewerkschaften treiben sogar ungern Zentrumspolitik.

Vor zwei Wochen verbandete der Kadener Weberführer Kappels auf dem Delegirtenkongress rheinischer katholischer Arbeitervereine, daß man über zwei Firmen eine Sperre auf die Dauer von zwei Jahren verhängt habe, mit dem Erfolg, daß die beiden Werke vollständig brach liegen. In dem Beschlusse, der die Sperre verhängt, wird jeder Arbeiter für ebrlos erklärt, der bei den Firmen in der angegebenen Zeit arbeitet, sofern diese sich nicht einigen.

Und die Lohnkämpfe der Kadener Christlichen werden genau so von Gerichtsverhandlungen begleitet wie alle andern. Koch kürzlich wurden drei Mitglieder des Kadener christlich-sozialen Textilarbeiter-Verbandes zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurtheilt, weil sie den Garmentier einer der gesperrten Werke mißhandelt haben. Die Strafen lauten auf vierzehn Tage, auf einen Monat und auf drei Monate. Wir können nicht untersuchen, ob und inwieweit sie gerecht sind, jedenfalls aber sollten derartige Thatfachen die „Germania“ lehren, mit ihren Anklagen über „Terrorismus“ vorsichtig zu sein.

## Protestversammlungen gegen die Buchhandlvorlage

sind ferner abgehalten worden in dem Dorfe Freiheit bei Osterode am Harz, Hagen in Weisfalen, Wadnang in Württemberg, Esterwerda, Prösen in der Provinz Sachsen, Weißwasser in Schlesien.

## Partei-Nachrichten.

**Zur Landtagswahl-Beihilgungsfrage** — (Ihreiliches Wort!) aber nomen est omen — muß ich ein paar Worte sagen, um eine recht wahrheitswidrige Legendenbildung zu verhindern. Und ich thue es unter meinem Namen, weil die Redaktion des „Vorwärts“ in dieser Frage neutral ist, und es nothgedrungen sein muß, da die Ansichten der Redakteure getheilt sind. Auch nur ein paar Worte, denn über die Frage selbst, die schon so viel Tinte geflossen, so viel Aerger verursacht hat, und die in wenigen Wochen vergessen sein wird, verpöche ich kein Bedürfnis, auch nur noch eine Zeile zu schreiben. Nur eine thatsächliche Mittheilung. Anlässlich der letzten Volksversammlung im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis schreibt die „Kreuzzeitung“, in der Beihilgungsfrage habe sich unter den Berliner Genossen ein Umschwung zu gunsten der Beihilgung vollzogen. Und verschiedene Parteiblätter reden das gutmüthig nach. Da dies zu einer Legende werden, oder gemacht werden, und auch von Genossen im Ernst geglaubt werden könnte, so fühle ich mich, als einer, der den Berliner Beschlusse gegen die Beihilgung mit veranlaßt hat, verpflichtet, hiermit zu erklären, daß der „Umschwung“ eine ganz willkürliche Annahme ist. Was ist geschehen? Auer, Fischer und Krons haben in jener Versammlung für die Beihilgung gesprochen. Auer, Fischer und Krons sind aber seit Jahresfrist eifrige Befürworter des Wählens. Bei ihnen hat also kein „Umschwung“ stattgefunden. Und bei den Massen der Berliner Wähler? Gewiß erst recht nicht. Was mich betrifft, so bin ich durch das Ergebnis und die Erfahrungen der Wahl in meinen Ansichten nur bestärkt worden und bei der Berliner Wählerchaft, mit der ich in so naher Fühlung bin, wie irgend ein Parteigenosse, ist die Wirkung, so weit ich urtheilen kann, die gleiche gewesen. Und wahrhaftig, darüber kann sich doch niemand wandern, der die Augen den Thatfachen nicht verschließt. Alles, was wir als Erfolg und Folge der Beihilgung in Aussicht stellen, ist eingetreten, und auch nichts, was Grund gäbe, unsere Ansichten zu ändern. Wer es für einen Parteitriumph hält, daß unsere Breslauer Genossen die Fortschrittler um ein Mandat baten und einen — abschlägigen Bescheid empfangen, der muß mehr als bescheiden sein; und wer der Partei zumuthen will, in ihrer Gesamtheit sich an den nächsten Landtagswahlen zu betheiligen und mindestens so viel Schweiß und Geld zu spenden, wie bei einer Reichstagswahl, der muß ein sehr tüchtiger Mann sein.

Ich verlange wahrhaftig nicht, daß, wer sich in seinen Berechnungen getäuscht hat, dies gleich vor versammeltem Kriegsvoll bekenne, aber ich muß mich auch dagegen verwahren, daß die Berliner Genossen, die durch ihre Nichtbeihilgungs-Resolution sich meines Grundsatzes um die Partei verdient gemacht haben, gewissermaßen als renige Sünder hingestellt werden. Nicht sie sind es, die zu bereuen haben.

Berlin, den 7. November 1898. B. Liebknecht

**Genosse Edmund Fischer in Dresden** ersucht uns, die Notiz über seinen Austritt aus der „Sächs. Arb.-Ztg.“ dahin zu berichtigen, daß er seine Stellung, die er fast sechs Jahre inne hatte, keineswegs wegen Kränklichkeit habe aufgeben müssen; er sei vielmehr ausgetreten, um sich anderen Arbeiten widmen zu können.

**In dem hessischen Dorfe Arheilgen** bei Darmstadt wurden drei Parteigenossen in den Gemeinderath gewählt.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die Magdeburger „Volksstimme“ theilt mit: Das Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Albert Schmidt wird fortgesetzt. Am Freitag war er wieder vor die Anstaltsverwaltung geladen. In einer Vernehmung kam es jedoch nicht, da Schmidt gerichtliche Entscheidung über die gegen ihn verhängte Geldstrafe von 300 M. wegen Zeugnisverweigerung beantragt hatte. Es wurde ihm daher mitgetheilt, daß das Verfahren so lange ruht, bis das Landgericht seine Entscheidung getroffen hat.

— An demselben Tage hatte sich Genosse Müller vor dem Schöffengerichte wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung zu verantworten. Es handelte sich um das Glandulen-Injektat, welches schon einmal das Schöffengericht und das Landgericht beschäftigt hat. Das Landgericht hatte feinerzeit entschieden, daß der Strafbefehl von der Polizei zu unrecht erlassen worden sei, weshalb Müller freigesprochen wurde. Nunmehr erhielt Müller einen amtsrichterlichen Strafbefehl auf Zahlung von 10 M. lautend, weil er durch Aufnahme des Glandulen-Injektates ein Geheimmittel angepriesen habe. Ueber den Strafbefehl wurde richterliche Entscheidung beantragt, so daß sich das Schöffengericht zum zweiten Male mit der Angelegenheit befassen mußte. Es bestätigte den amtsrichterlichen Strafbefehl. Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt. — Grober Unfug soll Genosse Pistorius begangen haben durch Aufnahme eines Artikels: Eine Greisin erschossen. In dem Artikel war die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich in eine Parallele gestellt mit der Ermordung einer Schmugglerin durch einen österreichischen Grenzsoldaten. Dadurch soll das nichtsozialdemokratische Publikum beunruhigt worden sein, deshalb — grober Unfug.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Maurer!** Seit dem 1. d. Mts. befinden sich die Maurer vom Bau Gasanstalt, Fichtestraße, in der Voulperre. Die Arbeiten werden dort zur Zeit von dem Maurermeister Lindner im Tagelohn für die Stadt Berlin ausgeführt. Diese Gasanstalt ist das Schmerzenskind der Berliner Maurer. Wohl auf seinem Bau ist so hartnäckig an der Verweigerung unseres 60 Pf.-Stundenlohnes gehalten worden, als hier. Mayregelungen sind dort an der Tagesordnung. Nun hatten einige seit längerer Zeit dort arbeitende Maurer ihr Koalitionsrecht ausgeübt, sie waren für ihre Organisation eingetreten, sie hatten sich mit den übrigen Kollegen verständigt, den Unternehmer dieses Baues zu ersuchen, ihnen 60 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Aber was geschah? Der Unternehmer resp. Voller hatten Lunte gemerkt; um die Forderung zu hintertreiben, wurden die „Mädelsführer“ schnell entlassen. Dierauf stellten die Maurer insgesamt die Lohnforderung, wurden jedoch abgewiesen und legten hierauf von 32 dort beschäftigten Maurern 29 die Arbeit nieder. Gestern arbeiteten acht Mann auf diesem Bau; und komisch, die Arbeit, die so sehr dringen soll, scheint auf einmal recht viel Zeit zu haben. Die wäre es, wenn die städtische Verwaltung einschreiten würde und den Maurern, welche zur Steuer auf einen Lohn von 60 Pf. veranlagt sind, die Auszahlung des betreffenden Lohnes sichern würde. Anstatt aber den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen, dirigirt man ein großes Polizei-Aufgebot nach diesem Bau, um die um ihren Lohn ringenden Steuerzahler von der Straße zu vertreiben und zu gunsten des Unternehmers Arbeitswillige nach diesem Bau zu bringen, die ebenfalls der Stadt ihren Tribut auf 60 Pf. Lohn zahlen sollen für 55 Pf. arbeiten sollen. Eine wunderbare Fürsorge der Stadtverwaltung für ihre Steuerzahler. — Die Lohnkommission der Maurer.

### Deutsches Reich.

**Die Brauer der Bäckerei Brauerei in Erfurt**, die seit einigen Wochen ausgeperrt sind, hatten im Laufe der vergangenen Woche das Gewerbegericht zur Vermittelung angerufen. Die Direktion hat es jedoch abgelehnt, mit den Ausgesperrten zu verhandeln.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Oskar Sonnenschein in Chemnitz sind 28 Arbeiter in den Ausstand getreten. Den Zugang wolle man streng vermeiden.

**Wegen Verweigerung tarifmäßiger Bezahlung** hat das Schar- und Druckerpersonal des „Färther Tageblatt“ in Färth die Arbeit eingestellt.

**In der Baumwoll-Spinnerei in Kolbemoor** (Wahern) sind Mayregelungen gegen die dort beschäftigten Arbeiter erfolgt und stehen weitere Entlassungen bevor. Es wird um Fernhaltung des Zugangs gebeten.

### Ausland.

**Zur Bergarbeiter-Bewegung im Kadnoer Steinkohlenrevier** (Böhmen). Von den Belegschaften sämtlicher Schächte des Kadnoer Reviers wurde in den letzten Tagen eine namentliche Abstimmung über die am 29. September den Grubenbesitzern vorgelegten Forderungen vorgenommen. Die Grubenbesitzer hatten die Forderungen abgelehnt, mit der dreifachen Behauptung, daß sie nur der Wunsch von wenigen Einzelnen sind. Zur Feststellung der für die Forderung eintretenden Arbeiterzahl und zur Einleitung einer weiteren Aktion für die Durchföhrung der Forderungen wurde unter den Arbeitern per Stimmzettel eine Abstimmung vorgenommen.

In der vergangenen Woche wurde die Abstimmung beendet und ergab folgendes Resultat: Zu gunsten der Forderungen erklärten sich: bei der Oesterreichisch-ungarischen Staats-Eisenbahngesellschaft 2538 Bergarbeiter; bei der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft 1603 Bergarbeiter; bei der Pilsener Bergbau-Gesellschaft 1282 Bergarbeiter. Bei der Mährisch-schlesischen Eisenbahngesellschaft am Johann-Schacht, wo die nationalen Arbeiter unter Führung des Sozialisten Madra die Hilfe der Polizei und der Unternehmer gegen die sozialdemokratische Agitation angerufen hatten, sprachen sich 800 Arbeiter für die Forderungen aus. Insgesamt also 6223 Bergarbeiter. Auf allen Schächten, mit Ausnahme des May-Schachtes, stimmten mehr als zwei Drittel der Belegschaften für die Forderungen. Am May-Schacht wurden mehr als 50 pCt. Stimmen für die Forderungen abgegeben, wobei zu bemerken ist, daß dieser Schacht der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft gehört, deren Vertreter einen Bergarbeiter, der Sammel der Stimmzettel besorgte, aus der Arbeit entließen, um die übrige Arbeiterschaft einzuschüchtern. Die Mehrheit der Arbeiter ließ sich trotzdem nicht schrecken. Die Abstimmung hat eine große Bedeutung für den weiteren Verlauf der Aktion zur Durchföhrung der Achtstundenschicht und der Lohnerhöhung um 20 pCt.

**Die Abstimmung der Süd-Walliser Bergarbeiter** über die Frage des monatlichen Feiertages hat bis jetzt eine große Mehrheit zu gunsten seiner Beibehaltung ergeben. Stimmen die noch ausstehenden Distrikte in gleichem Sinne, so würde dies die Unternehmer vor die Wahl stellen, entweder stillschweigend nachzugeben oder eine allgemeine Arbeitssperre zu verhängen, ein Schritt, den sie sich nach den Erfahrungen des Sommers wohl sehr überlegen werden. —

**Nachdem eine ganze Reihe von Gewerben der Hartwaarenfabrikation in Birmingham** und Umgegend seit Jahren mit Erfolg für beide Theile Tarifgemeinschaften ins Werk gesetzt haben, ist jetzt eine Bewegung im Gange, die sehr darniederliegende Glas-Flaschen-Industrie auf gleicher Grundlage zu reorganisiren. Hauptgrundlage dieser Gemeinschaften sind: Fabrikanten wie Arbeiter verpflichten sich gegenseitig, nur mit bezw. bei Unionsmitgliedern zu arbeiten. Die bei Abschluß des Vertrages gezahlten Löhne werden, meist mit einer kleinen Erhöhung, als Mindestlöhne normirt und für jede spätere Erhöhung der Preise wird ein bestimmter proportioneller Lohnaufschlag vereinbart. Ständige gemischte Komitees erledigen alle sonstigen, auf Löhne und Arbeitsbedingungen bezüglichen Fragen. Im übrigen sind die beiderseitigen Organisationen absolut unabhängig von einander.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Die Volksversammlung**, in der Genosse Singer gestern Abend über die Uebernahme der Elektrizitätswerke in städtische Regie sprach, füllte den Kellerischen Saal bis auf den letzten Platz. Zum Schluß seiner Rede betonte Genosse Singer, daß, wenn die Forderungen unseres Genossen in der städtischen Verwaltung durchgeföhrt werden sollen, die Berliner Arbeiterschaft den Stadtverordneten-Wahlen ein größeres Interesse wie bisher entgegenbringen müsse. Eine Resolution, welche die Ausführungen Singers billigt, fand einstimmige Annahme.

**Braunschweig, 7. November.** (W. Z. B.) Dem braunschweigischen Landtage ist, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, eine Vorlage zugegangen betreffend ein neues Wahlgesetz, welches für die Landtagswahlen die geheime Abstimmung einföhrt, die Zusammensetzung des Landtags und des Wahlkollegiums aber nur unwesentlich ändert.

**Wien, 7. November.** (W. Z. B.) Mittheilung des kaiserlichen Kanalarzits: An der Unfallstelle des Dampfers „Tryg“ wird die Fahrtrinne durch Baggerungen verbreitert. Nach dem heutigen Stande der Arbeiten ist anzunehmen, daß die Verbreiterung morgen früh so weit geföhrt ist, daß die neue Fahrtrinne eine Wassertiefe von 8 Metern hat, also auch ganz tief gehende Schiffe die Unfallstelle ungeföhrt passieren können.

**Frankfurt a. M., 7. November.** (W. Z. B.) Der „Reff. Ztg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: In den Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich ist eine bedenkliche Spannung eingetreten. Der französische Vorkämpfer Cambon beschwerte sich wiederholt über die Bevorzugungen der deutschen und die vollständige Nichtberücksichtigung der französischen Interessen durch den Sultan. Abdul Hamid versicherte dagegen Herrn Cambon in seiner letzten Audienz, daß die Ansicht des Vorkämpfers auf Mißverständnissen beruhe. Da der Urheber der Ermordung des Kaisers Salbadore, Oberst Russa Bey, plötzlich in Freiheit gesetzt und ein aktives Kommando in Syrien erhalten hat, theilte Cambon der Hofe mit, daß Frankreich bis auf weiteres keinen neuen Vorkämpfer ernennen und sich durch einen Charge d'affaires vertreten lassen werde. Auch lege das Pariser Kabinett keinen weiteren Werth auf die Anwesenheit des türkischen Vorkämpfers Muir Bey in Paris, so lange nicht die dringenden Forderungen Frankreichs erfüllt werden.

**Paris, 7. November.** (W. Z. B.) Die Strafkammer des Kassationshofes beschäftigte sich heute mit der Unternehmung betr. die Revision des Dreifus-Prozesses. Alle Zugänge zum Sitzungssaal des Kassationshofes sind aufs strengste abgeperrt.

In den Wandelgängen des Justizpalastes geht das Gerücht, Picquart werde heute vom Militärgericht freigegeben und dem Zivilgericht zur Verfügung gestellt werden.

**Paris, 7. November.** (W. Z. B.) Im Senat kommt am Donnerstag die Interpellation de Lamay über Maßnahmen zur Sicherung der Achtung vor der Armee zur Verhandlung.

**Marseille, 6. November.** (W. Z. B.) Der Benediktinerpater Gauthier, Oberer des Klosters der Benediktiner in Marseille, wurde gestern von einem Italiener namens Antonii durch drei Stiche mit einem Stoddegen verwundet. Der Thäter wurde verhaftet. Er ist 36 Jahre alt und erst seit vierzehn Tagen in Marseille anwesend. Man glaubt, es mit einem Verurtheilten zu thun zu haben.

**Rom, 7. November.** (W. Z. B.) Der „Popolo romano“ enthält unter der Ueberschrift: „Das Komplott gegen Kaiser Wilhelm“ folgende Mittheilung: „Während sich vor dem Konsulatsgericht in Alexandria die Untersuchung wegen der bekannten Thatfachen anspielt, beschäftigen die der Regierung zugegangenen Nachrichten den Ernst und die Bedeutung des Komplotts, dem die dank dem Citer uneres Konsulats und dank der Unterstützung der Lokalpolizei entdeckten Bomben dienen sollten.“

**Madrid, 7. November.** (W. Z. B.) Der Ministerpräsident Sagasta erklärte in einem Interview die Nachricht auswärtiger Blätter für unbegründet, wonach er eine Note an die Räthe gesandt habe mit der Anfrage, ob sie Protekte Spaniens betreffend die Philippinen unterstützen würden.

Die Sozialdemokratie bei den Reichstags-Wahlen.

Wir haben nicht die Absicht, nochmals ein Gesamtbild der Entwicklung der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen zu entwerfen. Das ist an dieser Stelle oft genug geschehen.

Eine eben erschienene Schrift von Dr. Adolf Neumann-Hofer\*) giebt uns jedoch Anlaß, einige Wahlergebnisse und Wahlfälle nochmals eingehender hervorzuheben, da Neumann-Hofer sich für alle Wahlkreise, zum Teil unter außerordentlichen Schwierigkeiten, das von den Wahlkommissionen und den Gemeindeverwaltungen veröffentlichte statistische Material verschafft hat, so daß seine Zusammenstellung die zuverlässigste und unentbehrlichste Quelle bleiben wird, so lange die übliche amtliche Gesamtübersicht noch nicht publiziert ist.

Daß die Sozialdemokratie auch 1898 von allen Parteien die rührigste war, wird besonders durch die charakteristische Thatsache bewiesen, daß im ganzen in Deutschland bei den ersten Wahlen 1898 nur 84 772 Stimmen mehr abgegeben wurden wie 1893, daß die Sozialdemokratie jedoch nicht weniger wie 332 084 Stimmen gewonnen hat. Sie hat also nicht nur den gesammten Stimmengewinn in Anspruch genommen, sondern darüber hinaus fast alle bürgerlichen Parteien in ihrem alten Bestande zurückgedrängt. Dabei sind eine ganze Reihe, vielfach gerade die ältesten und sichersten Wahlkreise, längst aus dem Stadium der sprunghaften Entwicklung in das eines ruhigen und langsam wachsenden Bestehens der Partei übergegangen; ein stürmischer Wahlkampf treibt hier wohl noch einmal die Stimmengabe abnorm empor, eine flauere Wahlbewegung dagegen läßt sogar einmal die Stimmengabe abnorm niedrig erscheinen; im allgemeinen ist hier jedoch die Zeit der „berauschenden Zunahme“ vorbei. Um so wichtiger zeigt sich unsere Agitation wiederum da, wo sie erst langsam vorgeht und mühsam Verbindungen angeknüpft hat und nun mit einem Male die Früchte jahrelanger Fleißes ernten kann. Neumann-Hofer berechnet gegen die 1898er Wahl bei 267 Wahlkreisen einen Fortschritt der sozialdemokratischen Stimmen, bei 121 einen Rückschritt. Von diesen 121 Kreisen hinter jedoch 93 mit ihrer sozialdemokratischen Stimmengabe bleiben 20 pCt. aller abgegebenen gültigen Stimmen zurück; bei ihnen handelt es sich also um aussichtslose Kandidaturen, deren Erfolg stets von vielerlei Zufälligkeiten beeinflusst wird. Von Wahlkreisen mit über 20 pCt. sozialdemokratischer Stimmen sind diesmal also 28 ohne Auffassung geblieben.

Wie gut man thut, derartige Beobachtungen aus den tatsächlichen Verhältnissen des Bezirks und aus der allgemeinen politischen und selbst persönlichen Konstellation beim Wahlkampf zu erklären, nicht aber über „Verwundung“ und Umwandlung der Partei zu jamnern, das geht besonders aus einer Feststellung Neumann-Hofer's hervor: es giebt heute noch etwa ein Dutzend Wahlkreise, die den Standpunkt noch nicht wieder erreicht haben, den sie in den siebenziger Jahren inne hatten. Am meisten fällt das auf bei einigen sächsischen Wahlkreisen (zum Beispiel Freiberg) und namentlich bei Oldenburg-Blon., das 1874 mit absoluter Majorität einen Sozialdemokraten in den Reichstag schickte, dann bei den ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz gar keine sozialdemokratischen Stimmen aufwies und bei der letzten Wahl es noch nicht wieder auf 20 pCt. gebracht hatte. Hier liegen die wirtschaftlichen und politischen Strömungen und Gegenströmungen, mit denen auch die Sozialdemokratie rechnen muß, so klar auf der Hand, daß die stärkere oder schwächere Betonung des Endziels dagegen wirklich nichts helfen und nichts schaden kann.

Der agitatorische Fleiß der deutschen Arbeiterklasse spiegelt sich weiter in der stetigen Vermehrung der bearbeiteten Wahlkreise wieder. Sozialdemokratische Stimmen wurden 1871 abgegeben in 91, 1874 in 162, 1877 in 196, 1878 in 190, 1881 in 173, 1884 in 219, 1887 in 257, 1890 in 343, 1893 in 381, 1898 in 383 Wahlkreisen. Es blieben also unbesetzt mit Kandidaturen in denselben obengenannten Wahlfahren: 291 bzw. 306 (die 15 reichslandständischen Wahlkreise wählten 1871 nicht mit), 235, 201, 207 (1878), 224, 178, 140, 54, 16 und schließlich 14 Wahlkreise.

Die sozialdemokratischen Stimmen machten über 10 pCt. der abgegebenen gültigen Stimmen aus bei der Wahl des Jahres 1871 in 33, 1874 in 93, 1877 in 118, 1878 in 72, 1881 in 60, 1884 in 86, 1887 in 103, 1890 in 196, 1893 in 290 und 1898 in 248 Wahlkreisen.

20 pCt. und darüber betragen die sozialdemokratischen Stimmen 1871 in 19, 1874 in 53, 1877 in 68, 1878 in 48, 1881 in 42, 1884 in 61, 1887 in 62, 1890 in 124, 1893 in 163 und 1898 in 181 Wahlkreisen.

30 pCt. und mehr sozialdemokratische Stimmen lieferten 1871: 11, 1874: 33, 1877: 41, 1878: 33, 1881: 23, 1884: 36, 1887: 36, 1890: 82, 1893: 95 und 1898: 129 Wahlkreise.

Über 40 pCt. 1871: 5, 1874: 13, 1877: 21, 1878: 19, 1881: 8, 1884: 21, 1887: 16, 1890: 46, 1893: 60 und 1898: 83 Wahlkreise. Über 50 pCt., also die absolute Majorität, hatten 1871: 2, 1874: 8, 1877: 10, 1878: 2, 1881: 0, 1884: 9, 1887: 6, 1890: 20, 1893: 24 und 1898: 33 Wahlkreise.

Und über 60 pCt. wurden 1871 in 1, 1874 und 1877 in je 2, 1878 und 1881 in keinem, 1884 und 1887 in 1, 1890 in 9, 1893 in 8 und 1898 in 10 Wahlkreisen erreicht.

70 pCt. hat bei den letzten Wahlen der vierte Berliner Wahlkreis überschritten, der damit seit 1890 an der Spitze der Liste steht, und bei der letzten Wahl auch Hamburg II und Altona. Nur durch die ganz außerordentlich geringe Wahlbeteiligung gelang es 1874 in Glauchau-Neustadt, das heute an neuer Stelle steht, den Prozentsatz für Wedel auf über 80 pCt. hinaufzutreiben.

Daß die Sozialdemokratie sich bei Stichwahlen bisher immer geschlosseneren Koalitionen der bürgerlichen Parteien gegenübergestellt sah, ist bekannt. Der erste Wahlgang ist mehr und mehr für die parlamentarische Vertretung der Partei der entscheidende geworden. Im ersten Wahlgange wurden 1871: 2, 1874: 8, 1877: 10, 1878: 2, 1881: 0, 1884: 9, 1887: 6, 1890: 20, 1893: 24, 1898: 32\*\*) sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. 1878 gewannen die Sozialdemokraten von 16 Stichwahlen 7; 1881 von 22 Stichwahlen 13 (in der Hauptwahl war kein Mandat errungen); 1884 von 24 Stichwahlen 15. 1887 fielen von 18 Stichwahlen nur 5 zu Gunsten der Sozialdemokraten aus. Bei den Wahlen von 1890 waren die Sozialdemokraten an 57 Stichwahlen beteiligt, von denen sie 15 gewannen; 1893 fielen von 83 Stichwahlen 20 günstig aus. 1898 standen 96 Sozialdemokraten zur engeren Wahl, deren bei den ersten Wahlen errungener Stimmenanteil zwischen 49,87 und 21,48 pCt. schwankte. Von diesen 96 Stichwahl-Kandidaten wurden nur 24 gewählt, während 74 dem vereinten Angriff der Gegner unterlagen.

Wollte man als „absolut sicher“ diejenigen Wahlkreise betrachten, in denen 1898 die Mehrheit der Wahlberechtigten für die Sozialdemokratie geschlossen eintrat, so würden eigentlich nur Altona (mit 60,79 pCt.) und Leipzig-Land (mit 50,37 pCt.) als uneinnehmbare Bollwerke der Sozialdemokratie bezeichnet werden dürfen. Die Mehrheit der wirklich in Bewegung gesetzten Wähler hatten wir jedoch, wie erwähnt, in 33 Kreisen. Es ist lehrreich, für diese Kreise beide Ziffern neben einander zu stellen, weil sich dabei

zeigt, wie gefährdet unter Umständen ein 1898 im ersten Wahlgang gewonnener Kreis noch immer sein kann. Nach Neumann-Hofer machten die sozialistischen Stimmen bei der Hauptwahl aus:

Table with 4 columns: Im Wahlkreis, Von 100 abgegebenen Stimmen, Von 100 Wahlberechtigten, Im Wahlkreis, Von 100 abgegebenen Stimmen, Von 100 Wahlberechtigten. Rows include Berlin IV, Hamburg II, Altona, Berlin VI, Leipzig-Land, Hamburg I, Chemnitz, Nürnberg, Glauchau, Weiden, Stollberg, Kreis j. L., Mühlhausen i. E., Hamburg III, Lübeck, Kreis a. L., Hanau, Offenbach, Dresden-Land, Niederbarnim, Auerbach, Breslau II, Pommern, Hannover, Königsberg i. Pr., Elberfeld, Gotha, München II, Magdeburg, Sonneberg, Stuttgart, Frankfurt a. M., Solingen.

Wir haben die Ziffern unter 40 pCt. fett gedruckt. Vielleicht kann man bei der diesjährigen Wahl einige Prozent der Wahlberechtigten auf läufige sozialdemokratische Wähler rechnen, die nur aus Bequemlichkeit oder aus feiter Siegeszuversicht zu Hause geblieben sind, die bei einem ernstlichen Zusammenstoß jedoch immer wieder da sein werden. Ferner werden stets viel mehr wie 10 pCt. der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht nicht ausüben. Immerhin dürfte von vierzig Prozent an die absolute Sicherheit, wenn man überhaupt von ihr sprechen darf, ins Schwanken geraten. Doch lassen sich auch diese Verhältnisse nicht nach einer Schablone beurteilen: München II ist z. B. mit kaum über ein Viertel der Wahlberechtigten erobert worden, und doch wird man es allgemein für zuverlässiger halten, wie manchen Kreis mit höherer Verhältniszahl der Stimmen.

Es ließen sich noch manche Betrachtungen an die Neumann'sche Bearbeitung der Wahlfähren knüpfen. Vorläufig möchten wir das Wichtigste, wie feinerzeit seinen Vorgänger von 1893, als eine sehr nützliche Informationsquelle empfohlen haben.

lokales.

Der Vertrauensmann der Schönhauser Vorstadt, Genosse Gaundel, Kappel-Allee 39, macht uns auf einen im Adressenverzeichnis vom Sonntag enthaltenen Druckfehler aufmerksam. Irrtümlich stand Semmel gedruckt.

Die Parteigenossen und Genossinnen der Schönhauser Vorstadt werden ganz besonders auf die am Donnerstag stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Genosse B. Liebknecht wird über das Thema „Die Sozialdemokratie und die internationale Reaktion“ referieren. Regen Wetters erwartet. Der Vertrauensmann.

Zur Naturgeschichte des Kommunalfreiwesens. Man schreibt uns: Auf keinem Gebiete kommt der Massencharakter der bourgeoisie Herrschaft so unverfälscht zum Ausdruck, wie auf dem der Gemeindepolitik; und in den Gemeinden wiederum tritt dieser Massencharakter nirgends widerwärtiger hervor als dort, wo „Freiwesens“ das Regiment führen. Die freiwesentliche Majorität des „rothen Hauses“ hat den Ruf Berlins weit über seine Pampeln hinaus kompromittiert: die Ablehnung aller modernen Reformgedanken großen Stils, das feiginnige Tadeln unter die Fittiche der Staatsregierung, das englische Juristendeckeln in den Fragen der Selbstverwaltung, — kurz alle die Begehungs- und Unterlassungsfälle, die wir hier nicht einzeln aufzählen brauchen, rechtfertigen das scharfe Urtheil über diese Art von städtischer Regierung. Das zeigt sich ja auch wieder mit besonderer Deutlichkeit jetzt, wo die Mehrheit des Magistrats und des Stadtverordneten-Kollegiums drauf und dran ist, die öffentlichen Verkehrswege Berlins und seine Versorgung mit Elektrizität an Aktiengesellschaften, an kapitalistische Interessenten auszuliefern.

Wir haben in einer früheren Zuschrift darauf hingewiesen, welche schlechte Erfahrungen eine andere Stadtgemeinde — Nürnberg — auf dem Gebiete des Verkehrsweises mit Aktiengesellschaften gemacht hat; schlagender als durch die Erfahrungen in Nürnberg kann die Fabel von der angeblichen Ueberlegenheit des Privatbetriebes über den Regiebetrieb überhaupt nicht widerlegt werden.

Geräte müssen wir jene Zuschrift ergänzen; wir glauben damit einen nicht unwichtigen Beitrag zur Naturgeschichte des Kommunalfreiwesens geben zu können. Die freiwesentliche Majorität in Nürnberg ist ungleich rücksichtsloser als die von Berlin: in einer Belistadt wie Berlin können eben — selbst wenn die Herrschaften es wollten — gewisse kränkliche Kräfte und Tüden nicht mehr erfolgreich ausgeübt werden. Anders in den engen Verhältnissen einer Provinzialstadt; dort, wo ein musterhaft organisiertes Proletariat sowohl die Landtagsvertretung mit vier Mandaten als auch die Reichstagsvertretung mit einem Mandate Sozialdemokraten anvertraut hat, konnte sich bis heute noch eine Art von „freiwesennig“ Stammtisch ungehindert im Alleinbesitz der kommunalen Regierung erhalten. Verschlechterung des Wahlrechtes, Erhöhung des Bürgergeldes auf die gefährlich zulässige Maximalsumme, die für Arbeiter unerschwinglich ist — kurz alles, aber auch alles wurde gethan, um den Hausagrarier und ihren Trabanten freie Bahn zu schaffen. (Den völkseindlichen Sinn dieser Gemeindevertretung mag man daraus erkennen, daß sie feinerzeit dem neugegründeten Arbeitersekretariat, dem besten in ganz Deutschland, nicht nur den erbetenen Zuschuß verweigerte, sondern ihm auch noch im Wege eines Prozesses die Führung des Namens „Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“ unterlagern ließ!) Daß ein so exklusiv und ungeniert kapitalistisches Stadtrezimement die gute Gelegenheit, beim Uebergang zum elektrischen Betriebe die Straßenbahn Aktiengesellschaft fällen läßt, in derselben Zeit liefert sie ein ganz neues System von elektrischen Ring- und Vorortbahnen... einer anderen Privatgesellschaft aus! Der erste Bürgermeister der Stadt, einer der eifrigsten Anhänger des St. Manchesier, hält im Magistrat eine fulminante Rede gegen den jetzt bestehenden Privatbetrieb, nur um den leigischen Saltomortale zu machen: also liefern wir die neuen Linien einer anderen Gesellschaft aus! Was an Vergewaltigung klaren Denkens durch den deutschen Kommunalfreiwesen, wo er nur immer herrschen mag, geleistet wird, ist unbeschreiblich. Und wenn man nach alter Regel fragt: cui bono? — „Wem gereicht es zum Nutzen?“ — dann stößt man immer wieder und wieder darauf: dem mit dem Kommunalfreiwesen verflochtenen Privatkapital. Man hat dabei selbstverständ-

lich nicht an Befreiung zu denken, aber das sieht doch fest: ein Interesse müssen die freiwesentlichen Majoritäten, so hier wie dort, an ihren Abstimmungen zu Gunsten der Privatgesellschaften haben, denn mit logischen Gründen können sie sie nicht rechtfertigen. In Nürnberg z. B. bestehen noch drückende indirekte Steuern auf Brot, Wehl, Fleisch etc.; die Vermieten der Armen werden hart besteuert, härter im Verhältnis als die reichsten Hausagrarier — und da liefert der Kommunalfreiwesen glänzende Einnahmequellen an Private aus! Und das soll keine „Gründe“ haben?

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben unseres Proletariates, die Klassenherrschchaft in den Gemeinden zu jagen; daran muß es seine ganze Kraft setzen. Im Kampfe gegen Kommunalfreiwesen à la Berlin und Nürnberg ist nur rücksichtslose Energie am Platze.

In bürgerlichen Blättern schlägt ein angeleglicher Ingenieur eine mächtige Anlage für die Elektrizitätswerke. In seinem Eifer für die Heiligkeit des Privatkapitals praxifiziert der brave Mann aber eine Fälschung in seine Polemik hinein, die denn doch ein wenig niedriger gehängt werden muß. Der vielleicht von interessierter Seite allzu stark inspirierte Herr läßt nämlich Singer von den Elektrizitätswerken als einem „unheilvollen Unternehmen“ sprechen und findet dieses Wort „zu losbar, um es in die See zu lassen“.

Wir müssen dem lähnen kämpfen die Freude über das „kostbare Wort“ rauben, denn es ist gar nicht gesprochen worden. Singer hat von dem unheilvollen Verträge gesprochen.

Daß dies ganz etwas anderes ist, könnte man eigentlich auch auf den Redaktionen derjenigen Blätter begreifen, die den Artikel aufgenommen haben. Jedenfalls aber müßte es der „Nachmann“, der gegen Singer polemisiert, wissen, — wenn er sich nicht zur Vertheidigung seiner Decke erst sein „Blat“ erodacht hätte. —

Herr v. Hoensbroech, der Nicht-Diplomat. Vor einigen Tagen meldeten verschiedene Blätter, daß der Exzeß Graf Paul v. Hoensbroech von einem Heirathsvermittler v. Potorny wegen einer Forderung verklagt worden sei, die der Mann aus einer zu Gunsten des Grafen zustande gekommenen Heirathsvermittlung hergeleitet habe. Der Heirathsvermittler sei mit seiner Klage abgewiesen worden. Wir nahmen von der Sache keine Notiz, nicht weil der jetzt als Chef der „Tägl. Rundschau“ fungierende Graf zu dem Prozeßbericht sofort eine nicht ganz korrekt abgefaßte Verichtigung schrieb, sondern weil wir meinten, daß es der Öffentlichkeit ziemlich gleich sein kann, auf welche Weise Herr v. Hoensbroech seine privaten Angelegenheiten erledigt.

Die Sache ging aber bald weiter in das Gebiet der Öffentlichkeit über, als Herr v. Hoensbroech selber in seinem Blatt die Veröffentlichung der Sache als das Werk der Jesuiten hinzustellen suchte und in einem Blatt auführte, daß es keine Verleumdung gebe, mit dem die Herren nicht seinen Ruf zu grunde zu richten suchten.

Da kam es denn der katholischen „Germania“ außerordentlich gelegen, daß der abgewiesene Heirathsvermittler sich ihr mit einem Material zur Verfügung stellte, das den in politischen und religiösen Dingen mit dem Eifer eines Renegaten arbeitenden Herrn Grafen allerdings mansestodt zu machen geeignet ist. Das Blatt druckt nämlich das Heirathsgefesuch des Grafen, sowie zwei facsimilierte Briefe des Grafen an den Heirathsvermittler ab. Die Heirathsannonce lautet:

Ein deutscher Kavaliere von hohem Adel, 40 Jahre alt, sehr disinguirtes, sympathisches Aussehen, tadellose Vergangenheit, geringes Vermögen, aber gänzlich schuldenfrei, wünscht sich zu verheirathen mit einer reichen, in religiöser Beziehung vorurtheilsfreien Dame gleichviel welcher Konfession. Jede Vermittlung, außer durch Eltern oder Vormünder ist ausgeschlossen; anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. Studien erntet in politischen Leben eine hervorragende Stellung ein und ist in jeder Weise befähigt, ein glückliches Familienleben zu begründen etc.

Von den beiden veröffentlichten Briefen des Grafen Hoensbroech an den Heirathsvermittler v. Potorny lautet der erste folgendermaßen:

Geehrter Herr! Einliegend schide ich Ihnen den Rebers, wie Sie ihn aufgesetzt haben, und ersuche Sie, die Angelegenheit weiter zu betreiben.

Schachstungsvoll und ergebenst Graf Paul von Hoensbroech.

Daß der Rebers sich auf eine Heirathsvermittlung bezog, ergibt neben der Bitte, die Angelegenheit weiter zu betreiben, noch folgende Stelle aus dem anderen Schreiben des Grafen Hoensbroech, worin er zu seiner Selbstempfehlung sagt:

Meine Schriften könnten Sie dem Vater zeigen. Ich spreche flüssig französisch und Englisch und bin sehr musikalisch. Diesen Herbst werde ich auf direkten Befehl des Kaisers im diplomatischen Dienst angestellt. Diesen letzteren Umstand bitte ich äuserst distret zu behandeln, da ein vorzeitiges Bekanntwerden desselben mich in die größten Unannehmlichkeiten bringen könnte.

Herr v. Hoensbroech ist bekanntlich nicht in den Dienst der deutschen Diplomatie gestellt worden. Wegen des „Warum nicht“ braucht der deutsche Staatsbürger sich allerdings nicht allzu viele Kopfschmerzen zu machen. Mag der Herr Graf auch die zu solchem Wirken gehörende Strapassellosigkeit besitzen, so mangelt ihm doch, wie die hier wiederergegebenen Veröffentlichungen lehren, die notwendig erforderliche Geschicklichkeit. Unter den obwaltenden Umständen würde er am geschicktesten handeln, wenn er nach diesem graufigen Ausgang die angeblich von ihm berechnete „hervorragende Stellung im öffentlichen Leben“ völlig an den Nagel hänge und seine ganzen Kräfte ausschließlich auf Förderung seines Familienglücks konzentrierte.

Der Fall Zietzen soll nun doch die Gerichte beschäftigen. Dies geht aus einer von dem Schriftsteller Gustav Landauer an uns gerichteten Erklärung hervor, die wir ihrem wesentlichen Inhalt nach an dieser Stelle veröffentlichen.

Herr Landauer schreibt uns:

Erklärung.

Ich habe unterm Datum des 1. September im Anschluß an eine frühere Veröffentlichung vom 5. Februar den Polizeikommissar Gottschall, früher in Elberfeld, der Fälschung von Beweismitteln und des Meineids beschuldigt, begangen in dem Verfahren gegen den seit 18 Jahren unehelich im Haushalte sitzenden Albert Zietzen. Meine Veröffentlichung hatte den ausgeprochenen Zweck, ein Strafverfahren gegen mich zu erzwingen, weil, so wie die Dinge liegen, die ganze Wahrheit nur vor Gericht an den Tag kommen kann. Ich halte mich für verpflichtet, der Öffentlichkeit, soweit sie sich für diese ebenso entscheidende wie wichtige Angelegenheit interessiert, mitzutheilen, daß die ersten Schritte zum Ziel gehen sind. Wie mir gestern, am 4. November, vor dem Amtsgericht Koenigsberg eröffnet wurde, hat der Staatsanwalt beim Landgericht I Berlin auf Grund eines Strafantrags vom 20. September das Verfahren gegen mich eingeleitet. Man sieht, daß die Behörde sich recht lange Zeit zum Ueberlegen gelassen hat.

Wie aber kommt das Landgericht I Berlin dazu, sich mit der Sache beschäftigen zu sollen? Mein Wohnsitz Friedrichshagen, von wo die Zirkulare alleammt berandet sind, liegt im Bereich des Landgerichts II Berlin. Das Mißsel wird gelöst, wenn man erfährt, daß ich nicht bloß für das Zirkular, sondern auch für einen wörtlichen Abdruck desselben in dem Wochenblatt „Der Sozialist“ verantwortlich gemacht werde, obwohl ich mit dessen Redaktion seit über einem Jahre nicht das geringste zu thun habe, außer dem „Sozialist“ auch noch andere Blätter, theils den vollen Portant

\*) Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum deutschen Reichstage. Statistisch dargestellt. 2. Ausgabe. Berlin, E. Sponyl 1898, 75 S.

\*\*) Oben zitierten wir 33 Wahlkreise mit mehr wie 50 pCt. sozialdemokratischer Stimmen. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch liegt in Solingen, das eine sozialdemokratische Stimmengabe, aber leider zwei sozialdemokratische Kandidaten besaß.

des Artikels, theils die in betracht kommenden Stellen abgedruckt haben.

Diese merkwürdige Verhinderung könnte mir ziemlich gleichgültig sein, wenn dies nicht auf die Absicht schließen ließe, dieser Angelegenheit, die das ganze Volk interessiert, die jeden Menschen und vor allem jeden Preußen angeht, die gar keine Parteiliche sein kann und darf, einen parteipolitischen und zwar einen anarchischen Anstrich zu geben.

Ich protestire gegen eine solche Tendenz und erkläre laut, daß meine Befinnung und Weltanschauung gar nichts mit meinem Eingreifen in den unglücklichen Fall Rietzen zu thun hat, höchstens das eine, daß sie mir den Muth giebt, gegen den Strom zu schwimmen.

Daß ein Tendenzprozeß beabsichtigt ist, scheint mir aus der Thatlage hervorzugehen, daß der Herr Staatsanwalt mich der verleumdlichen Beleidigung beschuldigt! Wider besseres Wissen soll ich genau dasselbe behauptet haben, was schon im Jahre 1891 der Oberfeldler Kreisphysikus Dr. Berger in einem Brief an den Staatsanwalt Binoff rund und nett ausgesprochen hat, was schon sehr deutlich der Rechtsanwält Cromm in seinem Plaidoyer im Jahre 1884 hat durchblicken lassen.

Die Annahme der Verleumdung in meinem Falle ist für mich so ungeheuerlich, daß ich, sobald mir ein amtliches Schriftstück vorliegt, in dem die Behauptung, ich habe verleumdet, ausgesprochen ist, den Blick umkehren und gegen den betreffenden Herrn Staatsanwalt Strafantrag wegen verleumdlicher Beleidigung zu stellen entschlossen bin.

Friedrichshagen, 5. November 1898.

Gustav Landauer,  
Schriftsteller.

**Auch ein Beitrag zur Hilfsarbeiterfrage.** Wie aus dem amtlichen Material, das dem Stadtverordneten-Ausschusse jetzt vorliegt, hervorgeht, sind von den sechzehn klagenden Hilfsarbeitern nicht weniger als vier geisteskrank, zwei mit Gefängniß bestraft und Nr. 7 wurde sogar angenommen, wiewohl man sich wegen seiner hochgradigen Schwermüdigkeit mit ihm nur mittels Schreibtafel verständigen konnte! „Auf ministerielle Empfehlung“ (!) fand ein achter, ein ehemaliger Polizeilagent, im späteren Lebensalter, Beschäftigung beim Magistrat, und vom neunten heißt es, daß er auf Verreiben seiner Ehefrau in der Charité am Säuferwahnsinn behandelt worden und schließlich fast erblindet war. Dem zehnten und elften werden Unverträglichkeit, Demingationslust und fortwährendes Aueruliren nachgelagt, so daß sie alle Grade der „Verleugung“ durchmachen mußten, und Nr. 12, ein „durch und durch kranker Mensch“, der nur aus Mitleid mit seiner Mutter, der Wittwe eines einst angesehenen Berliner Bürgers, angenommen worden war, mußte ebenfalls „von einem Bureau zum anderen geschoben“ werden, „da“, wie der Magistrat würdlich schreibt, „wegen seiner Ekel erregenden Anreizlichkeit niemand in demselben Räume mit ihm arbeiten wollte!“ Nur einen einzigen der 16 Kläger stellt Magistrat das Zeugniß aus, daß er ein „durchaus ordentlicher Mann“ sei, dessen Verlangen nach Anstellung lediglich deshalb nicht erfüllt wurde, weil man einen zweiten Fall Rietzen vor das Reichsgericht bringen möchte.

Offenbar soll diese Mittheilung gegen die Hilfsarbeiter Stimmung machen, und man muß sagen, daß die in betracht kommenden Personen gerade nicht als die besten Brüder erscheinen. Das wichtigste an der Sache ist aber die Frage, wer die Schuld daran trägt, daß Verurtheilte von so fragwürdigem Kaliber überhaupt in städtischen Dienst gestellt werden konnten. Wie verhält es sich besonders mit dem auf ministerielle Empfehlung angestellten Polizei-Agenten? Auf diese Fragen wird der Magistrat hoffentlich den Stadtverordneten genügende Auskunft geben.

**Der Gefinde-Verlohnungs- und Unterhaltungs-Fonds** hat 1897/98 von den Diensthöfen 31 080 M. an Beiträgen eingenommen, 4470 M. weniger als im Vorjahre. Diese Beiträge, 4 00 Pfennig, müssen von den Berliner Diensthöfen bei jedem Dienstwechsel bezogen, bei Eintritt des ersten Dienstes gezahlt werden. Sie wirken wie eine Strafe für zu häufigen Dienstwechsel, auch für gänzlich unverantwortlichen. Man darf sich daher nicht wundern, daß die Diensthöfen die ganze Einrichtung als eine ungerechtfertigt (was sie in der That ist!) empfinden und sich der Zahlung ihrer Beiträge in immer wachsendem Maße zu entziehen suchen. Der Rückgang dieses Einnahmepostens dauert schon seit einer Reihe von Jahren an, und dem Mittel, ihm zu steuern (namentlich Vermehrung der Annahmestellen und Mitwirkung der Polizei) sind erfolglos geblieben. Er ist so bedeutend, daß sich gegenüber dem Jahre 1889/90, in dem die Beiträge mit 44 410 M. ihren höchsten Stand erreicht hatten, für 1897/98 bereits eine Mindereinnahme von 13 390 M. ergibt. Die gesammten Einnahmen beliefen sich im letzten Jahre auf 54 384 M. Die Ausgaben betrugen 51 768 M., darunter namentlich 18 212 M. Unterhaltungen an 172 erwerbsunfähige Diensthöfen und 29 671 Mark für Unterhaltung des Gefinde-Hospitals, das im letzten Jahre 10 Frauen aufnahm und Ende März 1898 von 108 Frauen bewohnt war. Man sieht, daß ungeachtet des Rückganges der Beiträge immer noch über drei Fünftel der für die alten, erwerbsunfähigen und bedürftigen Diensthöfen gemachten Aufwendungen aus der Tasche der Berliner Diensthöfen selber gedeckt worden sind. Trotzdem haben die Diensthöfen nur dem Anspruch auf Unterhaltung oder Aufnahme, wenn sie sich ihr Lebelang „gut geführt“ haben. Sie dürfen aus der Sonderstellung, die ihnen durch unsere an das Mittelalter erinnernde Gefinde-Ordnung angewiesen wird, selbst dann nicht heraus, wenn sie aufhören, Diensthöfen zu sein, und nur die saure verdiente Ruhe eines sorgenfreien Lebensabends genießen möchten.

**Die Berliner Brotpreise** sind, nachdem sie im Mai und Juni 1898 ihr Maximum erreicht hatten, seit diesem Zeitpunkt in dem Anschein nach andauernd, wenn auch langsamem Fallen begriffen. Sie sind aber auch jetzt noch beträchtlich höher als in denselben Monaten der letzten Jahre. Veröffentlichungen darüber liegen bis September 1898 vor. Nach den Ermittlungen des Berliner statistischen Amtes war im September 1898 (bezw. 1897, 1896, 1895) der Durchschnittspreis: für 1 Kilogramm Roggenbrot rund 25/10 (23, 20/10, 21/10) Pfennig, für 1 Kilogramm Weizenbrot rund 43/10 (39/10, 35/10, 34/10) Pfennig. Für 50 Pfennig bekam man durchschnittlich 1977 (2173, 2399, 2373) Gramm Roggenbrot, 1154 (1286, 1414, 1437) Gramm Weizenbrot.

**Berliner Fleischpreise.** Im September 1898 (bezw. 1897) war im Markthallen-Handel der Durchschnittspreis pro Pfund (in Pfennig, berechnet aus den höchsten und niedrigsten Preisen der 13 Detail-Hallen) für Rindfleisch: Rilet 101 (101), Keule, Oberschale oder Schwanzstück 70 (70), Brust 63 (63), Bauch 56 (56); für Kalbfleisch: Keule oder Rücken 75 (75), Brust 67 (68), Schulterblatt oder Bauch 62 (60); für Hammelfleisch: Keule oder Rücken 71 (70), Brust oder Bauch 61 (61); für Schweinefleisch: Rücken oder Rippenstück 82 (82), Schinken 69 (67), Schulterblatt oder Bauch 65 (62); für Speck 75 (73); für geräucherter Schinken 106 (102), ausgeschmitten 140 (142); für Schweineschmalz 57 (58). In den Läden sind natürlich noch höhere Preise gezahlt worden, als in den Markthallen. Verglichen mit den Preisen des Vorjahres weisen die Preise für Rindfleisch diesmal keine Erhöhung auf. Bei den anderen Fleischsorten dagegen sind die Preise meist gestiegen, bei Schweinefleisch, Speck und Schinken am bedeutendsten. Die fleischverarbeitenden Agrarier haben bekanntlich jetzt herausgefunden, daß die Preise deshalb gestiegen sind, weil die Arbeiter zu viel Fleisch essen und dadurch einen Fleischmangel hervorgerufen haben.

**Für die Reuter-Stiftung,** die von dem verstorbenen Kaufmann Adolf Reuter begründet ist und alten, erwerbsunfähigen gewordenen, bedürftigen Kaufleuten eine sorgenfreie Zukunft für ihren Lebensabend bieten soll, muß wieder einmal „der so oft bewährte Wohlthätigkeitsmuth unserer Mitbürger“ angerufen werden, da die Stadt bekanntlich für solche Zwecke niemals viel drüber hat. Das Kuratorium der Anstalt, die fortgesetzt mit Geldmangel zu kämpfen hat, bittet um einmalige Zuwendungen oder feste Jahresbeiträge (zu zahlen an die

städtische Haupt-Einstellungskasse im Rathhaus Zimmer 25 oder an die Mitglieder des Kuratoriums), damit die Zahl der Stellen um einige vermehrt werden kann. Eine solche Vermehrung ist allerdings dringend nöthig, denn das Mißverhältniß zwischen der Zahl der Bewerber und der verfügbaren Stellen ist in neuerer Zeit außerordentlich groß geworden. Die Anstalt wurde wegen Mangels an Mitteln von vornherein nicht für 60 Stellen, wie es der Stifter beabsichtigt hatte, sondern nur für 32 eingerichtet, aber auch davon konnten bei der 1888 erfolgten Eröffnung vorläufig nur 15 besetzt werden. Gegenwärtig sind 22 Stellen vorhanden (10 Voll- und 8 Halbstellen), aber die Bewerberliste hat, angefaßt des wachsenden Andranges, schon vor mehreren Jahren geschloffen werden müssen, da immer nur die wenigen, durch Tod freierwerdenden Stellen (z. B. 1896-97 nur 3) verfügbar sind. In seinem neuesten Anruf sagt das Kuratorium: „Groß ist die Zahl alter Kaufleute in Berlin, die infolge unvermeidlichen Unglücks nicht in der Lage waren, etwas für das Alter zurückzuliegen; noch größer die Zahl derer, denen es nicht gelungen ist, aus kleinen Verhältnissen heraus als Buchhalter oder Verkäufer sich zu wirtschaftlicher Sicherheit und Selbständigkeit emporzuarbeiten, und denen es bei dem großen Wettkampf jüngerer Kräfte unmöglich wird, im vorgerückten Alter ihr weiteres Fortkommen im kaufmännischen Gewerbe zu finden.“ Trotzdem befinden sich viel weniger ehemalige Handlungsgesellen als ehemalige selbständige Kaufleute in der Anstalt (z. B. 1896/97 nur 4 Gehilfen unter 23 Benefiziaten). Das liegt vermuthlich daran, daß nach der Bestimmung des Stifters selbständige Kaufleute (in Berlin geboren und die längste Zeit hier beschäftigt, sowie hier etabliert gewesen) den Vorrang haben. Aber selbst für diese haben die um Beiträge angegangenen Berliner Großkaufleute bisher recht wenig übrig gelassen.

**Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten** findet heute, Dienstag, Nachmittag 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderen folgende Gegenstände: Fortsetzung der Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend den Abschluß eines neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken und die Entbindung derselben von der Verpflichtung zur Leistung von Kabelleistungen in einer Reihe von Straßen innerhalb des im Verträge vom 25. August 1888 bestimmten Stadtgebietes. — Berichterstattung über die Vorlage, betreffend den zur Begründung eines vegetarischen Kinderheims bestimmten Nachlaß des Professors Dr. Julius Baron. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend den Beschluß der Versammlung vom 28. Mai d. J. wegen Herbeiführung einer Reform der Bestimmungen über die Ausübung der Sittenpolizei und von Vorkehrungen, um Mißgriffe und Ausdehnungen von Gehaltsbeamteten bei Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern. Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die den Direktoren mehrerer hiesigen Gemeindeschulen zugegangene Anweisung, einigen Lehrerinnen jüdischen Glaubens das Ordinariat abzunehmen und sie nicht mehr als Klassenlehrerinnen zu beschäftigen. — Vorlagen, betreffend den Jahresabschluß der städtischen Gaswerke für den 1. April 1897/98. — Die Annahme eines der Stadtgemeinde geschenkten Oelgemäldes. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl von acht unbesoldeten Stadträthen eingesetzten Ausschusses.

**Auf der Straßendahlulule Gesundbrunnen-Krenzberg via Mollensmarkt** wurden gestern zum ersten Male Versuche angestellt, Droschewagen als Anhängewagen bei dem elektrischen Verkehr zu verwenden. Die eigens als Anhängewagen umgebauten Wagen werden ebenso wie die Wagen der elektrischen Straßenbahn auf der linken Seite geschlossen. Die Zahl der Sitz- und Stehplätze ist im Interesse des Publikums vermindert. In dem Betriebe verursachen die Droschewagen nicht die geringsten Störungen. Sie wurden von dem Publikum eifrig in Anspruch genommen. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß die so beliebten Droschewagen für den Verkehr im Innern der Stadt Verwendung finden. Infolge der erhöhten Fahrgeschwindigkeit der Motorwagen waren die Schaffner der Droschewagen gestern außer Stande, bei den im Innern der Stadt sich zu dicht folgenden Zweifelhaken die Fahrscheine schnell genug auszugeben. Zur Sicherung gegen Unglücksfälle durch Ueberfahren werden seitens der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft bei den umzubauenden Anhängewagen neuerdings besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die beiden Achsen der Wagen werden in einen Niederschlag eingeschlossen, der sich bis zu den beiden Plattformen erstreckt. Durch diese Vorrichtung wird es unmöglich gemacht, daß während der Fahrt abspringende und ausleitende Personen unter den Wagen gerathen können.

**Glendstätt.** Im Männerzahl des Berliner Ehrendienstes für Obdachlose während des Monats Oktober 19 528 Personen, im Frauenzahl 9610 Personen. (Arbeitsnachweis erstattet der Verein für Männer Diefenstr. 53/59, für Frauen Fülberstr. 5.)

**Die städtische Gasdeputation** hat unter Vorst. des Stadtraths Ramlow beschlossen, die Leipzigerstraße von der Friedrichstraße bis zum Spittelmarkt elektrisch zu beleuchten, so daß endlich die ganze Leipzigerstraße elektrische Beleuchtung erhalten wird.

**Der Fernsprecherverkehr** mit Schmöllz, Sedburg, Hirschberg (Saale), Merinigen, Harzgerode, Coswig (Anh.), Markneudorf, Zeulenroda, Frankenslein (Schles.), Bodenem und Seesen ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je 1 M.

**Durch die Unfälle von Kindern,** sich an Pferdebahnen anhängen, ist am Sonntag ein Unglücksfall herbeigeführt worden. In der Kommandantenstraße wurde ein achtjähriger Knabe von einer Droschke überfahren. Das Kind wurde schwer verletzt in die elterliche Wohnung geschafft. Es hatte sich an einen Wagen der Linie Pappel-Allee—Königsplatz angehängt. Als der Schaffner, welcher im Innern des Wagens beschäftigt war, auf den Hinterramp heraustrat, ließ der Knabe sich los, stürzte hin und wurde von einer unmittelbar hinter dem Pferdebahnen fahrenden Droschke überfahren.

**Ein ungetreuer Postschaffner.** Das Polizeipräsidium theilt mit: Der Postschaffner Franz Szgalski und seine Ehefrau Anna, geborene Sonnenberg, Stephanstraße 7, sowie der Portier Friedrich Czyschulski alias Szgalski nebst Ehefrau Klara, geborene Bissel, Weidnerstraße 39, haben, wie die Kriminalpolizei im Zusammenwirken mit der hiesigen Oberpostdirektion ermittelte, gemeinschaftlich in äußerst gefährlicher Weise unter theilweiser mißbräuchlicher Verwendung eines echten Postaufgabe-Stempels, sog. Schweizerstempels, und Verwendung von Postaufgabe-Typen in der Zeit von Ende September bis Anfang November d. J. Postanweisungen über hohe Beträge an Personen, meist Frauen, fälschlich ausgestellt, bei denen die 3-jährige Ehefrau des Friedrich Czyschulski alias Szgalski unter falschem Namen kurz zuvor eine Schlafstube gemiethet hatte, ohne diese jedoch zu beziehen. Der Vermietterin pflegte die Czyschulski dann an demselben Tage, an welchem der Postschaffner Szgalski die an jene adressirten gefälschten Postanweisungen im Postamt 39, wo er beschäftigt war, abends bei Anfertigung der Briefbündel in diese einschmuggelte, mitzutheilen, am nächsten Vormittag würde jener eine Geldsendung von der Post zugestellt werden, deren Adressirung an die Vermietterin sie veranlaßt hätte, weil sie selbst zur Zeit der Ausstellung noch nicht in der Wohnung sein konnte. Das Geld, welches ihr Ertheilte darstellte, würde sie später abholen. In zwei von bisher ermittelten 14 Fällen hat sie die der Vermietterin ausgesetzten Beträge nicht abgeholt, und zwar, weil sie befürchtete, entlarvt zu werden. Die übrigen Fälle haben ihr und ihren Mitthätern einen Gewinn von mehr als 3500 M. eingebracht, welcher aber zum größten Theil im Wege der Durchsuchung von der Kriminalpolizei beschlagnahmt werden konnte. — Da es nicht ausgeschlossen ist, daß noch weitere von Szgalski und Genossen, welche übrigens sämtlich festgenommen wurden, gefälschte Postanweisungen an vorgegebene Personen zur Auszahlung gelangt sind, so werden alle Empfänger solcher Postanweisungen, gleichviel ob die Thäter deren Beträge abgeholt haben oder nicht, hiemit aufgefordert, sich schleunigst zu den Akten 7890 IV. 23. 98 bei der Kriminalpolizei zu melden. Im übrigen aber wird um schleunige Mittheilung ersucht, falls einer der genannten Thäter Geld oder Werthpapiere oder

sonstige Werthgegenstände irgendwo deponirt haben sollte. Die Ermittlungen leitet der Kriminalkommissar Schmelztrah.

**Den Tod im Wasser** suchte gestern in der zweiten Morgenstunde die 24 Jahre alte Frau Adelheid Katoke aus der Antonstraße 2, Frau Katoke, die früher in Charlottenburg wohnte, während ihr Mann als Maschinist eines Dampfbahnen meist auf Reisen war, verlebte sich in einem Flurnadler, einen Württicher Alfred Kleinod. Das Verhältniß wurde ihrem Manne hinterbracht und als dieser sie nun handgreiflich zur Rede stellte, ließ sie ihm anfangs dieses Jahres davon. Kleinod zog mit ihr, wurde ihrer jedoch bald überdrüssig. Da sie nun zu ihrem Manne nicht zurückkehren konnte, so packte sie die Verpflegung. Sie sprang von der Fehnbahn in den Kanal, wurde aber mit dem Rettungskahn wieder herausgeholt und in ein Krankenhaus gebracht.

**Auf offener Straße** erschossen hat sich der Seemann Alexander Sommer, Sohn eines in Moabit wohnenden Rittmeisters a. D. Der junge Mann soll ein sehr loedres Leben geführt und bereits größere Summen durchgebracht haben, so daß ihm schließlich seitens seiner Angehörigen weitere Unterstühtungen verweigert wurden.

**In der Nacht von einem Duell** zwischen einem Gardeoffizier und einem Rechtsanwalt, die wir nach einer hiesigen Lokal-Korrespondenz veröffentlicht, erlährt das Generalkommando des Gardetorps folgendes Dementi: „Es ist nicht wahr, daß zwischen einem Offizier eines hiesigen Garderegiments und einem Rechtsanwalt vor etwa 14 Tagen wegen eines Wortwechsels in der Stadtbahn ein Duell stattgefunden hat.“

**Und einem unbedeutenden Vorfall** entsand in der Nacht zum Montag das Gericht, in einer Schlächterei an der Ecke der Potsdamer- und Willowstraße habe ein Geselle einen anderen im Streit erstochen und sei nach einem vergeblichen Selbstmordversuche der Polizei überliefert worden. Thatfache ist folgendes: In der Nacht gegen 2 1/2 Uhr geriet ein in der Gastwirtschaft von Stahl, Willowstraße 55a, Ecke der Potsdamerstraße, ein Schlächtergeselle und ein Mädchen mit einem jungen Kaufmann in Streit. Alle vier wurden von dem Wirth hinausgewiesen und folgten auch seiner Aufforderung. Auf der Straße verlegte das Mädchen dem Kaufmann einen Schlag oder Stich, der ihn am Hinterkopf verletzte. Die ganze Gesellschaft wurde zur Feststellung der Personlichkeiten auf die zuständige Revierwache gebracht und alsbald wieder entlassen. Der Verletzte konnte ohne Hilfe die nächste Unfallstation aufsuchen, um sich verbinden zu lassen.

**Beim Durchwandern der Schlängengallerie** im Berliner Aquarium, die gegenwärtig eine ganze Anzahl prachtvoller Thiere und Sammlungen seltener Gattungen und Arten aufweist, fällt auf der ersten Seite, deren Reihe mit einem zu bedeutender Länge und Stärke herangewachsenen Exemplar der amerikanischen Wasser-Niesenschlange beginnt, eine in zwei Exemplaren vorhandene städtische Schlange durch die Schönheit der Färbung und Zeichnung auf. Die Thiere, obwohl in Einzelheiten von einander abweichend, sind oberwärts braun grundirt und mit gelben, schwarzbraun umsaumten Rautenflecken und Tüpfeln oder Augenflecken (daher die Artbezeichnung „argus“) geschmückt, unterwärts hellgelb und schwarzlich gebändert oder gestreift. Wir sehen in dieser Schlange die Morelia vor uns, welche die Gruppe der Riesenschlangen in Australien vertritt und alle ihre alt- und neuweltlichen Verwandten an Schönheit übertrifft. Man bemerkt sie oft im Wasser liegend; sie nähert sich von Wamblättern, hier im Aquarium von Meeresschnecken u. dergl.

**Feuerbericht.** Ein größerer Dachstuhlbrand, bei dem Brandstiftung vermuthet wird, brach Montag früh 8 1/2 Uhr 68 aus. Als die ersten Löschkräfte eintrafen, fanden sie einen ausgedehnten Brandherd vor, so daß mit drei Schlauchleitungen vorgegangen werden mußte. Verschiedene Dachstimmer mit Inhalt, sowie ein großer Theil der Dachkonstruktion wurden eingeschert und ist der verursachte Schaden bedeutend. Kurz nach Mittag konnte die Wehr erst wieder abkliden. Ein Schaufensterbrand rief die Wehr am Abend nach Neue Kofstraße Nr. 17. Ein Koffen Wollwaaren ging in Flammen auf, Chauffeestraße Nr. 66 geriet über dem Gasmotor Bauhölzer in Brand, der aber schnell beseitigt werden konnte. Ein Kellerbrand, der infolge starker Verqualmung der Wehr viel zu schaffen machte, war Kofstraße 53 abzulöschen. Es brannten Verschläge mit Inhalt und war ein Vordringen nur mittels Rauchschildern möglich. Mittels eines Rohres wurde das Feuer gelöscht. Kofstraße 75 hatten mehrere Holzlasten mit Brennmaterial Feuer gefangen, das auch den Fußboden und die Balkenlage ergriff und dadurch erheblichen Schaden verursachte.

#### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** Die Fleischnoth zur Freude der Agrarier greift immer fühlbarer um sich, so daß eines der nothwendigsten Nahrungsmittel für Arbeiter zur Zeit fast unerschwinglich ist. Ueber die künstlich herbeigeführten Ursachen der Theuerung wird Frau Emma Ihrer heute Abend 8 Uhr im Klubhause sprechen. Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, besucht zahlreich die in Gurem Interesse einberufene Versammlung! Die Vertrauensperson.

**Angesichts des in Charlottenburg herorgetretenen Mangels an kleinen Wohnungen** — von einem Zimmer — hatte der dortige Magistrat im Oktober die Einrichtung der Cholera-Barakken zur Aufnahme oboachloser Familien beantragt, da es der Armenverwaltung trotz des Angebots der Miethsgarantie nicht möglich geworden sei, obdachlose Familien in Miethswohnungen unterzubringen. Das „Grundbesitzgesetz“ behauptet in einem Artikel „Wohnungsnoth in Berlin“, daß die Nothricht von einem Mangel an kleinen Wohnungen in Charlottenburg ohne Unterlage sei; es seien nur einige Wohnungen den neuangehenden Miethern nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, außerdem in einzelnen Häusern einige von den Verwaltern zweimal vermietet worden. Dabon steht in der Vorlage des Charlottenburger Magistrats nichts und auch dem Ausschuß, der sich damit beschäftigt hat, ist davon nichts bekannt geworden, denn er hat unter Genehmigung der gestellten Forderung mit einem kleinen Abdruck den weiteren Antrag gestellt: „Den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, mit welchen Mitteln sich dem zunehmenden Mangel an kleinen Wohnungen beugegen lassen.“ — Daß in Berlin angeblich 24 000 Wohnungen leer stehen — das bezieht sich nämlich auf das Ende des Jahres 1898 — beweist noch nicht, daß dort kein Mangel an kleinen Wohnungen vorhanden ist; denn unter diesen 24 000 leer stehenden Wohnungen und Gelassen befinden sich zahlreiche Läden und Geschäftsräume, und vor allem Dinge größere Wohnungen. Eine eigentliche Wohnungsstatistik besteht in Berlin nicht. Die Eingabe des Vereins Berliner Wohnungsmiether, in Berlin ebenfalls wie in Charlottenburg die eigentlichen Wohnungen von den übrigen Miethsräumen in der Statistik zu trennen, ist vom Magistrat ablehnend beschieden worden, da ein steuerliches Interesse dafür nicht vorliegt und zur Bearbeitung auch neue Arbeitskräfte angestellt werden müßten. So bleibt es also in Berlin dabei, daß eine Statistik der Miethsräume immer erst nach drei Jahren bekannt wird, während in Charlottenburg bereits die Ergebnisse aus dem Mai und August d. J. vorliegen.

**Die Ueberfüllung der Krankenhäuser** in Berlin und in den Vororten gestaltet sich nachgerade zu einer wahren Katastrophe. In Berlin haben, wie mitgetheilt worden ist, die städtischen Krankenanstalten infolge ihrer Ueberfüllung von der Deputation für das Krankenwesen wie schon seit mehreren Jahren auch in diesem Herbst wieder die besondere Weisung erhalten, Kranke aus den Vororten nicht aufzunehmen. Die Folge davon ist, daß auch in den Vororten, soweit dort überhaupt Krankenhäuser vorhanden sind, diese den Anforderungen ebenfalls nicht entfernt mehr genügen können. So ist z. B. auch das für 150 Betten eingerichtete Kreis-Krankenhaus bei Orly seit einiger Zeit wieder vollständig überfüllt, denn es befanden sich am 30. Oktober 157 Kranke, am 31. Oktober 165 Kranke und am 1. November 161 Kranke in der Anstalt. Diese starke Verlegung ließ sich nur durch Einschlebung neuer Betten und dadurch ermöglichen, daß kleine und nur leicht kranke Kinder je zwei in ein

Zeit gelebt wurden. (11) Troßdem mußte aber eine ganze Anzahl von Kranken wegen Platzmangels abgewiesen werden.

Zu der Frage der Befestigung von Müll liegt jetzt eine bemerkenswerthe Aeußerung des Charlottenburger Magistrats vor. Dem Magistrat erscheint hierin ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Berlin angebracht. Da in Berlin die Verhandlungen zu einem endgiltigen Ergebnis noch nicht geföhrt haben, hat man auch in Charlottenburg noch keinen bindenden Beschluß geföhrt. Die Gerüche mit der Müllabfuhr bringen fortgesetzt gute Folge, ohne daß die Frage entschieden wäre, ob das Müll verschick werden soll oder nicht. Für alle Fälle beantragt jetzt der Charlottenburger Magistrat den Ankauf eines geeigneten Grundstückes zwischen Spree und Hamburger Eisenbahn für die Müllbefestigung bei der Stadtverordneten-Versammlung.

Eine wunderliche Ueberraschung bereitete die Ortspolizei von Steglitz am Sonnabend Abend dem in den Kaiserballen versammelten Publikum. Es war ein Vortragabend der Leipziger Sänger arrangirt worden und man war gerade dabei, einen Einakter „Berliner Paradedummler“ aufzuführen. Mitten in der Vorstellung kam ein Beamter heron und gebot den Sängern, sofort abzubrechen, da die Glocke zehn geschlagen habe und die Polizeihunde des Lokals Uhr zehn beginne. Das Publikum nahm die Sache bald non der humoristischen Seite. Die frühe Polizeihunde wird erklärlich durch den Umstand, daß der Wirth sein Lokal auch der Arbeiterjahst zur Verfügung stellt.

### Gerichts-Beitung.

Eine Privatklage des selbstvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe, Dr. Köhler, gegen unseren verantwortlichen Redakteur August Jacoby gelangte gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Der Privatkläger sühnte sich durch eine in Nr. 187 des „Vorwärts“ enthaltene gewöhnliche Notiz beleidigt, in welcher behauptet wurde, daß Dr. Köhler keine Stelle als Vorsitzender des Bundes der Landwirthe für seine eigenen Interessen auszuwählen suche, indem er schon seit längerer Zeit an die ihm untergebenen Beamten weiter aus seiner Wirkthätigkeit verkaufe und dadurch einen für ihn einträglichen Druck auf abhängige Beamte ausübe. Der Angeklagte behauptete, daß er die Nachricht von zuverlässiger Quelle erhalten habe, den Namen seines Gewährsmannes aber nicht nennen wolle. Der Gerichtshof stellte aus der Beweisnahme fest, daß der Angeklagte der läßlichen Nachrede sich schuldig gemacht habe. Da er sich aber anscheinend in gutem Glauben befunden und gemeint habe, eine Pflicht der Offenlichkeit gegenüber zu erfüllen, so habe ihn der Gerichtshof nur zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt und dem Beleidigten die Publikationsbefähigung zugesprochen. Auch sei auf Einziehung der inkriminirten Nummer Platten etc. erkannt.

Zu dem dieser Tage angeregten Thema der Ueberlastung der Richter in Berlin listete die gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I anstehende Verhandlung gegen den Kaufmann Max Schwarz aus Vulkarest eine kleine Illustration. Die Anklage schwebt schon seit zwei Jahren, mehrere Termine zur Hauptverhandlung sind wegen nothwendig erscheinender Ergänzung des Beweismaterials vereitelt worden. Der Angeklagte, der verschiedener Betrugsereien gegen Geschäftsleute beschuldigt wird, die Berechtigung dieser Vorwürfe aber bestreitet, hat lange in Untersuchungshaft gesessen, ist dann aber entlassen worden und nach Vulkarest zurückgekehrt, von wo er sich zu den Terminen gestellt hat. Gestern stand nun wieder ein solcher an und zu demselben waren 29 Jengen, theilweise von außerhalb, geladen. Vor Eintritt in die Verhandlung ergab sich die Nothwendigkeit, Ergänzungsrichter zu bestellen; zwei Beisitzer, die bei der letzten anstrengenden Tagung des Schöffengerichts mitgewirkt haben, erklärten, noch so erschöpft zu sein, daß sie bei dem großen Umfange der vorliegenden Sache keine Gewähr dafür übernehmen könnten, daß sie während der Verhandlung nicht arbeitsunfähig würden. Der Vorsitzende erklärte infolge dessen, daß er ohne Ergänzungs-Richter überhaupt nicht in die Verhandlung eintreten würde, doch erwies sich alle Bemühungen, solche zur Stelle zu schaffen, als vergeblich. Auch das an den Präsidenten des Landgerichts gerichtete Gesuch um Zuweisung zweier Ergänzungsrichter hatte keinen Erfolg, es kam vielmehr der Bescheid, daß solche nicht zu beschaffen seien. Infolge dessen wollte der Vorsitzende die Verhandlung auf Dienstag vertagen, doch erwies sich dies als unmöglich. Ein aus Leipzig herübergekommener Justizrath und Notar erklärte, daß er wegen unabsehbarer notarieller Geschäfte unbedingt am Dienstag wieder zu Hause sein müsse; ein anderer Neuge verordnete, daß er auf alle Fälle gestern Abend auf mehrere Monate nach Vulkarest reisen müsse; zwei weitere Jengen wiesen gleichfalls nach, daß sie am Dienstag nicht erscheinen könnten. Die Rechtsanwältin Hugo Sachs und Dr. Schwindt betonten, daß ihr Klient einen berechtigten Anspruch darauf habe, endlich aus seiner ungewissen Lage herauszukommen, der Gerichtshof befand sich aber unter den gegebenen Verhältnissen der Nothwendigkeit gegenüber, die Verhandlung abermals auf unbestimmte Zeit vertagen zu müssen.

Schuld den Kindern. Eine wichtige Entscheidung hat gestern das Kammergericht geföhlt. Es handelte sich dabei um nichts weniger, als um die Frage, ob Polizeiverordnungen gegen die gewerbliche Ausübung von Kindern zulässig sind. Eine am 29. Oktober 1897 für Mühlhausen i. Thür. erlassene Polizeiverordnung bestimmt, daß schulpflichtige Kinder zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr früh nicht zum Austragen von Milch, Vadwaaren, Zeitungen, nicht zum Regelausgehen und auch nicht zu allen anderen gewerblichen Zwecken verwendet werden dürfen. Der Wäckermeister Meier war angeklagt, sich gegen die Bestimmung dadurch vergangen zu haben, daß er seinen schulpflichtigen Sohn zwischen 6 und 7 Uhr früh mit dem Austragen von Vadwaaren beschäftigte. Das Schöffengericht verurtheilte Meier zu einer Geldstrafe und sühnte begründend aus, daß eine strenge Durchführung der im Interesse der Kinder erlassenen Verordnung geboten erscheine. Nachdem das Landgericht die Verurteilung des Angeklagten verworfen hatte, legte Meier die Revision ein und bestritt die Rechtsgiltigkeit der Polizeiverordnung. Er verwies auf eine Entscheidung des Ober-Landesgerichts in Hamburg, wodurch eine solche Polizeiverordnung für ungültig erklärt worden sei. Das Kammergericht verwarf indessen seine Revision mit folgender Begründung:

Die Polizeiverordnung sei durchaus rechtmäßig. Sie finde ihre Stütze im § 61 des Polizeiverwaltungsgesetzes, da sie erlassen sei aus Sorge für Leben und Gesundheit der Kinder. Sie stehe auch nicht in Widerspruch mit § 120e der Gewerbeordnung. Allerdings könne die Reichs-Gewerbe-Ordnung den fraglichen Gegenstand durch Beschlüsse des Bundesrathes behandeln. Im § 120e heiße es aber auch ausdrücklich, daß der Landes-Gesetzgebung die Regelung dieses Gegenstandes überlassen sei, wenn ihn die Reichs-Gesetzgebung nicht regelt. Zu einem Gesetz im weiteren Sinne gehörten nun auch Polizeiverordnungen, also sei die Regelung im Wege der Polizeiverordnung ebenfalls zulässig. — Im vorliegenden Falle sei die Verordnung vom 29. Oktober 1897 zutreffend angewendet worden.

Das Verfahren auf Konzeffionsentziehung war gegen den Gastwirth Tisch in Mittel-Rodabrod eingeleitet worden, nachdem er wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden war. Selbentlich einer Verhandlung vor dem zuständigen Schöffengericht, der die Verschuldigung der Konzeffionsübertragung zu Grunde lag, wies Tisch dem Gerichtshof eine geföhliche Urkunde vor, die ihn als Inhaber der ganzen Schankgerechtigkeit bezeichnete, während er thatsächlich nur die sogenannte „halbe Konzeffion“ besaß. Bevor es zur Verhandlung vor dem Kreisaußschuß kam, wurde in der

Fähigungsfrage das Wiederannahmeverfahren eröffnet, weil den Behörden der Geisteszustand Tisch's bedenklich erschien. Tisch wurde in der Provinzial-Irrenanstalt beobachtet und schließlich wegen partieller Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen. Die Wergte, auf deren Gutachten das Gericht sich stützte, hatten etwa folgendes ausgeöhrt: Tisch fehlte jedes Verständnis für Rechtsfragen. Wenn er unrecht erhalte, führe er es auf böswillige Einwirkungen fremder Personen zurück. Er gehöre in jene nicht kleine Reihe schwachsinziger Verräther, die auch den Laien als geisteskrank bekannt seien. Bei der Benutzung der fahschen Urkunde habe er sich in einem Zustande befunden, durch den die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Seine Geisteskrankheit sei eine partielle, d. h. nur auf einzelne Handlungen beschränkt, und sie schließe nur innerhalb dieses Gebietes das logische Denken aus. — Der Kreisaußschuß entzog dem Gastwirth die Schankkonzession gänzlich, indem er die Urkundenfälschung bei der Verhandlung ansühnte. Er nahm an, daß die Konzeffionsentziehung schon deshalb gerechtfertigt sei, weil Tisch, unstrittig mehrere Male herbotswidrig Schnaps ausgeöhnt und Gäste über die Polizeistunde hinaus in seinem Lokal geduldet habe. Hieraus sei auf eine Förderung der Völlerei zu schließen. Der Kreisaußschuß als Verurtheilungsinstanz vernahm vor dem Eintritt in die Verhandlung noch einen Sachverständigen über den Geisteszustand des Beklagten. Das Gericht erklärte ihn darauf für verhandlungsfähig, wenigstens es auch anmah, daß Tisch, noch immer bei der Wahnrede beharre, daß er von der Behörde verfolgt werde. Rummehr trat der Kreisaußschuß in die eigentliche Verhandlung ein und bestätigte die Vorentscheidung. Das Ober-Verwaltungsgericht hat indessen jetzt das Urtheil des Kreisaußschusses aufgehoben und die Klage der Polizei auf Konzeffionsentziehung abgewiesen. Die Beschlüsse hätten nur festgestellt, daß Tisch die Urkunde geföhrt habe, während für die Einziehung der Konzeffion die Feststellung nothwendig sei, daß er sie in Zukunft fördern werde. Dies sei aber bei freier Beurtheilung nicht anzunehmen, da die Zahl der geltend gemachten Uebertretungen zu gering sei.

Wegen Diebstahls und Unterschlagung stand gestern der Buchhalter Uterhardt vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Der schon mit 6 Jahren Zuchthaus vorbestrafter Angeklagte hatte Beschäftigung bei einer hiesigen Versicherungs-Gesellschaft gefunden, und es war ihm gelungen, aus einer größeren Zahl von Versicherungsanträgen, die ein Agent der Gesellschaft eingereicht hatte, 15 Stück zu stehlen und zu eigensüchtigen Zwecken zu verwenden. Er begab sich zu den Antragstellern und ließ sich unter dem Vorgeben, daß bei dem ersten Antrage ein Irrthum unterlaufen sei, einen neuen Antrag unterschreiben, der aber thatsächlich auf eine ganz andere Versicherungs-gesellschaft lautete. Bei letzterem erhob er dann die Provision für die Lebensmitteilung der Versicherungs-Aufträge. Er wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt.

In der Rothenburg'schen Angelegenheit ist jetzt von der Staatsanwaltschaft ein dritter Sachverständiger in Herrn Professor Dr. Jolly ernannt worden, der im Termin vom 15. November d. J. bei der Feststellung des Geisteszustandes des Herrn Rothenburg bezw. Entmündigung desselben mitwirken soll. In dieser Sache wird geschrieben: Nach allgemein juristischer Auffassung hat die Staatsanwaltschaft nur dann ein Recht, Entmündigungsanträge zu stellen, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Ein solches liegt aber nicht vor. Mit welcher Befugnis die Staatsanwaltschaft sich in private Angelegenheiten mischt, darüber wird vielleicht der Herr Justizminister Bericht einfordern. Der Staatsanwaltschaft soll nicht einmal ein ärztliches Gutachten über Rothenburg vorliegen, das genügenden Anlaß zu ihrem Vorgehen böte. Anscheinend sühnt sich dieselbe lediglich auf die vielen Eingaben, mit welchen die Behörden fortgesetzt belästigt sind. Wie nothwendig eine vorurtheilsfreie, sachliche Prüfung der Rothenburg'schen Angelegenheit, besonders auch der bekannten Erblassensfrage aber ist, geht daraus hervor, daß durch Urtheil des Landgerichts zu Stargard das Vermögen des Fräulein M. Redner auf eine halbe Million festgesetzt wurde, während der Berliner Magistrat seinerzeit den diesbezüglichen Eingaben des Referendars R. in öffentlicher Sitzung mit der Behauptung entgegentrat, es sei absolut kein Vermögen vorhanden. Des Stargarder Urtheil beweist, daß Referendar Rothenburg recht hatte, der Berliner Magistrat unrecht. Hätte man den „Sachverständigen“ Rothenburg's damals genügende Beachtung geschenkt, so wäre dem Magistrat das jeztige Fiasko erspart geblieben und die städtische Armenkasse hätte das Unterhaltungsgehalt für Frau Kammermeister R. gespart. Allein schon diese Thatfache sollte die Behörden veranlassen, die Eingaben des Herrn Referendar R. auf ihre Richtigkeit hin ganz gründlich zu prüfen. Die Angelegenheitginge dann rascher voran, als es durch Ansetzung von Terminen geschieht, die den Geisteszustand des R. feststellen sollen.

### Soziales.

Arbeiter-Risiko. Aus Stahlfurt wird der „Halberstädter Arbeiter-Zeitung“ berichtet: Die Unfälle auf den Betriebsstätten der Vereinigten Chemischen Fabriken in Leopoldsdorf-Altengeheilschlag mehren sich. Erst am Montag ist der dort beschäftigte gewesene Arbeiter Karl Waagel aus Heddingen an den Folgen eines Unfalles verstorben und schon am Mittwoch wieder hat sich ein erheblicher Unfall zugetragen. Der in der Chromatfabrik beschäftigte Arbeiter Johannes Salzmann aus Stahlfurt verunglückte dadurch, daß er mit einem Arm zwischen zwei Räder gerieth. Der verletzte Arm mußte sofort amputirt werden.

Betriebe, wo öfter Unfälle vorkommen, müssen von den Organen, denen die Unfallverhütung obliegt, um so häufiger — natürlich unvermuthet — kontrollirt werden. Darin liegt es aber in der Regel, woran die unzureichende Befugnis der Fabrikinspektoren allerdings die Hauptschuld trägt. Würde die Regierung sich dazu verstehen, die Arbeiter selbst an der Fabrikinspektion zu theilhaben, so wäre das der sicherste Weg, um die Zahl der Unfälle und damit die Kosten der Unfallversicherung bedeutend zu vermindern.

Aus Waldenburg in Schlesien wird uns mitgetheilt: Drei Schornsteinbauer, die auf einem Fabrikshornstein der „Bismarckhütte“ arbeiteten, sind aus einer Höhe von 20 Metern abgestürzt. Ein mit Baumaterialien gefüllter Behälter war auf das Zungenstück aufgeschlagen, so daß dieses zusammenbrach und die drei darauf befindlichen Personen mit sich in die Tiefe riß. Zwei derselben wurden als Leichen unter den Trümmern hervorgerogen; dem Resten war es gelungen, das in der Mitte des Schornsteins hängende Seil zu erfassen, an dem er etwa zehn Meter herobglitt und dann erst herunterstürzte, wo er mit gebrochenen Beinen liegen blieb.

In der Pappdeckelfabrik von Fischer u. Mayer in Gammertingen in Württemberg wurde der Arbeiter Fritz Gögge von dem Treibriemen des sog. Holländers erfasst und so lange herumgeschleudert, bis der Körper eine unermessliche Wunde bildete.

Der Arbeitsmarkt im Oktober läßt alljährlich infolge des Zurückstehens der in der Landwirtschaft überflüssig gewordenen Arbeitskräfte in die Städte ein starkes Ueberangebot von Arbeitern auf dem Arbeitsmarkte entstehen. Diese Zunahme der Arbeitsuchenden zeigt sich auch im Monat Oktober, obwohl der Geschäftsgang noch recht günstig ist. In manchen Produktionszweigen, wie in Eisenindustrie und Kohlenbau, besteht sogar, wie wir der neuesten Nummer der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ entnehmen, eine lebhaft nachgefragte Arbeiter. Andererseits ist die Lage in der Textilindustrie noch immer so trübe, daß eher Arbeitskräfte frei werden. Nach den Ergebnissen der Arbeitsnachweis-Verwaltungen bewarben sich um 100 offene Stellen im Oktober 116,5 gegen 117,1 im Oktober des vorigen Jahres. Der Andrang hat an 29 (und 2 ausländischen) Orten abgenommen und an 23 (und 2 ausländischen) Orten zugenommen.

Wie schon oben zu vernehmen in Breslau, Frankfurt a. O., Bielefeld, Kiel, Danabrad, Münster, Dortmund, Gieberteld, Düsseldorf,

Kachen, Trier, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Sieben, Kaiserslautern, Heidelberg, Schopfheim, Mannheim, Konstanz, Forthheim, Stuttgart, Rammstadt, Ludwigsburg, Reutlingen, Heilbronn, Ulm, Jülich, Augsburg, Graz, Wien.

Jugendnommen hat der Andrang der Arbeitslosen in Posen, Berlin, Halle a. S., Duedlinburg, Erfurt, Hannover, Essen, Köln, M. Gladbach, Kreuznach, Darmstadt, Worms, Strahburg, Vahr, Freiburg, Karlsruhe, Offenbach, Hülzingen, Göttingen, Schw. Hall, Würzburg, Nürnberg, München, Braum, Winterthur.

### Unternehmer-Verbände.

Unternehmergewinne im Berg- und Hüttenbetrieb. Eben jetzt hat eine Anzahl von Zechen den Abschluß vom 3. resp. 1. Quartal ihres Geschäftsjahres herausgegeben. Die hier aufmerksamer ZuhörerInnen lassen uns einen bewundernden Blick thun in die Fähigkeit der Zechenbesitzer, die flotte Zeit für sich auszunutzen. Wir entnehmen der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ folgende interessante Gegenüberstellung. Es hatten Ueberhöffe:

	1895	1896
Gelsenkirchener B.-G. (von Januar—September)	3 578 274	6 420 152
Siberia B.-G. (von Januar—September)	3 288 651	4 409 547
Harpener B.-G. (von Juli—September)	946 000	2 128 138
	1897	1898
Nordstern B.-G. (von Juli—September)	558 005	768 800
Eisener B.-G. König Wilhelm (September)	151 187	155 409
Königsborn B.-G. (September)	91 297	94 500

Wir sehen hier an dem Beispiel der größten und mittleren Zechengesellschaften, wie trotz aller Klagen über die steigenden Arbeitslöhne der Unternehmergewinn rapide wächst. Zeigen wir auch an einem Beispiel, was es mit der gerechten Vertheilung der Betriebsgewinne auf sich hat.

Die Harpener Gesellschaft klagt besonders herzbrechend über die hohen Arbeitslöhne, welche ein volles Ausnutzen der Konjunktur nicht ermöglichen. Man vergleiche demgegenüber die Gewinne der Gesellschaft. Von 1895—98 hob sich der Gewinn um 120 pCt! Und doch klagt man! Die Gesellschaft beschäftigte 16 342 Arbeiter, deren Lohn sich im letzten Jahr um 8,3 pCt. hob; dafür stieg der Kleinbesitz um 12,4 pCt. Aber immer wird geklagt: über hohe Arbeitslöhne. Ja, soll denn der Arbeiter gar kein Recht haben an den Zechen, die er, und nicht die Wöhrstener und schlesischen Papierfabriker erzeugt? Man sehe sich nur folgende Tabelle an.

Rechnen wir bei der Harpener Gesellschaft Dividende und Lohnsumme gleich 100 als Gesamtuntergebinth zusammen, dann ergibt sich, daß esheilt:

	Aktionäre	Arbeiter
1893	14,08 pCt.	85,92 pCt.
1894	15,44	84,56
1895	19,89	80,11
1896	22,63	77,37
1897	23,97	76,03

Der Bergmann, welcher unter Mühe und großer Lebensgefahr die Reichthümer schafft, erhält immer weniger und die nichtstehenden Aktionäre fressen immer größere Antheile ein. Wie will man diese Ungerechtigkeit rechtfertigen? Man kann es nicht, daher sühnt man nach Anebelungsregeln für die Arbeiter, um die „begehrte Waffe“ zur Ordnung zu bringen. Wie möchten sehen, wie es mit der Bergmannsbezahlung ansähe, wenn wir nicht fortgesetzt die öffentliche Meinung auf die Vorgänge im Bergbau lenken.

### Versammlungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntag im Fernpalast die Generalversammlung für das III. Quartal dieses Jahres ab. Nach dem Bericht des Kassiers W. Kolb beträgt der Bestand vom II. Quartal 66 028,44 M., die Gesamtneinnahme 23 455,20 M., die Gesamttausgabe 18 315,97 M. Bestand am Schlusse des III. Quartals 78 164,67 M. In den Hauptvorstand sind 10 715,71 M. abgeführt. Der Mitgliedsbestand betrug am Schlusse des II. Quartals 14 703 männliche, 220 weibliche. Entgetreten sind im Laufe des III. Quartals 2048 männliche, 26 weibliche, abgemeldet 185, somit sind am Schlusse des III. Quartals 17 164 männliche und 222 weibliche Mitglieder vorhanden. In den Kassenbericht schloß sich eine längere Debatte über interne Verbandsangelegenheiten, dann wurde dem Kassier einstimmig Decharge erteilt. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Inwiefern Kost bei Lohnbewegungen und Streiks, führte Vitzin aus: Die Kollegen haben bei verchiedenen in letzter Zeit vorgekommenen Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzelner Werksstätten nicht immer die bestehenden Beschlüsse beachtet. Da augenblicklich Streik nicht leicht durchgeführt werden können, so sei es durchaus nothwendig, daß, ehe man zu einer Arbeitsniederlegung schreitet, erst alle Mittel erschöpft werden, die geeignet sind, eine Beilegung bestehender Differenzen herbeizuföhren. Unter allen Umständen müsse aber, bevor die Arbeit niedergelegt wird, der Ortsverwaltung von den Differenzen Mittheilung gemacht werden. Nur wenn das beachtet wird, sei ein Erfolg zu erwarten. — Hieran schloß sich eine längere Aussprache über mehrere Einzelfälle, auf die Vitzin's Ausführungen zu beziehen sind. — Ein von einigen Mitgliedern gestellter Antrag: Die Unterstützung derjenigen, die laut Beschluß der Ortsverwaltung als wegen ihrer Thätigkeit für den Verband gemäßigert angesehen werden, von 12 M. auf 15 M. wöchentl. zu erhöhen, fand widerstandlose Annahme. Als Beisitzer wurden folgende Mitglieder bestätigt: Bezirksleiter für Wedding: Prantigam; Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt: Schmidt; Osten: Werner; Süden und Centrum: Dittner; Westen und Südwesten: Möhring; Moabit: Wald; als Branchen-Vertrauensmänner der Kleinmer: Schröder der Mechaniker und Uhrmacher: Vahr.

Der Verein der Töpfer für Berlin und Umgegend hielt am 2. November seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Mitgliedes Thiemé und folgte den Ausführungen des Redners eine längere Diskussion. Sodann gelangte der Kassenbericht des Vereins durch den Kassier Wöhrer zur Verlesung. Nach Erledigung verschiedener Anträge beschloß man, in Charlottenburg, bei Kolb, Grünstr. 12, eine Jahreshalle zu errichten.

Eine Auktionsversammlung der Gravenre und Biskewitz tagte am 1. November im Dresdener Garten. Mittheilung wurde, daß der Zentralvorstand beabsichtigt, in nächster Zeit eine Verfassungsstatut über ganz Deutschland zu veranlassen. Die Versammlung wählte eine Kommission von 5 Mitgliedern, um für Berlin die Vorarbeiten zu dieser Statistik fertigzustellen. Stadtverordneter Dupont hielt hierauf einen interessanten Vortrag über „Die Gewerkschaftsfrage Deutschlands“. In der darauf folgenden Diskussion wurde speziell der Werth der Fachzeitung des eigenen Berufes näher erörtert. Der Vorsitzende machte alsdann auf das am 12. November arrangirte Wintervergügen, sowie auf den am 27. November stattfindenden Vortrag in der Kreuzturm Sternwarte aufmerksam und ersuchte um rege Theilnehmung.

Von der Lohnkommission der Bauarbeiter erhalten wir folgende Zuschrift: In unserem Bericht vom 6. November ist eine Unrichtigkeit enthalten. Es ist nicht der Vorschlag Reumhals' angenommen, sondern ein Antrag, daß die Affordarbeiter 0,50 M. und die Lohnarbeiter 0,25 M. bis auf weiteres leben.

Friedrichsberg. Eine öffentliche Frauenversammlung, die am 1. November tagte, sühnt nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage der Frau Reich zur Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins, dem sofort 17 der anwesenden Frauen beitraten. Die Wahl des Vorstandes ergab: Frau Araplat, Vorsitzende, Frau Reil, Kassierin und Frau Rabanz, Schriftführerin. Die Mitgliederversammlungen sollen jeden Dienstag nach dem 1. im Monat abgehalten werden. Die nächste Versammlung findet am 4. Dezember statt.

**Schutz den Berliner Arbeiterinnen.** Die Gewerbe-Ordnung enthält eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, welche die Arbeiterinnen sowohl wie die jugendlichen Arbeiter gegen die Ausbeutung durch den Unternehmer schützen sollen. Diese Bestimmungen beziehen sich auf die Dauer der Arbeitszeit; die Höhe der Arbeitszeit am Sonnabend; die Beschäftigung von Minderjährigen; Kündigung und Gründe für Entlassungen; Ausfertigung von Zeugnissen; Strafgebühren und andere Bestimmungen; Hygienische und sanitäre Vorkehrungen; Ungezogene Arbeitsräume; Ankleidezimmer, Waschvorrichtungen und getrennte Aborte; Unzufriedenheit der Arbeitgeber; Beschwerderecht.

Um den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich über die einschlägigen Gesetzes-Vorschriften eingehend informieren zu können, haben die unten genannten Personen sich bereit erklärt, auf diesem Gebiete unentgeltlich Rath zu erteilen, sowie etwaige Beschwerden über Verstöße in Fabriken und Werkstätten, namentlich aber, wo solche städtischen und moralischen Charakters bestehen, entgegen zu nehmen.

Den Beschwerdeführenden ist strengste Diskretion gebührt.

Man wende sich in allen vorkommenden Fällen an eine der nachfolgenden Adressen:

Hr. Schneider, Berlin N.O., Hühnerstr. 29, I.; Hr. Rohrad, Berlin N.O., Große Frankfurterstr. 75, Quergeb. III.; Hr. Raaber,

Berlin N.O., Straußbergerstr. 28, v. IV.; Hr. Haase, Berlin O., Alexanderstr. 15; Hr. Tiede, Berlin S., Urbanstr. 36, III.; Hr. Euy, Berlin S.W., Putzmeisterstr. 7; Hr. Baucke, Berlin N.W., Rathenowerstr. 67, Hof II.; Hr. Meiß, Berlin N., Völknerstr. 3, IV. Spreißezeit freitags, abends 7-9 Uhr. Ferner an Rudolf Willig, Berlin S., Annenstr. 16 (Gewerkschaftsbureau). Täglich, außer Sonntags, vormittags 9-1 und nachmittags 6-8 Uhr.

**Briefkasten der Redaktion.**

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementquittung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

G. B. 100. 4217 Schulze, 387 Polizeiwachmeister, 125 Polizeileutnants etc.

D. R. Lesen Sie „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ von Kautsky und Schoenlank. - Eine Braunschweiger Broschüre kommt nicht.

**Witterungsbericht vom 7. November 1898, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	771	RSR	1	heiter	5
Hamburg	771	Stl	1	Rebel	13
Berlin	772	Stl	1	Rebel	13
Wiesbaden	770	S	1	bedeckt	9
München	769	O	5	Rebel	6
Wien	772	Stl	1	wolkig	6

Stationen: 3. Scharanda 709 R 2 bedeckt - 5  
 2. Peterburg 754 - - - 13  
 4. Gort 760 S 3 wolkig 9  
 5. Paris 766 O 2 Dunst 6

Temp. in C. u. F. 5, 13, 9, 6

Weiter-Prognose für Dienstag, den 8. November 1898.  
 Theils heiter, theils neblig bei mäßigen südlichen Winden; kalte Nacht und steigender Tagestemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).**  
 Dienstag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Brenner (Königsplatz), Gr. Frankfurterstr. 117:  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Zabel.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 243/11  
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Versammlung wird präzis eröffnet.  
 Der Vorstand.

**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**  
 (Schönhäuser Vorstadt.)  
 Am Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9:  
**Volks-Versammlung**  
 Tagesordnung:  
 Die Sozialdemokratie und die internationale Reaktion.  
 Referent: Wilhelm Liebknecht.  
 Der Vertrauensmann.

**Achtung! Holzarbeiter. Achtung!**  
 Am Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstrasse 29:  
**Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Die gegenwärtige Lage des Streiks bei Theodor Fork, Kretzschmar & Comp.  
 Der Vertrauensmann.

**Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin.**  
 Dienstag, den 8. d. M., abends 6 Uhr, im Englisch. Garten, Alexanderstrasse 27c:  
**General-Versammlung.**  
 T. O.: Vortrag. Abrechnung vom III. Quartal. Gewerkschaftliches. Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erwartet.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Achtung!**  
**Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!**  
 Donnerstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Armenunterstützung, eine Folge der Hungersnöde, welche in Vappensfabriken und Vappensortimenten gesahlt werden. Referent: Genosse Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zu dieser Versammlung sind alle Fabrik-, gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die in Vappensfabriken und Vappensortimenten, speziell bei der Firma Samuel Meyer, Boltstrasse, beschäftigten eingeladen.  
 Der Einberufer: Emil Schumann, Kolbergerstrasse 23.

**Neue Freie Volksbühne.**  
 Sonntag, den 13. November, nachmittags präzis 2 1/2 Uhr, im Ostend-Carl Weiss-Theater:  
**Die Schmetterlings-Schlacht.**  
 Komödie in 4 Akten von H. Sudermann.  
 Renaufnahmen werden durch die Zahlstellen vorgenommen; nur diejenigen neu aufgenommenen Mitglieder haben zur angezeigten Vorstellung Zutritt, die sich mindestens 3 Tage vorher aufnehmen lassen.  
 Avis! Sonntag, den 20. November (Totensonntag), abends 7 Uhr, in den elegant ausgestatteten Flora-Sälen, Webersstrasse 17:  
**Konzert und Deklamations-Abend**  
 unter Mitwirkung namhafter Komponisten, Sänger und Sängerinnen, sowie hervorragender schauspielerischer Kräfte dieser Theater.  
 Eintritt 40 Pfg.

**Brauerei Friedrichshain**  
 (früher Lipps).  
 Zu der am Sonntag, den 13. November 1898 stattfindenden  
**Frühjoh-Aufführung**  
 findet ein Billetverkauf nicht mehr statt, da sämtliche Billets vergriffen sind.  
 Die zweite Aufführung findet am 27. Dezember 1898 in der Brauerei Friedrichshain statt.  
 Das Komitee.

**Buckower Str. 9 „Luisenhof“ Buckower Str. 9**  
 (Verkehrslokal der Arbeiter-Bildungsschule)  
 empfiehlt  
**Familien-Restaurant u. 2 Säle**  
 (120-150 Personen fassend) für Vereine zu Festlichkeiten und Versammlungen. Noch einige Sonnabende und Sonntage frei; auch Vereinszimmer mit Piano (20-30 Pers. fassend) noch einige Tage frei.  
 ca. 80 Partel- u. Gewerkschafts-Zeitungen liegen aus.  
 Für gute Küche und ff. Biere ist bestens gesorgt.  
 Hochachtung I. V.: Carl Maschke.

**Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32,**  
 (neben Central-Theater).  
 Empfiehlt meine Säle, 100-300 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsversammlungen, Kommerzen etc. zu den billigsten Bedingungen.  
**Möbel und Polsterwaren.** Großes Lager. Gebirgen Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt  
**A. Schulz,**  
 Reichenbergerstr. 5. Auch Teilschaffung!

**Achtung! Maurer!**  
**Sechs Mitglieder-Versammlungen**  
 der Zahlstelle Berlin II  
**des Zentral-Verbandes der Maurer**  
 am Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr:  
 für Süd-Ost: bei Brüder, Waldemarstr. 75;  
 für Nord-Ost und Ost: „Königsplatz“, Große Frankfurterstr. Nr. 117;  
 für Norden und Wedding: im Lokal Brunnenstrasse 184;  
 für Süd-Westen: bei Zubeil, Lindenstrasse 106;  
 für Moabit: bei Fischer, Besselfstrasse 9;  
 und am Donnerstag, den 10. November er., abends 8 Uhr:  
 für Westen: bei Zühlke, Denuewitzstrasse 13.  
 Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Die bevorstehende Abstempelung der Sammelkarten und die eventuelle Einziehung der Verbandsbücher. 2. Gewerkschaftliches.  
 Um zahlreichen Besuch ersucht  
 Die lokale Verwaltung. J. A. W. Schulz.

**Maurer Berlins und Umgegend.**  
 Am Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Rümmer (früher Gründel), Brunnenstrasse 188:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Die neue Organisation des Handwerks und die Arbeiter“. Referent Genosse Kessler. 2. Situationsbericht. 3. Gewerkschaftliches.  
 Die Lohnkommission. J. A. H. Metzke.

Wir haben mit dem Ausstoss unseres nach Pilsener Art gebrannten  
**Pichelsdorfer Pilsner**  
 begonnen.  
**Brauerei Pichelsdorf.**

**Oranien-Hallen**  
 Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.  
 Inhaber: Hermann Scholze 63220\*  
 empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
 Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

**B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: Vortrag sozialistischer Führer, 6 Vassalle, Marx etc. in Cigarrenspigen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)  
**Kein Laden!**  
 Empfehle mein reichhaltiges Lager in  
**Filz- und Seidenhüten, Schirmen**  
 in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.  
**Richard Klose, Anflamerstr. 41,**  
 zweites Haus von der Brunnenstrasse. Eingang vom Hausflur.  
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

**Orts-Frankenkasse**  
 der  
**Bildhauer, Stuckateure u. verwandter Gewerbe zu Berlin.**  
 Die ordentliche Generalversammlung findet am 17. November er., abds. 8 1/2 Uhr, Annenstrasse 16 im oberen Saale statt.  
 Tages-Ordnung:  
 1. a) Wahlen: die Herren Arbeitgeber wählen ein Vorstandsmittglied, b) die Herren Arbeitnehmer wählen zwei Vorstandsmittglieder.  
 2. Wahl des Ausschusses für die Prüfung d. Rechnung f. d. Jahr 1898.  
 3. Vortrag mit den Kerkern.  
 4. Verschiedenes.  
 Gleichzeitig geben wir d. Mitgliedern unserer Kasse bekannt, daß das im vorigen Jahre von d. Generalversammlung genehmigte Statut die Genehmigung des Bezirksausschusses am 28. Oktober 1898 erhalten hat; demnach werden die Beiträge erhoben und die Unterstellungen erteilt. Die Statuten können täglich in unserem Rosenlokal entgegengenommen werden und wird auch unser Kassirer dieselben bei seinem Rundgang den Mitgliedern übermitteln.  
 20/20

**Gustav Ehrlich**  
 Buchdruckerel,  
 Berlin SW., Zimmerstrasse 18,  
 Hof parterre.  
 liefert sämtliche Drucksachen für Vereine, schnell u. preiswerth. Zeitchriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5  
**Möbel J. Kellermann,**  
 Neue Jakobstr. 26.

**Flora-Säle**  
 Bernh. Niess, 17. Webersstr. 17.  
 1000 Pers. fassend. Bolk neu einger.  
 Sonnabende, 26. Nov., 17. Dez., 1. u. 2. Weihn.-Feiert. Vorm. Matinée frei!  
**Saal und Vereinszimmer**  
 an Sonnabenden u. anderen Tagen zu Festlichkeiten u. Versammlungen (40-100 Pers.) f. 10. G. G. Paster.  
 Separat. Vereinszimmer 5 pers. 25-30 Pers. fass. Grüner Weg 110.

**Betten, Strohbetten, Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Wasserkissen, Winterpaletots, Kissen, Regulatoren, Remontiermaschinen, Operngläser** spottbillig Blankseite Reanberstr. 6.  
**Plissée-Brennerei.** Jede Art Stoff wird aufgeschlagen und gestickt.  
 Rich. Ginne, Schöneberg b. Berlin.  
 Hauptstr. 5/6. (2019b)

**Krankenkasse**  
 beschäftigt, in allen Stadtteilen Zahlstellen zu errichten. Solche Bewerber bevorzugt, welche zahlreiche neue Mitglieder aufnehmen können. Meldungen: Subdirektion Schillingstr. 29

**Carl Becker**  
 Cigarren, Cigarretten, Tabake  
 Gerichter. 28, Bahnhofsplatz part.  
**Bergolder-Gehilfe**  
 (Noharbeiter) sofort verlangt.  
 Rahmen: Fabrik Stolpe,  
 2072b) Potsdamerstr. 20.

**Blumenhandlung**  
 P. Abromeit, Berlin SW.,  
 Blücherstr. 7, Eing. Sofienstr.  
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.  
 Billigste (Markt-)Preise bei geschmackvoller Ausführung.

**Kranzbinderel u. Blumenhandlung** von 61500\*  
**Robert Meyer,**  
 No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
 Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballkränze, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
 Bei der Firma  
**Fork, Kretzschmar & Co.**  
 Barnimsstr. 13,  
 (Magazin Jannowbrüder), sowie bei  
**Heydeck, Friedrichstr. 35,**  
 haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
**Zuzug erhalten!**  
 Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Klavierarbeiter!**  
 In der Pianofabrik von Lauriat, Wasserlocherstr. 9, haben sämtliche Bodenarbeiter infolge Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt, es ist somit Überpflicht jedes Kollegen, den Zuzug nach genannter Fabrik streng fernzuhalten.  
 143/1  
 Die Agitations-Kommission des Fachvereins d. Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

**Caucien u. Franzosenarbeiterin** ver. anst. folgt Louis Knopfmacher, 2009b  
 Sitalauerstr. 56.

**Redakteur**  
 für eine täglich erscheinende Zeitung gesucht. Eintritt möglichst sofort. Offerten mit Referenzen, Gehaltsansprüchen etc. erbeten an W. Goriach, Mühlhausen I. Th. Ammerstr. 72.

**Schürzen-Arbeiterinnen**  
 auf bessere Löhne, welche größere Böden liefern können, verlangt bei hohem Lohn Firma Alfred Joseph, Kommandantenstr. 59, 2 Tr. (2014b)

**Wäsche-Mäherin** in u. auh. in h. Hause verl. Ad. am, Hauerstr. 11 I.  
 Tüchtiger  
**Bergolder-Gehilfe**  
 (Noharbeiter) sofort verlangt.  
 Rahmen: Fabrik Stolpe,  
 2072b) Potsdamerstr. 20.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß das Mitglied  
**Emil Simonsen**  
 am Sonnabend verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 (Verwaltungsstelle Berlin)  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Sonnabend, den 5. November, starb unser Mitglied, der Former  
**Eduard Röseler.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, von Paul Gerhard-Str. 11, Müllerstr. 56, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 114/9 Die Ortsverwaltung.

**Maler u. verwandte Berufsgenossen.**  
 Am Sonntag, den 6. November, starb unser langjähriges Mitglied, der Maler  
**Georg Behrend.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am 10. November nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Briegenerstr. 31, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand der Filiale II.

**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern des Gesangsvereins „Rote Kette II“ zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied  
**Georg Behrend**  
 am Sonntag den 6. November, nachm. 2 1/2 Uhr, gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. M., nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Briegenerstr. 31 nach dem Paulus-Kirchhof aus statt.  
 Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
 2068b  
 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 6. November starb unser Kollege  
**Carl Walter**  
 an d. Proletar-Krankh. Die Beerdigung findet am 9. Nov. nachm. 4 Uhr vom Emmaus-Kirchhof aus statt. 2070b  
 Die Kollegen der Pianofabrik Otto.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme u. zahlreicher Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Rannes u. Vaters, insbesondere dem Herrn Weitzer u. Kollegen der Weitzer'schen Hofpianosfabrik, sage ich hiermit innig Dank; auch meinen lieben Kolleginnen danke ich.  
 2075b  
 Lydia Jahn, Wienerstr. 33b.

**Dankfagung.**  
 Hiermit allen Theilnehmern, die meinem lieben guten Mann, dem Metalldreher  
**Paul Wolff,**  
 insbesondere d. Mitgliedern des schönen Berliner sozialdem. Arbeitervereins und Bantow-Nieder-Schönhaufen Arbeitervereins meinen herzlichsten Dank.  
 2097b) Bertha Wolff.

**Für 36 Mark**  
 fertige seine Winter-Valeret nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark seine Hosen nach Maß. (309\*)  
**Riesentofflager**  
 Krausenstr. 14, 1 (kein Laden), baar u. Theilszahlung, billigst  
**Möbel,**  
 furter Allee 110 I., Ecke Köpenickerstr.

**Dr. med. Schaper,**  
 prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenarbeiten. Sor. 9-1, 4-8  
**Schöneberger Ufer 25.**  
**Homöopath. Poliklinik:**  
 Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8, Friedrichstrasse 111, 1.  
**Villen-Terrain,**  
 90 Acker, prachtvolle Lage, 20 Hekt. Tour, hart a. d. Bahn, verkauft billig  
 Gustav Wiede, Mühlgr. u. Schiffsstr. 10, I. Berlin. H. Wegner, Wilhelmstr. 54, 2 Tr. 20655'

**Soziale Rechtspflege.**

Gegen die Lohnansprüche zweier Kragennäherinnen machte die klagende Frau Seifert vor dem Gewerbegericht geltend, die von den Klägerinnen gearbeiteten Krage seien unbrauchbar, man habe sie ihr deshalb im Geschäft nicht abgenommen. Auch hätten die Mädchen die Arbeit ohne vorherige Kündigung niedergelegt, so daß sie den Lohn schon aus diesem Grunde behalten könne. Eventuell wollte die Beklagte gegen die Forderung der einen Klägerin ein ihr gemachtes Geburtstagsgeschenk aufrechnen. Das Gewerbegericht verurteilte indessen Frau Seifert, an jede Klägerin 7,50 Mark zu zahlen. Zur Begründung führte der Vorsitzende Tschow aus: Zur plötzlichen Aufgabe der Arbeit seien die Mädchen berechtigt gewesen, weil die Beklagte sie an Tagen, die nicht gesetzliche Feiertage waren, habe aussetzen lassen, ohne ihnen eine Vergütung dafür zu geben. Der Anspruch, das Geburtstagsgeschenk als Lohn zu verrechnen, könne vor dem Gewerbegericht überhaupt nicht berücksichtigt werden, da Geburtstagsgeschenke, die der Arbeitgeber den Arbeiterinnen zukommen lasse, mit dem gewerblichen Arbeitsverhältnis nichts zu thun hätten. Und was die angebliche Unbrauchbarkeit der Krage angehe, so habe ihre Befichtigung

durch die sachverständigen Beisitzer ergeben, daß sie untadelhaft seien. Es gehe darum die Mädchen nichts an, daß sie nicht abgenommen wurden.

Der Vertreter des Arbeitgebers spielt in vielen Prozessen, die das Gewerbegericht beschäftigen, eine große Rolle. Im § 129 der Gewerbe-Ordnung, der die Gründe zur sofortigen Entlassung enthält, wird der Vertreter des Arbeitgebers wiederholt genannt. Zum Beispiel ist die grobe Beleidigung des Vertreters ein Grund, den Arbeiter sofort zu entlassen. Die Kammer I des Gewerbegerichts hat jetzt ein wichtiges Urteil gefällt, worin die Frage, ob der Aufpasser ein Vertreter des Arbeitgebers im Sinne des Gesetzes sei, entschieden wird. Der Beklagte Schulz, Inhaber einer Kurbelheperei, macht gegen die Klage einer Stepperin geltend, sie sei mit Recht ohne vorherige Kündigung entlassen worden, weil sie seinen Vertreter grob beleidigt habe. Auch hätte sie andere Arbeiterinnen angepöbeln, nicht so schnell zu arbeiten. Nach den Feststellungen des Gerichts war der Sachverhalt kurz folgender: Der Beklagte hatte für die Zeit, wo er sich auf Geschäftsfahrten befand, seinen Zeichner Klawitter damit betraut, die Arbeiterinnen zu beaufsichtigen. Klawitter sollte vor allem darauf achten, daß die Mädchen über ihr unterhaltendes Geplauder

die Arbeit nicht vergäßen. Am Entlassungstage kam es zu einem scharfen Geplänkel. Als Klawitter dann, eingebend seines Auftrages, mit einem Nachwort dazwischen fuhr, soll die Klägerin ein Schmeichelwort auf ihn gemünzt haben. Der Gerichtshof verurteilte den Beklagten, der Klägerin eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung zu gewähren, und Gewerberichter Tschow führte begründend aus: Da Klawitter die Mädchen nur während der Abwesenheit des Chefs habe beaufsichtigen sollen und keine Vollmacht gehabt habe, entscheidend eingzugreifen, so könne er lediglich als Aufpasser, nicht aber als Vertreter des Beklagten angesehen werden. Vertreter im Sinne des Gesetzes seien nur der Betriebsleiter, der Abteilungschef, der Werkmeister und Personen, denen ausdrücklich weitgehende Befugnisse, z. B. die der selbständigen Entlassung, eingeräumt seien. Wollte der Arbeitgeber jemandem nur für die Dauer vorübergehender Abwesenheit als „Vertreter“ haben, dann müsse er ihm die Vollmacht geben, Arbeiter oder Arbeiterinnen sofort zu entlassen, wenn sie sich gegen ihre Pflichten vergingen. Und den Arbeitern müsse er sagen, daß sie sich dem Bevollmächtigten in allem zu fügen hätten, so lange er nicht da sei.

**Heute und Morgen**

Hemdentuch Mtr. 25 Pf., — Louisianatuch Mtr. 35 Pf., — einfarbige und bunt gemusterte baumwollene Flanelle Mtr. 25 Pf., — Lakenleinen Mtr. 50 Pf., — Züchen Mtr. 25 Pf. und 30 Pf., — Piqué-Barchend Mtr. 35 Pf., — Dimiti Mtr. 25 Pf. — nur gute Qualitäten.

**Ein grosser Posten Reste Mtr. 25 Pf.**

Kinder-Tricots in allen Grössen von 30 Pf. an.  
Ein grosser Posten schwarz wollener (plattirter) Damenstrümpfe Paar 60 Pf.

Porzellan-Fruchtschalen mit Fass Stück 25 Pf.

**Magazin A. Lubasch, Kommandanten-Strasse 44/44a.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, 8. November.

**Opernhaus.** Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.** Herosirat. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches.** Tyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner.** Baza. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Vestling.** Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichens.** Der Herr Sekretär. Vorher: Mein treuer Antoine. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Westen.** Der Streik der Schmiede. Vorher: Der Postillon von Conjuvencou. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues.** Polgans. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schiller.** Mauerblümchen. Anfang 8 Uhr.

**Metropol.** Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central.** Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Thalia.** Unser lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Zulien.** Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr.

**Chend.** Das Käthchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr.

**Selle.** Alliance. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr.

**Friedrich.** Wilhelmshäufchen. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.

**Alexanderplan.** Ein verächtliches Leben. Anfang 8 Uhr.

**Parodie.** Tugend. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 30 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen. Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte. Operntelephon.

**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.

**Fern-Palast.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Dienstag:  
**Mauerblümchen.**  
Mittwoch:  
**Die Haubenlerche.**  
Donnerstag:  
Zu Schiller's Geburtstag, neu einstud.:  
**Wilhelm Tell.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Vorlesung:  
**Unser lustiges Berlin.**  
Große Gesangsposse in 4 Akten von E. Sommermann u. Ch. Bischoff. Musik von Carl Goldmann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorlesung.  
Donnerstag, den 10. November, zum 1. Male: Der Hippothekensucher. Posse mit Gesang in 3 Akten von Leopold Ely, Musik von Cornelius Schaller.

**Central-Theater**  
Direktion: José Ferenczy.  
**Die Geisha**  
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und die folgenden Tage:  
**Die Geisha.**

**Spind-Carl-Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Gastspiel des Herrn Götz von Heilbronn.  
Mittwoch: Das Käthchen von Heilbronn. Ritterschauspiel in 3 Akten von Heinrich von Kleist. Anfang 8 Uhr.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert. — Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: 2. Sailer-Vorstellung. Gastspiel des Herrn C. Bed. Bedeutend ermäßigte Preise: Das Käthchen von Heilbronn. Abends: Robert und Bertram. Donnerstag: Schlundfel. Dvor. Freitag, zum letzten Male: Das Käthchen von Heilbronn. — Sonnabend, zum ersten Male: Oufel Jonas. Vorlesung mit Gesang in 5 Akten von Oskar Rein. Musik von Stiecher.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Heute Dienstag, den 8. November:  
Neu! Neu! Neu!  
**In Saus und Braus.**  
Original-Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jacobson u. Dahn. Musik von Michaelis.  
Nach der Vorstellung: **Lanzfranzchen.**  
Morgen Mittwoch: **Die zärtlichen Verwandten.** Lustspiel in 3 Akten von Benedikt.

**Urania**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abwechslungsweise  
**Die Urzeit des Menschen**  
und  
**Quer durch Oesterreich.**  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Taubenstrasse im Hörsaal:  
Experim. u. Projekt.-Vorträge

**Kunst-Schaubühne**  
i. d. Urania, Invalidenstr. 57.  
Mittwoch, den 9./11., 8 Uhr:  
**In den Werkstätten**  
unserer grossen Künstler  
von Fritz Stahl. Parkett 1 M.

**Passage-Panopticum.**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:  
**Théâtre varié.**  
**Neu!**  
**Lebend!**  
**Der Storchmensch!**

**Gastan's Panopticum.**  
**Neu!! Neu!!**  
**Lebendig begraben!!**

**Mähr's Theater**  
Cranienstr. 24.  
Täglich  
**Spezialitäten- und Theater-**  
**Vorstellung.**  
**O diese Madler!**  
Burlade.  
Clown Bimbo, Mlle. Rosa, Edler v. Metz, Little Willy. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

**Olympia-Theater.**  
(Circus Renz) Karlstrasse.  
Täglich 8 Uhr abends:  
Berliner Ausstattungsstück mit Completé.  
**MENE TEKEL**  
Aufsagen und Kolossal-Balleté in 3 Akten (10 Bildern).  
Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr:  
Dieselbe Vorstellung.  
1 Kind frei.

**Circus Renz-Riesen-Tunnel.**  
Direktion: J. M. Hütt.  
Täglich: **Grosses Konzert** der Quasapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Götner und Extra  
**Spezialitäten-Vorstellung**  
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.  
Das neue grostarige November-Programm.  
Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr  
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger**  
(Weibel, Victor, Britton, Ziehl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Tageskasse von 11-1 Uhr.  
Zum Schluss:  
Zum fünfzigsten Male:  
**Vor 25 Jahren.**  
Ensemble von Regiel.

**Reichshallen Restaurant.**  
**Konzert**  
des 24 Mann starken beliebten Reichshallen-Orchesters.  
Dirigent: Max Schmidt.  
Entree frei.

**Apollo-Theater.**  
Direktion: E. Waldmann.  
**Armand'ary**  
die berühmte Pariser Operetten-Diva.  
Mr. Judge's dress. Seelöwen.  
**Familie Agoust.**  
Signor Pietro Basalari,  
der phänomenale Doppel-Sänger.  
Kassendöffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Alcazar-Theater**  
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Abendlich unter jubelndem Beifall:  
**Das Wurstmädchen von Aschinger.**  
Bild aus dem Berliner Leben von R. Reichard. Musik von Oskar Victor-Roeder. In Szene gesetzt von Otto Wendt.  
Neu! Vorher: Neu!  
**Der Herr Doktor.**  
Schwank von C. Breune.  
Gesamtauftritt des neugewählten Künstler- und Spezialitäten-Personals.  
Wochent. 7 1/2 Uhr.  
Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Wochentags 30 Pf.  
Sonntags 40 Pf.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

**Volks-Theater im Welt-Restaurant**  
Dresdener-Strasse 97.  
Dir.: A. Kolly. Art. Leiter: A. Rung.  
Novität! Sensationell! Novität!  
**Weibliche Refuten.**  
Operetten-Burlade von F. Eißner. Musik von W. Behr. In Szene gesetzt von August Rung.  
Riesenerfolg! Jubelnder Beifall!  
**Bei Werthheim's.**  
Neu! Mr. William Barry, Neu! Original-Regen-Glown.  
Urkommlich! Zum Tobelachen!

**Wedding-Park**  
Müller-Strasse 178.  
Sehen Dienstag:  
Sehen Sonntag:  
Norddeutsche Sänger  
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.  
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

**Concerthaus.**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und **Humoristen**  
und Offenbach's Operette  
**Insul Tulipatan.**  
Die Handlung spielt 3000 Meilen von Blandene, 180 Jahre vor Erfindung der Selosyeden mit Dampfmaschine.  
Vereins-Billets für Wochentage mit erheblicher Preisermäßigung haben den gedruckten Vereins-Vorhanden kostenlos zur Verfügung.

**Feen-Palast-Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Täglich! Um 8 1/2 Uhr Täglich!  
**Richard Winkler**  
in der erfolgreichen Burlade  
**Die Rosen von Norden.**  
Dazu das riesengroße **November-Programm.**  
**Baty-Brant-Truppe.** Akrob. **Wardgett.** Contouristin.  
**Gebr. Orig.-Niagara.** Los Suarez, spanische Tänzer. **Ernst Sprecher** X **Helene Voss** Toska's lebend. Bilder-Galerie, burg. u. 8 Damen u. 4 m. Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr. Vortertaus Vorm. u. 11-1 Uhr.

**Circus Busch**  
Dienstag, den 8. November 1898, abends 7 1/2 Uhr:

**Elite-Abend.**  
Aufftr. von Hrl. Martha Wohle auf dem Goldschmidt-Ballon-Chips a. d. Sanktine. Außerdem: Auftreten des Herrn Franz Gebhardt, Ritter etc., bisheriger Chef der I. I. spanisch. Hof-Orchester in Wien, auf dem Urvigantens bengt Convergiano etc.

**Vereine.**  
Die Sonntage der Winter-Salons sind an Vereine zu vergeben. Preis Nagel. **„Waldschützen“**, Rillerstr. 142.  
**Speischaus**  
Kunzeplatz 19, parterre. **Lebiger Wittig** u. Bier 0,30, Reich. Abendkarte zu 11 in 10 Preisen.  
**2 Riesen-Kegelbahnen,** 3 Vereinszimmer emp. Restaurant **Pfeper, Kreuzbergstr. 43.** (240)

